

# Stenographisches Protokoll

100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 17. Dezember 1981

## Tagesordnung

1. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982  
Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie  
Beratungsgruppe XI: Finanzen  
Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan
2. Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Rösch

## Inhalt

### Nationalrat

Schlußansprache des Präsidenten Benya (S 10184)

### Personalien

Krankmeldungen (S. 10109)

### Ausschüsse

Zuweisungen (S. 10109)

### Verhandlungen

- (1) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (900 d. B.)

#### Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe IX: Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Spezialberichterstatter: Kokail (S. 10109)

Beratungsgruppe XI: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt

Spezialberichterstatter: Tirnthal (S. 10110)

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan

#### Redner:

Ing. Sallinger (S. 10112),  
Mühlbacher (S. 10117),

Dr. Stix (S. 10123)  
Sandmeier (S. 10131),  
Dr. Schmidt (S. 10136),  
Dkfm. Bauer (S. 10141),  
Bundesminister Dr. Salcher (S. 10144),  
Ing. Dittrich (S. 10148),  
Landgraf (S. 10150),  
Dr. Heindl (S. 10155),  
Fachleutner (S. 10159),  
Köck (S. 10165),  
Dkfm. Löffler (S. 10168),  
Westreicher (S. 10173),  
Bundesminister Dr. Staribacher (S. 10178) und  
Graf (S. 10181)

Generalberichterstatter: Dr. Gradenegger (S. 10182)

Annahme der Beratungsgruppen IX und XI (S. 10183)

Annahme des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1982 (S. 10183)

- (2) Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Bundesminister für Landesverteidigung Otto Rösch (959 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Gradenegger (S. 10183)

Annahme des Ausschußantrages (S. 10184)

## Eingebracht wurden

### Petition

betreffend Aufhebung der Sichtvermerkpflcht für polnische Staatsangehörige (überreicht durch die Abgeordneten Dr. Ludwig Steiner und Dr. Schwimmer) (S. 10109)

### Anfragen der Abgeordneten

Pischl und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die Entlassung zweier in Innsbruck festgenommener Rechtsbrecher aus dem Polizeigewahrsam (1634/J)

Pischl und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die mangelhafte bekleidungsmäßige Ausstattung von Polizeischülern in Linz und Innsbruck (1635/J)

Dr. Wiesinger und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Erhaltung der Kammerzugehörigkeit für pensionierte Ärzte (1636/J)

Dr. Wiesinger und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Anstieg der eingebürgerten ausländischen Ärzte in Österreich (1637/J)

10108

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

Dr. Jörg Haider, Peter und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Schülerfreifahrten und Schulfahrtbeihilfe-Fahrpreisersatz (1638/J)

Dr. Jörg Haider, Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend pauschalierte Einbeziehung von Trinkgeldern in die Sozialversicherungs-Bemessungsgrundlage (1639/J)

Hirscher und Genossen an die Bundesregierung betreffend Maßnahmen für das Bundesland Salzburg während der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode (1640/J)

### Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen (1447/AB zu 1455/J)

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen (1448/AB zu 1456/J)

des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiesinger und Genossen (1449/AB zu 1503/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

**Vorsitzende:** Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 98. Sitzung vom 15. Dezember 1981 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Franz Brunner, Gföllner, Vetter.

### Einlauf und Zuweisungen

**Präsident:** Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1447/AB bis 1449/AB eingelangt sind.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Dem Verfassungsausschuß:

Antrag 145/A der Abgeordneten Braun, Steinbauer, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz 1974 und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden;

dem Landesverteidigungsausschuß:

Antrag 146/A der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Heeresgebührengesetz geändert wird (Heeresgebührengesetz-Novelle 1982).

### Petition

**Präsident:** Ich gebe bekannt, daß die Abgeordneten Dr. Ludwig Steiner und Dr. Schwimmer eine Petition überreicht haben, die ich mit der Ordnungsnummer 2 dem Ausschuß für innere Angelegenheiten zugewiesen habe.

**1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (815 und Zu 815 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen (900 der Beilagen)**

#### Beratungsgruppe IX

**Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie**

#### Beratungsgruppe XI

**Kapitel 50: Finanzverwaltung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)**

**Kapitel 51: Kassenverwaltung**

**Kapitel 52: Öffentliche Abgaben**

**Kapitel 53: Finanzausgleich**

**Kapitel 54: Bundesvermögen**

**Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung)**

**Kapitel 56: Familienlastenausgleich**

**Kapitel 57: Staatsvertrag**

**Kapitel 59: Finanzschuld**

**Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol)**

**Kapitel 75: Branntwein (Monopol)**

**Kapitel 76: Hauptmünzamt**

**Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Stellenplan**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1982 samt Anlagen:

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie, und

Beratungsgruppe XI: Finanzen,

sowie Text des Bundesfinanzgesetzes und aller Anlagen, soweit sie noch nicht in Verhandlung gestanden sind.

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über diese Teile des Bundesfinanzgesetzes 1982 zusammengefaßt.

Spezialberichterstatte über die Beratungsgruppe IX ist der Herr Abgeordnete Kokail. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Kokail:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe IX enthaltene Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1982 in seiner Sitzung am 23. November 1981 in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie“ sind für das Jahr 1982 im Grundbudget Ausgaben in der Gesamthöhe von 2 180 171 000 S vorgesehen.

Der Personalaufwand des Kapitels 63 beträgt 274 785 000 S;

10110

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Kokail**

er ist gegenüber dem Jahre 1981 um 15 414 000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 1 905 386 000 S;

das sind um 61 858 000 S mehr als im Vorjahr.

Die Einnahmen sind mit 1 335 480 000 S vorgeschätzt und damit um 315 303 000 S höher angenommen worden als für das Rechnungsjahr 1981.

In der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlags 1982 sind für das Kapitel 63 keine Kredite enthalten.

Bei der Abstimmung am 27. November 1981 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe IX unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie des Bundesvoranschlags für das Jahr 1982 (815 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, in die Debatte einzugehen.

**Präsident:** Spezialberichterstatler über die Beratungsgruppe XI ist der Herr Abgeordnete Tirnthal. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

**Spezialberichterstatler Tirnthal:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe XI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlags für das Jahr 1982 in seiner Sitzung am 27. November 1981 in Verhandlung gezogen.

Die Gruppe Finanzen umfaßt zwölf Kapitel. Im Grundbudget 1982 sind für diese Gruppe Ausgaben in Höhe von rund 138,7 Milliarden Schilling oder über 37 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes und Einnahmen in Höhe von rund 227,2 Milliarden Schilling oder fast drei Viertel der gesamten erwarteten Einnahmen des Bundes vorgesehen.

#### 1: Kapitel 50 „Finanzverwaltung“

Kapitel 50 beinhaltet den Personal- und Sachaufwand und die Einnahmen des Bundesministeriums für Finanzen, der Finanzlandesdirektionen einschließlich der Finanz- und Zollämter, der Finanzprokuratur, des Hauptpunzierungs- und Probieramtes, des Bundesrechenamtes sowie die Kosten für Per-

sonal des Österreichischen Postsparkassenamtes und der Österreichischen Salinen AG.

Im Bundesvoranschlag 1982 sind Ausgaben in Höhe von 8 357 Millionen Schilling gegenüber 9 683 Millionen Schilling im Bundesvoranschlag 1981 und Einnahmen in Höhe von 2 436 Millionen Schilling gegenüber 2 983 Millionen Schilling im Jahre 1981 vorgesehen.

#### 2: Kapitel 51 „Kassenverwaltung“

Bei diesem Kapitel sind Ausgaben in Höhe von 3 402 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 2 646 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Erhöhung bei den Ausgaben ergibt sich durch eine höhere Pauschalvorsorge. Die Einnahmenerhöhung ist durch eine höhere Veranschlagung von Entnahmen aus Rücklagen bedingt.

Weiters wird hier für die Ausgaben und Einnahmen im Effekten- und Geldverkehr des Bundes vorgesorgt.

#### 3: Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“

Die Bruttoeinnahmen an Öffentlichen Abgaben für das Jahr 1982 werden mit 281,8 Milliarden Schilling geschätzt, von welchen dem Bund 173,5 Milliarden Schilling verbleiben.

Den Einnahmenschätzungen wurde ein nominelles Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 7,5 Prozent zugrunde gelegt.

#### 4: Kapitel 53 „Finanzausgleich“

Ausgehend von den geltenden finanzausgleichsrechtlichen Bestimmungen sind hier die Leistungen und Zuschüsse an Länder und Gemeinden und die damit zusammenhängenden Einnahmen veranschlagt.

Für das Jahr 1982 sind Ausgaben in Höhe von 2 511 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 1 034 Millionen Schilling veranschlagt.

#### 5: Kapitel 54 „Bundesvermögen“

Bei diesem Kapitel werden die Ausgaben und Einnahmen des Bundes im Zusammenhang mit Kapitalbeteiligungen und Darlehen an Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, sowie Haftungsübernahmen und besonderen Zahlungsverpflichtungen veranschlagt.

Die Ausgaben für das Jahr 1982 sind in Höhe von 7 248 Millionen Schilling und die Einnahmen in Höhe von 7 532 Millionen Schilling vorgesehen.

**Tirnthal****6: Kapitel 55 „Pensionen (Hoheitsverwaltung)“**

Beim gegenständlichen Kapitel werden die Pensionen für Bedienstete der Hoheitsverwaltung, die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer, die Pensionen für sonstige Bedienstete, Geldaushilfen, der Beitrag des Bundes zum Pensionsaufwand der Österreichischen Bundesbahnen sowie die damit im Zusammenhang stehenden Einnahmen des Bundes veranschlagt.

Der Bundesvoranschlag 1982 sieht Ausgaben in Höhe von 24 376 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 2 420 Millionen Schilling vor.

Die Mehrausgaben gegenüber 1981 betragen rund 1 756 Millionen Schilling. Davon betragen die Mehrausgaben bei den Pensionisten der Hoheitsverwaltung rund 1 020 Millionen Schilling, bei den Kostenersätzen für Pensionen der Landeslehrer 325 Millionen Schilling. Für die Pensionen für sonstige Bedienstete sind Mehrausgaben in Höhe von 17 Millionen Schilling und für die Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen solche in Höhe von 394 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Einnahmen sind um rund 531 Millionen Schilling höher veranschlagt als im Jahre 1981.

**7: Kapitel 56 „Familienlastenausgleich“**

1982 sind Ausgaben und Einnahmen in Höhe von 33 316 Millionen Schilling veranschlagt.

Der sich 1982 ergebende Abgang des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von rund 3 326 Millionen Schilling wird aus dem Reservefonds ersetzt.

**8: Kapitel 57 „Staatsvertrag“**

Hier sind für 1982 Ausgaben in Höhe von 302 Millionen Schilling und Einnahmen in Höhe von 49 Millionen Schilling veranschlagt.

**9: Kapitel 59 „Finanzschuld“**

Die Ausgaben des Bundes für die Finanzschuld sind für 1982 in Höhe von 55 858 Millionen Schilling, somit mit 9 371 Millionen Schilling mehr als 1981, veranschlagt.

Das Mehrerfordernis ist durch höhere Aufwendungen für Zinsen (6 538 Millionen Schilling) und Kapitalrückzahlungen (2 833 Millionen Schilling) bedingt.

**10: Kapitel 74 „Glücksspiele (Monopol)“**

Den Betriebsausgaben in Höhe von rund

2 117 Millionen Schilling stehen Betriebseinnahmen in Höhe von rund 2 319 Millionen Schilling gegenüber. Der Monopolertrag wird daher beinahe 202 Millionen Schilling betragen und rund 62 Millionen Schilling über dem des Bundesvoranschlages 1981 liegen.

**11: Kapitel 75 „Branntwein (Monopol)“**

Im Bundesvoranschlag 1982 sind Betriebsausgaben in Höhe von 460 Millionen Schilling und -einnahmen in Höhe von 1 091 Millionen Schilling veranschlagt. Der Monopolertrag wird daher 631 Millionen Schilling betragen.

Der gegenüber 1981 um etwa 4 Millionen Schilling geringere Monopolertrag ist auf höhere Ausgaben für Branntweinübernahme und Spiritusraffination und auf höhere Aufwendungen für Energiebezüge zurückzuführen, denen eine geringere Spiritusabsatzerwartung gegenübersteht. Trotz der beabsichtigten Erhöhung der Verkaufspreise werden daher die Betriebseinnahmen mit 1,2 Prozent weniger steigen als die Betriebsausgaben mit 3,8 Prozent.

**12: Kapitel 76 „Hauptmünzamt“**

Bei diesem Kapitel sind 1982 Betriebsausgaben in Höhe von rund 484 Millionen Schilling und Betriebseinnahmen in Höhe von rund 593 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Betriebsüberschuß beträgt daher rund 109 Millionen Schilling und liegt daher um rund 70 Millionen Schilling über dem Voranschlag des Jahres 1981.

Die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Bundesvoranschlag 1981 resultieren aus dem Münzprägeprogramm und aus den niedrigeren Ankaufspreisen für Münzsilber.

In der Debatte ergriffen die Abgeordneten Sandmeier, Pfeifer, Dkfm. Bauer, Dr. Marga Hubinek, Teschl, Dkfm. DDr. König, Kern, Dr. Pelikan, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Dr. Nowotny, Dkfm. Dr. Steidl und Dr. Feurstein das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher und Staatssekretär Elfriede Karl nahmen zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der gegenständlichen Beratungsgruppe zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages unter Berücksichtigung von Abänderungsanträgen der Abgeordneten Pfeifer beziehungsweise

**Tirnthal**

Teschl, Dkfm. Dr. Steidl, Dkfm. Bauer — hinsichtlich des Antrages der Abgeordneten Teschl, Dr. Steidl und Dkfm. Bauer einstimmig — im übrigen mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 50: Finanzverwaltung,  
dem Kapitel 51: Kassenverwaltung,  
dem Kapitel 52: Öffentliche Abgaben,  
dem Kapitel 53: Finanzausgleich,  
dem Kapitel 54: Bundesvermögen,  
dem Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung),  
dem Kapitel 56: Familienlastenausgleich,  
dem Kapitel 57: Staatsvertrag,  
dem Kapitel 59: Finanzschuld,  
dem Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol),  
dem Kapitel 75: Branntwein (Monopol) und  
dem Kapitel 76: Hauptmünzamt,

samt dem zum Kapitel 50 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags des Bundesvoranschlags für das Jahr 1982 (815 der Beilagen) mit den dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen.

**Präsident:** Ich danke den Berichterstattern für ihre Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sallinger.

9.13

Abgeordneter Ing. **Sallinger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute, am letzten Tag der Budgetdebatte über den Bundeshaushalt 1982, stehen die Kapitel Handel und Finanzen zur Diskussion. Diese Kapitel befassen sich aber nicht nur mit dem Finanzminister und dem Handelsminister, sondern meiner Meinung nach auch mit der ganzen Bundesregierung.

Die wirtschaftlichen Fragen sind gerade in der letzten Zeit, in den letzten Wochen heftig zur Diskussion gestanden, und ich glaube, damit auch ausdrücken zu müssen, daß sich die Öffentlichkeit für die Wirtschaft mehr

interessiert hat. Deshalb bin ich auch wirklich der Auffassung, daß hier eine Diskussion auf breiter Ebene erfolgen muß. Schließlich ist ja die Wirtschaft die Grundlage des gesamten Wohlstandes.

Es gibt sicher viele wichtige Bereiche in der Politik. Wenn aber eine Politik nicht funktioniert, nämlich die Wirtschaftspolitik, dann gibt es auch weniger Gestaltungsmöglichkeiten in den anderen Bereichen.

Ich möchte aber gleich am Anfang als Präsident der Bundeswirtschaftskammer, der alle zu vertreten hat, feststellen, daß wir im großen und ganzen auf unsere Wirtschaft stolz sein können. Sie hat überall in der Welt einen guten Ruf, an den steigenden Einkommen in unserem Lande war sie maßgeblich beteiligt, und auch die soziale Sicherheit ist ein Erfolg dieser Wirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte sagen, daß wir auch jetzt noch, wo in verschiedenen Ländern Krisenerscheinungen auftreten, im internationalen Vergleich in manchen Bereichen relativ gut dastehen. Bei den Konjunkturgesprächen, die die Bundeswirtschaftskammer jedes Jahr in den Bundesländern durchführt, um richtige Überlegungen anstellen zu können und auch richtige Auskünfte zu erhalten, konnten wir feststellen, daß die Unternehmer für das Jahr 1982 wesentlich mehr Schwierigkeiten erwarten.

Die Regierung, meine Damen und Herren, stellt allerdings immer die Gesamtergebnisse heraus und versucht, dadurch Fehlentwicklungen oder Fehlentscheidungen zu überdecken. Wir dürfen uns deshalb nicht nur an den Beschäftigungszahlen allein orientieren. Wir müssen aber auch Schwierigkeiten aufzeigen, um solche Fehler gutzumachen. Ich möchte deshalb deutlich sagen, daß ich persönlich wirklich besorgt bin, und will deshalb heute die wichtigsten Probleme aufzeigen, die uns besonders am Herzen liegen. Das ist die Beschäftigungslage, das sind die Exporte und das sind auch die Investitionen.

Die steigende Zahl der Beschäftigten, die von der Regierung immer so gerne in den Vordergrund gespielt worden ist, kann uns wirklich nicht darüber hinwegtäuschen, auch die Schwierigkeiten zu sehen. Tausende Arbeitsplätze können nur gehalten werden, weil Milliardenbeträge in jene Betriebe hineingegeben werden, die sonst ihre Beschäftigtenzahl schon wesentlich hätten reduzieren müssen. Wir haben erst vorgestern im Parlament darüber diskutiert.

Eines möchte ich dazu auch sagen, was meistens zuwenig oder gar nicht gesagt

**Ing. Sallinger**

wird: Wir haben nicht darüber gesprochen, daß in der Privatwirtschaft zirka 1 900 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz finden und daß es in der verstaatlichten Industrie nur 115 000 sind. Wir treten für alle ein, aber es muß auch einmal das Verhältnis der Zahlen aufgezeigt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe schon gesagt, ich trete für alle ein, aber Sie werden mir sicherlich abnehmen, daß ich für die kleinen und mittleren Betriebe, nachdem ich aus diesen Reihen komme, mit ganzem Herzen eintrete, weil man diesen helfen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben die Beschäftigungszahlen schon im Jahre 1974/75 gehalten. Sie tun es auch jetzt noch. Sie nehmen keinen Rechenstift zur Hand, sondern sie wollen mit ihren Mitarbeitern auch unter schwierigen Verhältnissen beisammen bleiben.

Ich möchte deshalb bitten — gerade zu den Sozialisten gesprochen —, daß Sie sich einmal Gedanken machen, wie es in den Betrieben wirklich aussieht. Es ist ein Unterschied zwischen der Theorie und den Zahlen. Man muß hineingehen in die Betriebe, wenn man sich mit dieser lebenden Wirtschaft beschäftigt, dann sieht man, was es hier für Sorgen gibt und wie man sich bemüht, diese Sorgen auch auszugleichen.

Sicherlich wird in dem einen oder anderen Fall bei den verstaatlichten Betrieben eine Hilfestellung notwendig sein, doch darf dies nicht zu einer Dauereinrichtung werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist allerdings zu befürchten, daß viele dieser kleinen und besonders viele dieser mittleren Betriebe im nächsten Jahr diese Substanzverluste, die sie erleiden, nicht mehr tragen können, nicht mehr verkraften können. Es besteht daher die Möglichkeit, daß hier auch Mitarbeiter abgebaut werden müssen. Sie werden alles tun, daß es nicht dazu kommt. Wenn die Belastungen aber so weitergehen, dann darf man es ihnen wirklich nicht übelnehmen.

Deshalb wäre es besonders wichtig, daß die Vereinbarungen, die zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei getroffen worden sind, nicht nur am Papier bleiben, sondern möglichst rasch in die Wirklichkeit umgesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß es ein erster Schritt gewesen ist und daß man sich bemühen muß, weitere Verhandlungen in diese Richtung zu führen. Nur so kann es gelingen, daß wir nicht

eine noch höhere Arbeitslosenrate bekommen. Eine Arbeitsplatzsicherung, die auf Kosten der Steuerzahler geht und auch die betriebliche Substanz angreift, ist sicher auf Dauer nicht haltbar.

Ich möchte zu dem zweiten Problem kommen. Hinter den Exportzahlen verbergen sich viele Schwierigkeiten. Es stimmt zwar, daß wir laufend in vielen Ländern Exportzuwächse haben. Unsere Betriebe bemühen sich wirklich, in den Export zu gehen — es sind in den letzten Jahren besonders auch die mittleren Betriebe —, und sie versuchen, jene Substanz, die sie hier verlieren, mit Exporten oft wieder auszugleichen. Das ist auch im großen und ganzen möglich, weil wir wirklich gute Produkte erzeugen und weil diese Qualitätsprodukte auch abgesetzt werden können.

Allerdings, meine Damen und Herren, müssen diese Firmen oft auch zu wirklich großen Einbußen bereit sein. Die Erträge sind oft nicht vorhanden, ja es entstehen sogar oft Verluste. Sie wollen ihren Weltmarktplatz nicht verlieren, auch wenn er schwer zu halten sein wird,

Aber dieser Zwang zu den Exporten um jeden Preis ist es, wo man sehr achtgeben muß und wo man alles dazutun muß, daß die Arbeitsplätze in diesem Bereich gehalten werden. Aber auf Dauer ist es nicht möglich, daß solche Betriebe alles einsetzen, weil es auch für die gesamte Volkswirtschaft nicht gut wäre.

Die Außenhandelsorganisation der Bundeswirtschaftskammer bemüht sich in allen Bereichen und auf allen Kontinenten, neue Plätze für den Export zu schaffen und unsere Firmen, ob sie groß oder klein sind, auch zu unterstützen. Wir sind auch sehr flexibel. Wenn wir einen Markt sehen, der nicht mehr das einbringt, was wir glaubten, dann wechseln wir eben und gehen zu jenen Stellen, wo die österreichische Wirtschaft noch Erfolge verzeichnen kann.

Wir haben in den letzten Jahren eine Exportoffensive gestartet, die über die Mainlinie hinausgeht. Wir haben uns mit dem Nahen Osten sehr genau beschäftigt. Ich glaube, wir haben auch dort gute Erfolge erzielt. Wir haben unsere Bemühungen auch im südamerikanischen Raum verstärkt. Ich glaube, daß wir auch da Erfolg haben werden.

Ich habe auch in der letzten Zeit für die USA im Süden, also in Houston, wieder eine Außenhandelsstelle vorgeschlagen, die im März oder im April eröffnet wird. Ich glaube, wir haben dadurch unser Netz wesentlich ver-

**Ing. Sallinger**

größert, um unserer Wirtschaft auch exportseitig zu helfen.

Ein drittes Problem sind die Investitionen. In den letzten Jahren war die Investitionstätigkeit in Österreich gar nicht so schlecht. Auch im heurigen Jahr, wo wir angenommen haben, daß es schlechter werden kann, haben die Firmen gezeigt, daß sie absolut noch den Willen dazu haben. Auch heuer waren die Investitionen gut. Für das nächste Jahr — das möchte ich auch sehr deutlich sagen — zeichnen sich allerdings wesentliche Rückschläge bei den Investitionen ab. Man darf nicht übersehen, daß die Unternehmer ihre Investitionen immer weniger aus Erträgen und Eigenkapitalmitteln finanzieren konnten. Sie sind immer auf mehr Kredite, also auf Fremdkapital, angewiesen.

In den letzten Jahren hat die Verschuldung der Unternehmen wesentlich zugenommen, was sehr bedrohlich ist. Dadurch werden die Betriebe natürlich krisenanfälliger und sind weniger gut in der Lage, etwaige Konjunktur-einbrüche oder Rückgänge an Aufträgen zu bewältigen beziehungsweise zu überbrücken.

Wenn noch dazu die Kreditzinsen so stark steigen, wie es im letzten Jahr der Fall war, dann kommen die Unternehmen mit großen Kreditbelastungen und geringer Eigenkapitalbasis in ernste Schwierigkeiten.

Es ist deshalb auch unsachlich, wenn man solchen Unternehmern den Vorwurf macht, sie würden ihre Betriebe schlecht führen. Ich habe solche Äußerungen schon gehört und habe mir angesehen, warum das zustande kommt und wer solche Äußerungen macht. Diese Leute meinen es vielleicht gut, haben aber mit einem lebendigen Betrieb nichts zu tun, sie sind in einen lebendigen Betrieb noch nie hineingegangen. Deshalb lehnen wir solche Äußerungen absolut ab! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Selbstverständlich muß die Investitionstätigkeit sinken, wenn diesen Betrieben dauernd neue Belastungen auferlegt werden, wenn die Ertragskraft der Unternehmen geschwächt und gleichzeitig die Fremdfinanzierung, die ja ohnedies für die Betriebe nicht sehr gut ist, so verteuert wird.

Ich habe jetzt nur einige Schwierigkeiten aufgezeigt, einige Probleme, mit denen die Wirtschaft in den nächsten Monaten noch mehr zu tun haben wird.

Aus den Gesamtzahlen läßt sich auch nicht deutlich erkennen, daß das Budgetdefizit kaum mehr finanzierbar ist. Die produktiven Ausgaben des Budgets stagnieren seit genau-

mer Zeit, und das spüren die Betriebe sehr deutlich. Die öffentlichen Investitionen werden anteilmäßig immer geringer, und die Aufwendungen für Zinsen und für Schuldentrückzahlungen nehmen praktisch die gesamte Erhöhung des Budgetausgabenrahmens in Anspruch.

Die besorgniserregende Lage unserer Staatsfinanzen ist, wie ich meine, ein deutlicher Ausdruck dafür, daß die Wirtschaftspolitik seit Jahren nicht mehr gut gewesen ist und daß sie einen falschen Weg gegangen ist. Der unternehmerische Spielraum — ich glaube, das müssen Sie alle sehen — ist immer mehr eingeengt und der Staatseinfluß auf die Wirtschaft ausgedehnt worden. Die finanzielle Substanz der Betriebe wurde durch immer höhere Belastungen ausgehöhlt.

Die staatliche Wirtschaftsförderung wurde einseitig auf Fremdfinanzierung abgestellt und auch auf Großprojekte konzentriert. Wir sind nicht gegen Großprojekte, wenn man auch den österreichischen Firmen genau dasselbe gibt, wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, genauso zu wirtschaften, denn die müssen es ja aus eigenem bezahlen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Durch Bürokratie und durch staatliche Apparate ist es noch niemals gelungen, die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe zu stärken. Die Unternehmer sind gezwungen, staatliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Man macht sie dadurch vom Staat abhängig, bürdet ihnen aber gleichzeitig neue Steuern auf. Diese Politik führt zwangsmäßig zu einer Diskriminierung der kleinen und mittleren Betriebe, und gerade diese Betriebe sind es, die die meisten Arbeitskräfte halten, die die Jugend ausbilden und die auch die Nahversorgung sichern. Bei der Nahversorgung muß man an unsere alten Leute denken, woher sie auch immer kommen, sie brauchen die Nahversorgung ganz besonders. Ich glaube, das müßte man diesen Betrieben auch danken. Das habe ich schon sehr oft gesagt, und trotzdem bin ich der Auffassung, daß man es immer und immer wieder sagen muß. Man muß diesen kleinen Betrieben auch Danke sagen, man muß es in die öffentliche Meinung auch hineinbringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Öffentlichkeit muß sehen, daß die Wirtschaft nicht nur für ihre Betriebe da ist, sondern daß sie für die ganze Bevölkerung da ist. Wir haben verschiedene Vorschläge in den letzten Jahren immer wieder gemacht. Wir haben auch ein Belebnungsprogramm ausgearbeitet, das die Wirtschaft stärken und festigen soll. Dieses Programm gilt für die Kleinen, es



Ing. Sallinger

gilt für die Großen, es gilt für die Privaten genauso wie für die verstaatlichte Wirtschaft.

Unsere Vorschläge haben wir im Laufe des März dieses Jahres der Bundesregierung vorgelegt. Wir sehen sie als Grundlage für eine vernünftige Wirtschaftspolitik an.

Wenn die Wirtschaft für alle da sein soll, ist es notwendig, daß in allen Bereichen dieser Wirtschaft auch richtig gewirtschaftet wird. Wir müssen einen Weg finden, meine Damen und Herren, der von allen verstanden wird. Ich glaube, wenn er von allen verstanden wird, haben wir wahrscheinlich eine bessere Zusammenarbeit und auch einen besseren Erfolg.

Die Wirtschaft kann nur dann kraftvoll sein, wenn die Menschen von dem überzeugt sind, was erforderlich ist, und alle an einem Strang ziehen. Wir sind bei dieser Überlegung der Auffassung, daß Wachstum Vorrang haben muß, weil wir durch Wachstum auch unsere Arbeitsplätze sichern, weil Wachstum notwendig ist, um den Wohlstand für die ganze Bevölkerung zu erhalten. Wir müssen mehr leisten statt weniger zu arbeiten, und dazu müssen wir mehr wirtschaften und weniger umverteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Wirtschaft braucht einen Belastungsstopp. Ich glaube, das predigen wir schon jahrelang, ohne daß es dazu gekommen ist, denn wir haben immer nur von Erhöhungen gehört und haben diese auch in den Betrieben gespürt.

Die Wirtschaft braucht ein Klima des Vertrauens. Das kann man verschiedentlich auffassen. Die Wirtschaft, die Leute müssen daran glauben können, was ihnen gesagt wird, sie müssen den Mut haben, wieder Neues zu schaffen und damit auch zu investieren.

Für die Klein- und Mittelbetriebe muß mehr getan werden. Es ist ja jetzt ein Schritt gemacht worden, aber trotzdem möchte ich daran erinnern, daß wir ein Mittelstandsgesetz eingebracht haben, von dem wir nicht nur reden sollen, sondern wir müssen trachten, daß es einmal Wirklichkeit wird und eine echte Hilfestellung für unsere Klein- und Mittelbetriebe darstellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Kapitalkraft der Betriebe muß gestärkt und die Eigenkapitalbildung erleichtert werden. Beim Budget müssen sich die Ausgaben wieder nach den Einnahmen richten. Das ist eine Grundformel eines privaten Betriebes. Die Budgetausgaben sind dringend auf Aufgaben auszurichten, die das Wachstum anregen und zu einer dauerhaften Beschäftigung bei-

tragen. Die Arbeitsplätze sind für die Österreichische Volkspartei genauso wichtig wie für die Sozialistische Partei und die Freiheitliche Partei, die hier im Parlament vertreten sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe wiederholt mit dem Finanzminister über diese wichtigen Forderungen auf steuerlichem Gebiet verhandelt. Es ging dabei vor allem darum, daß gewisse zusätzliche steuerliche Belastungen der Betriebe, die ihnen in den letzten Jahren zugemutet worden sind, wieder rückgängig gemacht werden.

Unser besonderes Anliegen war es, daß die Abfertigungsrücklagen wieder verbessert werden, wieder auf den alten Stand gebracht werden. Es ging auch unter anderem darum, die Kürzung der vorzeitigen Afa zu mildern. Bei diesen Verhandlungen konnte erreicht werden, daß die vorzeitige Afa für unbewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens nicht gekürzt wurde. Ebenso konnte eine Kürzung des Investitionsfreibetrages verhindert werden. Der Gewerbesteuerfreibetrag wurde etwas angehoben. Die steuerliche Behandlung von Dauerschuldzinsen ist erleichtert worden, und auch die Abzugsfähigkeit von Spenden für die Forschungsförderung wird anerkannt.

Wenn ich von der Forschung rede, so glaube ich, daß ein Einsatz auf diesem Gebiet unbedingt notwendig ist. Auf der einen Seite sagt man, daß wir keine intelligenten Güter erzeugen — trotzdem haben wir Zuwächse im Export, also ist das nun falsch —, und auf der anderen Seite müßte man wirklich noch mehr tun, um die Forschung noch weiter voranzutreiben, sodaß wir noch bessere Produkte erzeugen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In Hinkunft werden auch die Reparatur- und Instandhaltungskosten von Kraftfahrzeugen steuerlich voll absetzbar sein. Trotzdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir mit diesen Verhandlungen keinesfalls zufrieden, weil wesentliche Anliegen der Wirtschaft, wie zum Beispiel die Erhöhung der Rückstellungsmöglichkeiten für die Abfertigung, immer noch offengeblieben sind, obwohl wir — und das möchte ich auch feststellen — bei den Verhandlungen mit dem Herrn Finanzminister Verständnis gefunden hatten. Das ist allerdings bei der vorletzten Verhandlung dann in der umgekehrten Weise zum Ausdruck gekommen.

Diese Forderung bezüglich der Abfertigung ist vor allem für das Gewerbe von besonderer Bedeutung, weil es kleine und mittlere Betriebe gibt, wo die Besitzer selbst ihren Betrieb verkaufen oder ihre Pension verpfän-

**Ing. Sallinger**

den müssen, um ihrem Mitarbeiter, den sie so lange gehabt haben, diese Abfertigung auszu zahlen. Schauen Sie da wirklich einmal hin, und Sie werden sehen, welche Schwierigkeiten entstehen bei all jenen Leuten, die für die Arbeitsplätze sorgen.

In den darauffolgenden Parteienverhandlungen konnten wir, wie schon bekannt ist, über einige Belebnungsmaßnahmen für die Wirtschaft eine Einigung finden. So hat die Bundesregierung entsprechende Gesetzesvorlagen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Betriebe, für steuerliche Investitionsförderung, zur Erleichterung von Forschungsarbeiten sowie eine Zinsstützung für Gewerbekredite und agrarische Investitionskredite zugesagt.

Bei dieser Vereinbarung ist ein Verständnis gezeigt worden, das schon lange vorhanden hätte sein sollen; ein Verständnis, das aber auch zeigt, daß es in der Wirtschaft wirklich diese Schwierigkeiten gibt, die dringend ausgeräumt werden müssen. Ich hoffe, daß diese Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft sehr bald Gesetz werden und zu einer Belebung beitragen.

Zum Budget 1982 muß ich allerdings sagen, daß sich trotz unserer Warnungen nichts geändert hat. Die Sozialisten können sich meiner Meinung nach offenbar von ihrer verfehlten Budgetpolitik nicht trennen. Die so dringend notwendige Sanierung der Staatsfinanzen wurde wieder nicht in Angriff genommen. Die Ausgaben wurden wieder nicht eingebremst, sondern werden wahrscheinlich im Endeffekt höher sein als im vorliegenden Budgetvoranschlag. Das Budgetdefizit und die Staatsschulden wachsen weiterhin. Das heißt, daß neue Belastungen für die Wirtschaft und für die gesamte Bevölkerung nicht auszuschließen sind.

Eine Politik, die zwangsläufig solche Konsequenzen hat, müßte eigentlich der Regierung zu denken geben. Man sieht doch schon jetzt, daß die wirtschaftliche Kraft unseres Landes ausgehöhlt wird und daß damit aber auch die wichtigsten Steuerquellen zugeschüttet werden. Wenn bereits 42,4 Prozent des Volkseinkommens an den Staat abgeführt werden müssen, ist es verständlich, daß der Unmut der Steuerzahler wächst. Noch schärfere Finanzkontrollen, noch schwierigere oder kompliziertere Steuervorschriften, eine Rechnungslegungspflicht für Bagatellbeträge, die vor allem den Handel und den Fremdenverkehr stark belastet, und noch andere zusätzliche Maßnahmen bringen nichts. Sie verärgern die Menschen, sie verärgern die Leute,

und es hat eigentlich keinen Erfolg. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die Bereitschaft, mehr zu leisten, wird immer geringer, aber eines wächst, und das ist die Pfuschertätigkeit. Von dieser Pfuschertätigkeit, die schon lange im Mittelpunkt unserer Forderungen gestanden ist, wird eigentlich zuwenig gesprochen, und die Regierung hat sich noch nie ernsthaft damit befaßt, obwohl der Finanzminister dadurch viele Steuermilliarden nicht bekommt.

Der Vorschlag des Sozialministers, die Überstunden zu erschweren, ist ebenso wirtschaftsfremd wie seine anderen Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung und zur Urlaubsverlängerung. Das muß man immer wieder feststellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Durch eine Behinderung der Überstunden schafft man keine neuen Arbeitsplätze, sondern höchstens einen zusätzlichen Anreiz für die Pfuschertätigkeit.

Hohes Haus! Eines unserer wichtigsten Anliegen, nämlich bessere Bedingungen für die große Zahl der kleinen und der mittleren Betriebe zu schaffen, ist eine Notwendigkeit, die wir immer wieder in den Mittelpunkt gestellt haben.

Hinsichtlich des von uns seit langem geforderten Mittelstandsgesetzes hat die Bundesregierung bis heute nicht zugestimmt. Ich vermisse vor allem, daß sich der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie energisch für diese kleinen und mittleren Betriebe einsetzt. Wir haben schon zwei Verhandlungen gehabt: eine Enquete im Jänner dieses Jahres und ein Gespräch, ich glaube, vor sechs oder sieben Wochen, wo wir grundsätzlich eine Auffassung darüber gefunden haben, wo es eine Möglichkeit gibt. Aber es darf nicht mehr lange gesprochen werden, sondern wir müssen dazu übergehen, eine Hilfe für diese Betriebe auch zu verwirklichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Handelsminister hat anfangs immer in Worten geklaubt. Das Wort „Mittelstand“ hat ihm nicht gefallen, „Oberstand“ und „Unterstand“ waren auch nicht das Rechte. Uns geht es nicht um Worte, wir sind mit jeder Benennung einverstanden, wenn es den Erfolg hat, daß diesen kleinen und mittleren Betrieben wirklich eine wirksame Hilfestellung gegeben wird.

Ich bin auch der Meinung, daß sich der Handelsminister den wirtschaftsfremden Ideen des Herrn Sozialministers — ich spreche ihn persönlich an — entgegenstellen muß, denn wenn er es nicht tut, könnte man anneh-

Ing. Sallinger

men, daß das eine Zustimmung ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* Seine Aufgabe muß es sein, dafür Sorge zu tragen, daß es Chancengleichheit für alle Betriebe gibt und daß ein gutes wirtschaftliches Klima geschaffen wird.

Das Handelsbudget für 1982 steigt um etwa 3,7 Prozent gegenüber einer Steigerung des Gesamtbudgets um zirka 10 Prozent. Das heißt, daß im kommenden Jahr eine Verminderung der Wirtschaftsförderung Platz greift. Ich glaube, daß hier am falschen Platz gespart wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber auch feststellen, daß sich der Handelsminister oft bemüht hat, die Kreditmöglichkeiten für den Fremdenverkehr zu verbessern. Dieser wichtige Wirtschaftszweig ist aber als ein Beispiel dafür zu nennen, daß eine Sparte noch wesentlich höhere Steuern, höhere Abgaben hat als die ausländischen Konkurrenten. Es sollte endlich darangegangen werden, diese Konkurrenz Nachteile, die der Fremdenverkehr hat, zu beseitigen. Wir können nämlich auf einen wirklich florierenden Fremdenverkehr in der österreichischen Wirtschaft nicht verzichten. Der österreichische Fremdenverkehr bringt uns steigende Deviseneinnahmen und schafft auch noch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten. Ich möchte an das letzte Jahr erinnern, in dem zirka 3 000 neue Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen worden sind.

Im Fremdenverkehr werden auch laufend große Investitionen getätigt, die vor allem für die Bauwirtschaft wichtig sind. Gerade die Bauwirtschaft befindet sich jetzt in einer überaus schwierigen Situation, weil sie nicht nur durch Konjunkturrückgang und Hochzinspolitik gefährdet ist, sondern auch von der Kürzung der öffentlichen Investitionen betroffen ist. Hier zeigt sich drastisch, wie verfehlt diese Politik gewesen ist.

Wir haben jetzt schon einen Punkt erreicht, wo durch die Budgetpolitik mehr Arbeitsplätze gefährdet als gesichert werden. Auf der einen Seite wird der Spielraum für die arbeitsplatzschaffenden Investitionen immer geringer, und auf der anderen Seite wird die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe durch hohe Steuerbelastungen bis zur Existenzbedrohung geschwächt. Beides zusammen bedeutet eine Gefahr für unsere Beschäftigungslage.

Wenn wir uns — und das möchte ich sehr offen sagen — in der Politik schon darin einig sind, daß Arbeitsplätze Vorrang haben, dann sollten wir uns auch darüber einig werden, daß alles getan werden muß, die Belastungen der Betriebe zu vermindern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sichere Arbeitsplätze, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es ja nur — diese Einsicht hat sich jetzt schon durchgesetzt — in gesunden und in konkurrenzfähigen Betrieben, egal, ob sie privat oder verstaatlicht sind. Aber weder das Gesamtbudget noch die Kapitel Handel und Finanzen lassen eine grundsätzliche Neuorientierung der Wirtschafts- und der Finanzpolitik erkennen. Deshalb lehnt die Österreichische Volkspartei die Kapitel Handel und Finanzen des Bundeshaushaltes für 1982 ab. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 9.47

**Präsident:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Mühlbacher.

9.47

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPÖ): Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rede des Herrn Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer, des Herrn Abgeordneten Ing. Sallinger, hat mich überrascht und erfreut. Es gibt viele Passagen, wo wir vollauf Übereinstimmung finden.

Insbesondere möchte ich auch unterstreichen, daß wir auf Österreichs Wirtschaft stolz sein können. Wir können die Erfolge, die unsere Wirtschaft im In- und im Ausland hat, an den Zahlen der Statistik messen.

Wir haben wesentliche Erfolge erzielt, wir haben Krisen abgewendet, und dafür gehört der Wirtschaft Dank.

Aber, verehrter Herr Präsident, eines haben Sie vergessen: daß auch die beste Wirtschaft unter gewissen Voraussetzungen nicht alles leisten kann, insbesondere dann nicht, wenn es krisenhafte Situationen gibt, und solche hatten wir ja in den letzten Jahren. Das Jahr 1975, das Jahr 1981 brachten nicht die schönste weltwirtschaftliche Situation. *(Abg. Graf: Glauben Sie, daß der Sallinger das nicht weiß, oder was wollen Sie damit zum Ausdruck bringen?)* Herr Graf, Sie werden jetzt schon nervös, warten Sie doch, bis ich zu dem komme, was ich jetzt sagen will! Warten Sie es doch ab.

Was er nicht gesagt hat, das ist *(Abg. Graf: Das werden Sie auch nicht wissen!)*, daß die Erfolge auch darauf zurückzuführen sind, daß die sozialistische Regierung *(Abg. Dr. Mock: Natürlich! Endlich!)* immer zeitgerecht die richtigen Maßnahmen gesetzt hat, um die wirtschaftlichen Erfolge zu erzielen! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Das kann der Sallinger wirklich nicht sagen!)* Er hat es ja zwischendurch gesagt! Es ist gar nicht wahr, daß er es nicht gesagt hat. *(Abg. Graf: Sie haben gesagt, daß er es nicht gesagt hat!)*

**Mühlbacher**

Er hat ja viel Anerkennung für Maßnahmen zum Ausdruck gebracht. Aber daß es wesentliche Unterstützung durch die sozialistische Regierung gegeben hat, das hat er nicht gesagt, und das muß ich besonders hervorheben. Denn das sind ja die Voraussetzungen dafür gewesen, daß wir diese wirtschaftlichen Erfolge insbesondere in den letzten zehn Jahren gehabt haben. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Und wenn er gesagt hat, daß für uns das Wachstum sehr wesentlich ist — sicherlich ist das Wachstum auch für uns sehr wesentlich! —, dann darf ich darauf hinweisen, was wir in den letzten zehn Jahren an Wirtschaftswachstum aufzuweisen haben.

Wir haben eine Wirtschaftswachstumsrate von 3,7 Prozent. Sie liegt über dem OECD-Durchschnitt. Dort sind es 3 Prozent. *(Ruf bei der ÖVP: Im Jahre 1966 . . .!)* Sie liegt über der Wachstumsrate der Bundesrepublik Deutschland mit 2,8 Prozent und über jener der Schweiz, die nur 1,1 Prozent erzielt hat.

Das sind doch Beweise dafür, daß wir mit unserer Wirtschaft dank der Maßnahmen, die immer rechtzeitig und richtig von der sozialistischen Regierung gesetzt worden sind, Erfolge erzielt haben. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Verehrte Damen und Herren! Übersehen wir doch nicht die internationalen Konjunktureinbrüche, die zu überwinden waren, das Jahr 1975 mit seinen Folgen, die draußen in der Welt auf Grund der krisenhaften Situation eingetreten sind: geringeres Wachstum, wie ich bereits aufgezählt habe, bei den Nachbarn; Arbeitslosigkeit rundherum um Österreich; anhaltende Inflation in der Welt draußen; Überkapazitäten. Das alles haben wir durch unsere Politik, die in diesen Jahren sofort eingesetzt hat, vermeiden können.

Wir sind einen eigenen Weg gegangen. Ich möchte ihn, wie es von der Welt anerkannt wurde, als den österreichischen Weg bezeichnen. Durch Deficit spending haben wir die Vollbeschäftigung aufrechterhalten, und ich begrüße es, daß der Herr Präsident Sallinger heute gesagt hat, auch für ihn ist die Arbeitsplatzsicherung genauso wichtig wie für uns. Da besteht bereits eine Basis für die gemeinsame Arbeit, für die gemeinsamen wirtschaftlichen Voraussetzungen, wenn auch das angenommen wird. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Jörg Haider.)* Aber der Erfolg der Vollbeschäftigung, dieser Beschäftigungspolitik waren 420 000 zusätzliche Arbeitsplätze, das darf man doch nicht vergessen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Präsident hat gesagt, in die Arbeitsplatzsicherung werden Milliardenbeträge hineingegeben. Ich habe da Kritik herausgehört. Vergessen wir Wirtschaftstreibenden doch nicht, daß jeder Arbeitsplatz einen Konsumenten bedeutet, und wenn wir Vollbeschäftigung haben, dann kann unsere Wirtschaft leben, und das soll doch nicht übersehen werden. *(Zwischenruf des Abg. Probst.)*

Und darüber hinaus noch etwas: Wenn — das wiederhole ich; ich habe es hier schon einmal gesagt — der VOEST-Alpine-Montan eine Kapitalzufuhr gegeben wird, dann bedeutet das, daß damit auch für 5 000 Zulieferbetriebe, Klein- und Mittelbetriebe, ihre Existenz gefestigt wird, und das bedeutet, daß soundso viele Beschäftigte auch in den Klein- und Mittelbetrieben ihre Arbeit haben und dementsprechend Konsumenten sind, Käufer, die wieder die Wirtschaft beleben.

Wir haben also kraft dieser Voraussetzungen das Jahr 1975 gut überstanden. Natürlich gibt es Probleme. Wir haben Schwierigkeiten mit der Leistungsbilanz gehabt. Wir haben sie noch. Aber die Situation ist schon besser. Das auch wieder nur dank der Maßnahmen, die gesetzt worden sind.

Wir haben gute Erfolge bei unseren Exportfirmen. Das wird doch niemand von der Österreichischen Volkspartei leugnen können, daß wir dort wirklich unterstützende Maßnahmen gesetzt haben. Denken Sie an das Ausfuhrförderungsförderungsförderungsgesetz, denken Sie an die Begünstigungen, die für die Errichtung ausländischer Vertretungen eingeräumt werden, denken Sie daran, was wir nunmehr mit dem Abgabenänderungsgesetz gemacht haben, wonach Verbindlichkeiten, die bei Exportgeschäften entstehen, eben nicht als Dauerschuldzinsen gerechnet werden! Denken Sie daran, daß die ausländischen Forderungen nicht in die Vermögensteuererklärung aufzunehmen sind!

Das sind ja alles Begünstigungen, die für Exporteure die Möglichkeit schaffen, den Wettbewerb in der Welt zu bestehen, wobei wir zugeben, daß dieser immer härter wird, und deshalb sind auch hier die Maßnahmen der Regierung — das möchte ich immer wieder unterstreichen — immer zum richtigen Zeitpunkt und richtig gesetzt worden, was die Zahlen unserer Wirtschaft heute beweisen. *(Zwischenrufe des Abg. Grabher-Meyer.)*

Natürlich haben wir weitere Probleme, die uns von außen aufgedrängt worden sind, wie die Hochzinspolitik, aber auch hier haben Sie

**Mühlbacher**

bereits Maßnahmen, die gesetzt worden sind. — *(Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Grabher-Meyer.)* Wollen Sie bei meinem Thema bleiben, oder wollen Sie mir eines aufdrängen? Von Ihnen lasse ich mir keines aufdrängen! Ich komme schon dazu beziehungsweise, wenn Sie unbedingt Ihr Problem anbringen wollen, kommen Sie da herunter, aber regen Sie sich nicht unnütz auf! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bin im Moment bei der Hochzinspolitik, und auch die werden wir meistern. *(Abg. Dr. Jörg Haider: Sie reden schon wie der Tull! Märchenstunde!)* Glauben Sie das? Wenn Sie das meinen, daß für Sie die Hochzinspolitik und die Probleme der Wirtschaft das Thema für eine Märchenstunde sind, dann sind Sie auch einer, der wirklich nicht im praktischen Leben steht, und dann, bitte, seien Sie ruhig, wenn es um wirtschaftliche Probleme geht! *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir haben viel zu viel so gescheite Leute wie Sie, die nichts wissen vom praktischen Leben und die glauben, überall dreinreden zu müssen. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe des Abg. Grabher-Meyer.)*

Ich glaube also, daß wir das Problem Hochzinspolitik in der österreichischen Wirtschaft auch meistern können. Wir sind dabei. Auch hier verweise ich auf das Abgabenänderungsgesetz 1981. Auch hier haben wir, wie Präsident Sallinger ebenfalls erwähnte, durch die Hinaufsetzung der Dauerschuldzinsengrenze einen wesentlichen Beitrag geleistet, insbesondere für die Klein- und Mittelbetriebe.

Zurückkommend auf den Export Österreichs: Es ist erfreulich, daß wir so gute Erfolge haben. Wir haben in den Jahren von 1975 bis 1981 unsere Industriegütererzeugung real um 21 Prozent gesteigert. Das bedeutet mit einem jährlichen realen Marktanteilsgeinn von 3,2 Prozent. Vergleicht man dies mit Japan, ist das ein Plus von 2,5, die Schweiz stagniert und die Bundesrepublik Deutschland verlor sogar 2 Prozent. Die Maßnahmen der österreichischen Regierung zur Exportförderung hingegen haben unseren Absatz auch heute noch im Ausland steigen lassen.

Ich will in diesem Zusammenhang nicht verschweigen, daß die Maßnahmen der Außenhandelsabteilung der Bundeswirtschaftskammer viel dazu beigetragen haben. Nur, verehrte Damen und Herren: Diese Servicestelle unserer Exportwirtschaft ist aus den Mitteln des Ausfuhrförderungsbeitrages dotiert, der von der Bundeskammer verwaltet wird, und dort werden die Maßnahmen gesetzt.

Die Außenhandelsorganisation funktioniert tadellos: Außenhandelsstellen in der ganzen Welt, Hilfestellung für jeden Exporteur, finanzielle Hilfen werden jedem Unternehmer gegeben, der auf den ausländischen Markt will, durch Finanzierungszuschüsse zu den Reisekosten und den Ausstellungskosten. Wir finanzieren mit den Mitteln des Außenhandelsbeitrages... *(Abg. Dr. Jörg Haider: Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge!)* Er fängt schon wieder an! Ich bin beim Export, warten Sie doch ein bisschen! Bitte, warten Sie ein bisschen. *(Abg. Dr. Jörg Haider: Das ist doch Theorie, was Sie hier verbreiten! — Abg. Grabher-Meyer: Graue Theorie!)*

Finanzierung aller möglichen Auslandsveranstaltungen, Zur-Hand-Gehen unseren Unternehmern, damit sie auf den ausländischen Markt bestehen. *(Beifall bei der SPÖ. — Weitere Zwischenrufe des Abg. Grabher-Meyer.)*

Meine einzige Kritik an dieser Organisation ist noch immer, daß zuwenig getan wird, die österreichischen Gewerbebetriebe dazu zu bewegen, daß sie auch in den Export gehen. *(Abg. Dr. Zittmayr: Haxelbeißer!)* Wir sind bereits dabei, daß hier neue Maßnahmen auch bei der Außenhandelsabteilung gesetzt werden. Aber meines Erachtens sind sie noch immer viel zuwenig, und ich werde sicherlich nicht müßig werden, weiterhin dort meine Ideen vorzutragen.

Ich hoffe nur, daß man nicht einen falschen Weg geht, und ich werde auch trachten, daß er nicht gegangen wird; ich glaube nicht, daß es zielführend ist, aus der Bundeswirtschaftskammer heraus- und in private Gesellschaften hineinzugehen, die dann sicherlich nicht so überschaubar sind und wo eine Kontrolle schwieriger ist.

Ich bin für eine verstärkte Förderung des Gewerbeexportes und ich weiß auch, daß österreichische Gewerbebetriebe Produkte herstellen, die auch im Ausland anerkannt und gefragt sind. Man muß nur dem österreichischen Gewerbetreibenden dazu verhelfen, die Schranken, die Barriere zum Export leichter zu bewältigen.

Und eines darf man auch nicht vergessen: Wir haben sofort, als die Probleme bei unserer Leistungsbilanz aufgetaucht sind, Maßnahmen gesetzt. Ich erinnere an das 4-Punkte-Programm des Herrn Finanzministers, das im großen und ganzen in folgende Richtung geht: Umstrukturierung unserer Betriebe, die im Export tätig sind, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsmäßig besser zu

**Mühlbacher**

bestehen. Förderung jener Betriebe, die Erzeugung von neuen Produkten im Inland aufnehmen, wodurch wir uns Importe ersparen können.

Diese Maßnahmen sind im vollen Gange und zeigen auch bereits ihre Früchte. Sie selbst wissen, daß sich in den letzten Monaten die Handelsbilanz- und die Leistungsbilanzsituation wesentlich verbessert haben.

Dann zum nächsten Punkt — auch angeschnitten vom Herrn Präsidenten Sallinger; positiv eigentlich —: Die Ausweitung und die Erfolge im österreichischen Fremdenverkehr.

Zwischen 1975 und 1980 war ein starkes Ansteigen der Nächtigungen festzustellen, und zwar um 12,9 Prozent. Die Deviseneinnahmen haben sich um 34,9 Milliarden Schilling erhöht. Das sind 72 Prozent.

Das beweist doch wieder — wenn Sie sich die Zahlen ansehen, die wir an Förderungen hineingegeben haben in den Fremdenverkehr —, wie diese Unterstützung Früchte trägt. Aber das muß man eben auch sagen. Sicherlich sind wir stolz auf unsere Wirtschaft. Die Einsatzfreudigkeit unserer Unternehmer ist wirklich zu begrüßen. Aber natürlich waren für die erzielten Erfolge auch die Unterstützung des Staates und die Maßnahmen der österreichischen Regierung ausschlaggebend. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daß wir im Fremdenverkehr den richtigen Weg gegangen sind, indem wir auf Qualitätsverbesserung geschaut haben, beweisen die Zahlen! Im Jahre 1975 wurde ein Investitionsvolumen von 2,7 Milliarden Schilling für Qualitätsverbesserung gefördert, im Jahre 1980 bereits 6,2 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Auch das Budget 1982, Kapitel Handel, weist eine Erhöhung der Förderungsmittel auf. Es stimmt also meines Erachtens nicht, was Präsident Sallinger gesagt hat, daß da weniger vorgesehen ist.

Wenn dann noch die Vereinbarung nach dem Kreisky-Mock-Gespräch dazukommt, dann werden Sie sehen, daß wir selbst in der schwierigen Situation der nächsten Zeit alle Maßnahmen wieder rechtzeitig und nach der Erfahrung — das müssen Sie mir bestätigen — auch richtig setzen werden. *(Abg. Dr. Zittmayr: Aber wir müssen euch jedesmal das Messer ansetzen! — Heiterkeit.)*

Verehrter Herr Dr. Zittmayr! Das mit dem „Messeransetzen“ stimmt ja nicht. Daß natürlich Gespräche vorausgehen müssen, daß natürlich Verhandlungen geführt werden müssen, ist doch selbstverständlich. *(Abg. Dr. Zittmayr: Jeden Schilling müssen wir euch*

*„außereißend“! — Heiterkeit.)* Naja. *(Abg. Dr. Zittmayr: Stimmt es nicht?)*

Herr Dr. Zittmayr! Gehen wir doch wieder von den Voraussetzungen aus: Wir haben schwierige Zeiten, wir haben auch eine schwierige budgetäre Situation. Wir haben ein Sparbudget erstellt. Da muß natürlich überlegt werden, daß jeder Groschen verantwortungsbewußt ausgegeben wird. Daß wir das erreicht haben oder daß das vorgesehen ist, daß die Förderungsmittel mindestens genauso hoch wie im Jahre 1981 angesetzt sind, zeigt doch, daß man der Wirtschaft große Bedeutung zumißt. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)*

Jetzt möchte ich noch zu den Klein- und Mittelbetrieben kommen, der Herzensangelegenheit des Herrn Präsidenten Sallinger, wie er hier gesagt hat. Ich hoffe ... *(Abg. Ing. Dittrich: Nichts lächerlich machen!)* Nein. Ich mache überhaupt nichts lächerlich. Jetzt ist er wieder angerührt. *(Abg. Ing. Dittrich: Das hat aber diesen Eindruck gemacht! — Abg. Dr. Fischer zu Abg. Ing. Dittrich: Sie sind nicht die Herzensangelegenheit von Präsident Sallinger!)* Es ist eben so: Zwischen Herzensangelegenheit und Praxis muß man etwas unterscheiden. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich nehme es ja dem Herrn Präsidenten Sallinger ab, daß es für ihn eine Herzensangelegenheit ist.

Aber wie schaut es denn aus mit den Herren Wirtschaftsbundfunktionären und hohen Kammerfunktionären? Für die ist das keine Herzensangelegenheit? — Da muß ich sagen: Dann kann sich der Herr Präsident nicht durchsetzen! *(Abg. Ing. Dittrich: Natürlich!)*

Da kommen wir zu einem Problem, das sehr arg ist — sehr arg! — und das in Niederösterreich passiert ist. Da kommt ... *(Abg. Dr. Fischer: Der Dittrich ist nicht sein Herzbinker! — Abg. Graf: Woher wissen Sie das, Herr Dr. Fischer? — Abg. Dr. Fischer: Aus verlässlicher Quelle!)* — Wann war das? — Am 5. November ging ein Rundschreiben von der Handelskammer Niederösterreich hinaus. *(Abg. Ing. Dittrich: Das kennen wir!)* Ja, Sie kennen es. Aber es ist so interessant, daß es alle kennenlernen wollen. Es ist nämlich ein Skandal, was dort passiert ist. *(Rufe bei der ÖVP: Irrtum!)* Ein Irrtum?

Verehrte Damen und Herren! Bitte nehmen Sie sich die Zeit und hören Sie sich diesen „Irrtum“ an. — Da kommt also ein Wirtschaftsbundfunktionär, ein hoher Kammerfunktionär ... *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Haben wir jetzt eine Kammer-Vollversamm-*

**Mühlbacher**

lung?) Sie interessiert das nicht? (Abg. Dipl.-Vw. *Jossek: Macht euch das selbst aus!*) Das interessiert Sie nicht? (Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.) Wissen Sie: Ich habe heute nämlich weder die Worte soziale Marktwirtschaft noch freie Marktwirtschaft gehört. Das, was da passiert ist, ist jedoch so typisch für soziale oder freie Marktwirtschaft. Hören Sie es sich an. Oder wissen Sie schon, was dort passiert ist? Oder wollen Sie das auch nicht hören? (Weitere Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.) Ja eben.

Da geht also jetzt die Kammer her und fordert alle Baumeister in Niederösterreich auf, eine Vereinbarung zu treffen. (Abg. Ing. *Dirtrich: Das ist ein Blödsinn!*) Das sage ich auch, daß das ein Blödsinn ist. Aber das ist Ihr Wirtschaftsbundmann, Ihr ... (Abg. Dr. *Schüssel: Das ist längst zurückgezogen!*) Ja, sie haben es zurückgezogen, weil Sie dann erkannt haben, was das bedeutet. — Es bedeutet, einen Zwang auszuüben (Abg. Dr. *Schüssel: Stimmt ja alles nicht!*) auf Hunderte von Baumeistern in Niederösterreich, die man verpflichten wollte, ihr Baumaterial bei der landwirtschaftlichen Genossenschaft einzukaufen unter dem Druck und der Androhung, wenn sie das nicht machen, haben sie Schwierigkeiten. (Abg. Dr. *Schüssel: Wo steht das? Wo ist der Zwang?*)

Ich lese wortwörtlich vor, was da steht. (Abg. *Graf: Bitte, sind Sie so lieb und lesen Sie es vor!*)

An alle Bau- und Maurermeister der Landesinnung des Baugewerbes für Niederösterreich.

Betrifft Kooperation mit dem Verband ländlicher Genossenschaften.

Sehr geehrtes Kammermitglied! Wie Ihnen bekannt ist, führen wir derzeit Gespräche über die Absicht der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Konzessionen zum Betrieb des Baumeistergewerbes zu erwerben.

Also das heißt: Die landwirtschaftliche Genossenschaft ist einmal da und erwirbt eine Konzession als Baumeister. — Dann heißt es weiter:

Der Verband der ländlichen Genossenschaften ist weniger an der Ausübung des Baumeistergewerbes interessiert als am Absatz der geführten Baustoffe. Dazu ist es jedoch eine unabdingbare Voraussetzung, daß sich in ganz Niederösterreich Baumeister bereithalten, mit den Lagerhausgenossenschaften zusammenzuarbeiten. — Unabdingbar! — Der Verband der Genossenschaften ist seinerseits bereit, den Baumeistern einen gewissen

Anreiz zu bieten, daß das Bauen mit aus den Lagerhäusern abgesetztem Material reibungslos vonstatten geht... (Rufe bei der SPÖ: *Unglaublich!*)

Was heißt denn „reibungslos“? Wissen Sie, was das heißt? — In vielen Lagerhausgenossenschaften sitzt nämlich der Bürgermeister oder der Vizebürgermeister der Gemeinde, der die Baugenehmigung gibt. Und wenn das alles nicht paßt und der Baumeister nicht dort einkauft, hat er die größten Schwierigkeiten (Abg. Dr. *Schüssel: Das ist ja vollkommen falsch!*), um eine Baubewilligung und um die Bauabnahme zu bekommen. Das muß man ja wissen, was die dort alles im Auge behalten!

Dann geht es weiter: ...reibungslos vonstatten geht, sofern diese ihrerseits bereit sind, die Planung, Einreichung, Bauleitung und Bauausführung von Bauten mit Material aus den Lagerhäusern zu realen Marktbedingungen zu übernehmen.

Abschließend wird geschrieben: Wir bitten Sie, uns mittels beiliegendem Formular mitzuteilen, ob Sie an einer Zusammenarbeit mit den Lagerhausgenossenschaften grundsätzlich interessiert sind. Wir werden Ihre Mitteilungen an den Verband der Genossenschaften weitergeben, damit er sich mit Ihnen zwecks Vereinbarung der Form der Zusammenarbeit und der Konditionen in Verbindung setzen kann. Letzte Frist — unterstrichen —: Für das Einlangen Ihrer Mitteilungen merken wir uns den 20. November vor. Mit vorzüglicher Hochachtung. Der Herr Landesinnungsobmann von Niederösterreich und Bundeskammerfunktionär. (*Präsident Thahammer übernimmt den Vorsitz.*)

Ich sage Ihnen: Das ist doch der größte Skandal, den es gibt, wenn dann jemand kommt und sagt: Wir sind für die Klein- und Mittelbetriebe!, wenn man alle Klein- und Mittelbetriebe im Bausektor in Niederösterreich „vergewaltigt“, bei dem „Grünen Riesen“ einzukaufen, da er sonst Schwierigkeiten hat. (Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Nun haben die Herren von der landwirtschaftlichen Genossenschaft gar nicht abgewartet, bis ihnen die Beitrittserklärung zugesandt worden ist, sondern sie waren schon am nächsten Tag bei den einzelnen Baumeistern und haben das abverlangt. Und über 100 haben sie bekommen, weil die Betroffenen Angst haben, daß sie Schwierigkeiten bekommen.

Verehrte Damen und Herren! Das ist eine Vorgangsweise, die zu verurteilen ist und die weder mit der sozialen Marktwirtschaft noch



**Mühlbacher**

mit einer freien Marktwirtschaft noch mit einer Förderung von Klein- und Mittelbetrieben etwas zu tun hat. Das muß man den Leuten draußen sagen. Hier sprechen Sie mit zwei Zungen. Das werden wir Ihnen bitte vorhalten! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wenn es solche Funktionäre gibt und wenn diese bleiben und wenn Sie keine Konsequenzen ziehen, werden wir immer wieder darauf hinweisen und das aufzeigen. Da nützt es dann nämlich gar nichts, wenn unmittelbar darauf — am 11. November — ein zweiter Brief an alle Baumeister ergangen ist, wo drinnensteht:

Sehr geehrtes Mitglied! Die Innung bezieht sich auf ihr Schreiben vom 5. November zu obigem Betreff und ersucht, dieses als gegenstandslos zu betrachten. Die Frage wird Gegenstand von Beratungen bei der Landesinnungstagung sein. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Auf Grund des Aufschreis erfolgte das. Aber es geht um den Gedanken und die Maßnahmen, die da gesetzt werden. Sie wissen ja ganz genau, daß es gemacht werden mußte, weil sonst die Schwierigkeiten kommen.

Verehrte Damen und Herren des Österreichischen Wirtschaftsbundes! Greifen Sie bitte ein! Sonst sind Sie nämlich unglaublich mit allen Ihren anderen Handlungen. Deshalb noch einmal: Ich habe nichts ins Lächerliche gezogen. Ich glaube dem Herrn Präsidenten Sallinger, daß es eine Herzensangelegenheit ist. Aber für viele Wirtschaftsbundfunktionäre gilt das nicht, was Präsident Sallinger meint. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wir treten sehr für Mittelbetriebe ein. Wir setzen alle Maßnahmen, die möglich sind. Wir glauben wirklich, viel erreicht zu haben. *(Abg. Ing. Dittrich: Die 500-S-Grenze!)* Bitte welche 500 S? *(Abg. Ing. Dittrich: Bei der 500-S-Grenze treten Sie für die Klein- und Mittelbetriebe ein? Das ist etwas für die kleinen Betriebe?)*

Herr Präsident Dittrich! Sie wissen genau so wie ich, daß wir Funktionäre des Freien Wirtschaftsverbandes uns bemüht haben, alle Schwierigkeiten dort wegzubekommen. Und dank des Finanzministers ist es uns gelungen, das ganze wirklich administrierbar zu gestalten. Wir haben jetzt die 500-S-Grenze, zuerst waren 300 S vorgesehen. Wir haben erreicht, daß die Belege nicht die Form einer Rechnung haben müssen, wie laut Umsatzsteuergesetz vorgeschrieben ist, sondern daß ein Registrierstreifenbon anerkannt wird, daß jeder Zettel, wo die Lieferfirma, der Gesamtbetrag und das Datum draufsteht, schon aner-

kannt wird. Also was wollen Sie noch mehr? *(Abg. Ing. Dittrich: Ist das keine zusätzliche Belastung?)* 80 Prozent aller Unternehmer haben sowieso eine Registrierkasse. Da ändert sich gar nichts.

Im Fremdenverkehr wird heute sowieso ein Zettel hergegeben. Also bitte: Machen wir uns da wirklich das Leben nicht schwer. Sie wissen ganz genau, wo Sie ansetzen können. Es ist eben immer so: Man geht hinaus mit dem.

In Wirklichkeit steht bei einer Versammlung dann ein Wirtschaftstreibender auf und sagt: Das ist wirklich arg, da habe ich die größten Schwierigkeiten, — Er sagt dann auf meine Frage, welche Branche das ist. — Dann sage ich: Sie schreiben doch ohnehin immer eine Rechnung. — Darauf sagt er: Bei mir geht es in Ordnung, aber bei den anderen wird es Schwierigkeiten machen.

Das ist das, was Sie in den letzten Jahren immer betrieben haben: Die miese Stimmungsmache.

Ich begrüße heute die Ausführungen des Herrn Präsidenten Sallinger, der sich wirklich bemüht hat, positive Darstellungen zu bringen. Er hat auch die Gesprächsbereitschaft der Bundesregierung anerkannt und die erzielte Vereinbarung, die die Wirtschaft jetzt in Zusammenarbeit mit der Regierung getroffen hat. Ich bin überzeugt davon: Wenn wir diesen Weg weitergehen, wird es auch im Jahre 1982 wirtschaftlich keine Schwierigkeiten geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hinsichtlich des Mittelstandsgesetzes, das Sie eingebracht haben und wo wir zu einem Übereinkommen gekommen sind: Wir werden in Abständen von zwei Jahren durch den Herrn Handelsminister Berichte zur Lage der Klein- und Mittelbetriebe in Österreich bekommen. Es werden dann weitere Untersuchungen anzustellen und eben auch wieder Maßnahmen zu treffen sein. Ich glaube, der erste Schritt ist getan worden.

Alles andere, was in dem Entwurf drinnen steht — ich habe immer gesagt, das ist ein Antrag, der nicht in Gesetzesform gegossen werden kann —, hat man doch jetzt eigentlich erfüllt.

Im Abgabenänderungsgesetz — das war ja der Beweis; Sie sind oft aufgestanden und haben mitgestimmt — sind viele Maßnahmen für die Klein- und Mittelbetriebe drinnen. Sie haben für diese Betriebe Begünstigungen drinnen. Sie haben auf Grund der Kreisky-Mock-Vereinbarung weitere Förderungsmaßnahmen, die in den ersten Monaten des Jahres 1982 gesetzt werden. Ich glaube, damit ist das schon erfüllt.



**Mühlbacher**

Aber Sie mußten meinen Weg gehen, weil ich Ihnen gesagt habe, Sie können nicht ein Gesetz machen, wo drinnen steht: Alle Klein- und Mittelbetriebe müssen immer berücksichtigt werden. Das ist eben kein Gesetzestext. Man muß vielmehr dorthin gehen — in diesen Ausschuß, zu diesem Ressort —, wo die Zuständigkeit liegt.

Wir haben einen Initiativantrag zum Sozialrecht eingebracht, wo die Mutterschaftshilfe gegeben wird mit einem beachtlichen Teil, mit einem Tagessatz von 250 S pro Tag. Man soll das doch nicht übersehen. Das sind doch wirklich Erfolge für die Selbständigen und insbesondere für die kleinen und mittleren Selbständigen.

Die Regierung anerkennt doch den Wert der Klein- und Mittelbetriebe in Österreich. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Das finden Sie — und das muß ich Ihnen immer wieder sagen — in jeder Regierungserklärung und in jeder Budgetrede. Das wird ja auch praktisch durchgeführt. Nur stellen Sie das immer in Abrede, weil es nicht in Ihren Kram paßt, weil Sie ja immer wieder Stimmung dagegen machen wollen. Aber ohne Erfolg. Und daß das auch ins Auge gehen kann, haben Sie beim 2. Abgabenänderungsgesetz gesehen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Es ist erfreulich, daß seit dem Jahr 1975 eine Trendwende eingetreten ist, nämlich bei der Anzahl der Betriebe. Jahrzehntelang war die Tendenz so, daß es immer weniger Betriebe wurden. Ab dem Jahre 1975 — und das laut Handelskammerstatistik — steigt die Zahl der Betriebe wieder an.

Wir haben Erfolge. Ich möchte auch noch unterstreichen — es wurde, glaube ich, auch vom Präsidenten Sallinger betont —, daß wir sehr viele Lehrlinge ausbilden. Wir haben jetzt den Höchststand von 194 089 Lehrlingen in den Betrieben. Diese Lehrlinge werden in 64 453 Betrieben ausgebildet. Das heißt, wir können stolz sein auf unsere Wirtschaft. Sicherlich! Noch eines muß ich sagen: Man soll aber nicht immer wieder sagen, wir wollen keine staatliche Unterstützung, das ist ein Eingriff des Staates. — Es ist eben notwendig, daß Förderungsmaßnahmen gesetzt werden in Zeiten wie diesen, wenn es schwierig ist. Dagegen braucht man gar nichts haben.

Es hat sich noch niemand — und das unterstreiche ich wieder einmal von hier aus — gegängelt gefühlt, der eine solche Begünstigung oder Zinsstützungen angenommen hat. Im Gegenteil — Sie können mit jedem sprechen —: Man hat das wirklich anerkannt.

Verehrte Damen und Herren — damit

möchte ich abschließen —, ich will zum Kapitel Handel die Zahlen, die drinnen stehen, anführen: Für die Wirtschaftsförderung werden 448,6 Millionen Schilling, das sind um 10,9 Millionen Schilling mehr als 1981, zur Verfügung stehen. Die Bergbauförderung wird, wie 1981, mit 216 Millionen Schilling dotiert sein. Um 14 Millionen Schilling mehr, insgesamt 154,2 Millionen Schilling, werden für die Stärkeförderung ausgegeben werden. Um 10 Millionen Schilling weniger wird für den Fremdenverkehr ausgegeben. — Aber das ist dadurch bedingt, weil eben die Seenaktion ausgelaufen ist. Diese Aktion wurde erfolgreich beendet. — Beim Baugipfel wurde 1 Milliarde Schilling an zusätzlichem Bauvolumen für 1982 zugesagt. Beim Personalaufwand im Kapitel Handel gelang es, 1982 vier Planstellen einzusparen.

Resümee davon: Ausweitung der Förderungsmaßnahmen für die Wirtschaft, sparsame Verwaltung, also genau jene Voraussetzungen, unter denen wir das Budget 1982 zu erstellen hatten. Ich gaube, daß damit und mit den bereits vorbereiteten Maßnahmen in den ersten Monaten 1982 wieder die Grundlage gelegt wird, daß wir auch das schwierige Jahr 1982 in der Wirtschaft werden bewältigen können. (*Beifall bei der SPÖ.*) 10.19

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

10.20

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir stehen heute am letzten Tag der Budgetdebatte, gewissermaßen am Ende einer umfangreichen Diskussion, in der sehr viele Zahlen durch den Raum geschwirrt sind, ein richtiges Verwirrspiel mit Zahlen um dieses Budget.

Aber offenbar geht es in anderen und weit aus größeren Ländern als Österreich auch nicht sehr viel besser zu. Es hat das bekannte amerikanische Magazin „The Atlantic Monthly“ einen recht interessanten Artikel über einen der intimsten Berater von Präsident Reagan gebracht, nämlich über David Stockman. Und von ihm stammt der verzweifelte Ausspruch zur amerikanischen Budgetdebatte: „None of us really understands what's going on with all these numbers.“ Niemand von uns versteht wirklich, was es mit all diesen Zahlen auf sich hat. Also wenn es Amerika schon nicht gut hat, warum soll es Österreich besser haben.

Wir kommen von dieser Gesamtbudgetdebatte heute zum Teilkapitel Handel. Obwohl dieser Bereich, dieses Ressort Handel,

10124

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Dr. Stix**

Gewerbe, Industrie und Energie ein großes Ressort ist, steht dem nur ein kleines Budgetkapitel zur Verfügung.

Dazu hat der Herr Bundesminister Dr. Staribacher offenbar von allen seinen Ministerkollegen das Sparen am ernstesten genommen, sein ohnedies kleiner Budgetanteil von bisher 0,63 Prozent am Gesamtbudget ist noch um ein wenig auf 0,59 Prozent geschrumpft.

Es hat insbesondere Umschichtungen und per Saldo Kürzungen bei der Wirtschaftsförderung gegeben. Zieht man die Tabellenübersicht 26/1 heran, dann erkennt man, daß im Bereich der allgemeinen Förderungsmaßnahmen — für die in erster Linie der Herr Handelsminister federführend ist — die Förderung von 1,77 Milliarden S 1981 auf 1,66 Milliarden S 1982 abgesunken ist.

Dies ist zweifellos keine positive Entwicklung, dennoch möchte ich nicht allein aus dieser Situation heraus über dieses Kapitel den Stab brechen, denn wir haben ja die Aussage des Herrn Dr. Staribacher, daß er sich gewissermaßen persönlich dafür verbürge, daß kein berechtigtes Ansuchen um Förderungsmittel abgelehnt würde.

Herr Bundesminister, wir werden diese Ihre Aussage aufmerksam hinsichtlich ihrer Realisierung im kommenden Jahr prüfen.

Unbeschadet dessen bleibt die Frage stehen, was soll wie und auf welchem Weg gefördert werden. Aber darauf möchte ich später noch zurückkommen.

Heute steht im Vordergrund unserer kritischen Würdigung das nach wie vor gegebene Versäumnis im Bereich der Krisenbevorratung.

Wir alle erleben heute mit, was sich in Polen abspielt. Wir lesen und hören, wie die Leute zu wenig Nahrungsmittel haben, wie Energie knapp wird, wie Hunger und Frieren in einem großen Land einzieht, wo es nicht sein müßte. Das Dramatische aber ist, daß sich das alles gewissermaßen vor unserer Haustüre abspielt und zeigt, wie sehr wohl Krisen in der Nachbarschaft, die Österreich gar nicht direkt betreffen, unter Umständen dennoch einen indirekten Einfluß haben auf die Versorgung Österreichs.

Hinsichtlich der Kohlenversorgung Österreichs ist Polen zweifellos ein Menetekel an der Wand.

Wo ist denn in Österreich die Krisenbevorratung mit Ausnahme von Öl? Wo ist denn, Herr Bundesminister, die Kohlebevorratung? Ich weiß sehr wohl, daß ich diese Frage nicht

nur an Sie, Herr Bundesminister, richten muß, sondern auch an die Kollegen der Österreichischen Volkspartei zu richten habe. Ich möchte die Kollegen von der Österreichischen Volkspartei fragen, ob sie immer noch ein gutes Gefühl heute dabei haben, wenn sie sich daran zurückerinnern, daß sie daran mitgewirkt haben, daß wir im Zuge der Ölbevorratung nicht gleich auch eine Kohlebevorratung mit aufgebaut haben. Jedenfalls bleibt es unser freiheitliches Ceterum censeo, daß nichts aus staatspolitischen Gründen so sehr geboten ist wie ein rascher, effektiver Aufbau einer Krisenbevorratung. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Bisher ist nichts Essentielles auf diesem Gebiet geschehen, und das ist auch der Hauptgrund, warum wir dieses Kapitel ablehnen. Es gibt eine Ausnahme: Das Handelsministerium hat einen Schwerpunkt hinsichtlich der Erforschung inländischer Lagerstätten gebildet, und dieser Schwerpunkt wird auch budgetär entsprechend dotiert. Es ist dies ein kleiner Fortschritt, den wir durchaus anerkennen. Ansonsten aber außer der Produktion von papierenen Konzepten keine Realisierung.

Natürlich stellt sich auch immer wieder die Frage: Wie soll das Ganze finanziert werden? Aber da verweise ich zum wiederholten Male auf unseren freiheitlichen Vorschlag, daß man Kapitalbindung und Lagerhaltungskosten auseinanderhalten sollte. Hinsichtlich der Kapitalbeschaffung für den Aufbau von Krisenlagern empfindlicher Rohstoffe und ähnlicher Dinge, die genau definiert werden können, sind wir der Meinung, daß der Devissenschatz der Oesterreichischen Nationalbank geldwertneutral und ohne inflationäre Auswirkung dafür herangezogen werden könnte.

Nun von der nicht vorhandenen Krisenbevorratung zu der sehr wohl vorhandenen Krisenstimmung. Und damit meine ich die allgemeine Konjunkturlage. Wir alle haben ja das Gefühl, daß wir uns dem Talboden einer Wirtschaftslage nähern oder vielleicht sogar schon unten sind, was ja nicht so schlimm wäre, als wenn wir noch weiter abrutschen würden. Genau das ist die Situation, um die alle Wirtschaftsprognostiker derzeit herumräteln.

Nehmen wir den Monatsbericht 11/1981 des Wirtschaftsforschungsinstitutes zur Hand, dann springen uns düstere Schlagzeilen ins Auge. Da heißt es: Industrieproduktion stagniert auf niedrigem Niveau. Krise in der Bauwirtschaft. Arbeitsmarktlage im Oktober erheblich verschärft.

Dazu gibt es auch noch genauere Zahlen, so

**Dr. Stix**

etwa, daß die saisonbereinigte Arbeitslosenrate von 2,1 Prozent zu Jahresbeginn auf immerhin 2,7 Prozent im Oktober gestiegen ist. Also wir nähern uns der 3-Prozent-Grenze. Und niemand Geringerer als der Chef des Wirtschaftsforschungsinstitutes Dr. Kramer hat es sogar noch deutlicher ausgesprochen, als er jüngst vor dem Forum CA seinen vielbeachteten Vortrag hielt. Er prophezeite für Österreich baldigst das Erreichen einer Arbeitslosenziffer von 3 Prozent, womit jene kritische Grenze überschritten würde, die uns von der Vollbeschäftigung zur Unterbeschäftigung trennt.

Überhaupt zeichnete Dr. Kramer ein recht pessimistisches Bild. Er meinte, das nächste halbe Jahr, die nächsten Monate würden darüber entscheiden, ob Österreich herausgehalten oder doch in den Krisenstrudel der internationalen Wirtschaftslage hineingezogen würde. Eine sehr kritische Betrachtung, auf die ich im Zuge meiner Ausführungen noch einigemal zurückkommen werde.

Es gibt lediglich zwei Lichtblicke in diesem düsteren Wirtschaftsgemälde.

Ich zitiere wieder aus dem Monatsbericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes, es heißt hier: Hohe Bestellungen aus dem Ausland.

Und dann weiter: Alle Hoffnungen auf eine Konjunkturbelebung richten sich auf den „Export“.

Der Export und der Fremdenverkehr — also unsere Gästewirtschaft — sind die einzigen beiden Lichtblicke in der gegenwärtigen Situation.

Auch Horst Knapp meint in seinen „Finanznachrichten“, daß „der Export heuer der einzige Wachstumsmotor war und 1982 zumindest der wichtigste Wachstumsmotor sein sollte“.

Ähnlich Kramer, der auch einen Silberstreifen am Horizont nur deswegen sieht, weil sich über Erwarten gut der österreichische Außenhandel entwickelt hat. Lassen Sie mich einige Bemerkungen zu unserem Außenhandel machen.

Das Wichtigste — eine vielleicht sehr ernste Feststellung, die auch etwas mit der allgemeinen Wirtschaftsflaute, die sich ausbreitet, zu tun hat —: Wir erleben als eine Folge des Energiepreisanstieges einen echten Kaufkrafttransfer, das heißt, eine Kaufkraftabschöpfung aus Österreich zugunsten speziell der OPEC-Länder, aber auch bestimmter Ostblock-Länder.

Einige Zahlen dazu: Ich habe mir eigens die

Jahre 1979 und 1980 gewählt, weil erstens die Zahlen da vollständig sind und zweitens im Jahre 1980 bereits eine mengenmäßige Stagnation des Energieverbrauches eingetreten ist, das heißt, keine mengenmäßige Ausweitung.

Trotzdem stieg der Wert der Energieimporte von 1979 auf 1980 um 15,5 Milliarden Schilling.

Nachdem wir den Löwenanteil dafür aus der OPEC beziehen, ist es nicht uninteressant, einen Blick auf unseren Außenhandel mit der OPEC zu werfen. Und da stellen wir fest, daß trotz eines stürmischen Wachstums unserer Exporte in den OPEC-Raum, trotz einer in jüngerer Zeit sogar 50prozentigen Wachstumsrate der österreichischen Ausfuhr in die ölproduzierenden und exportierenden Staaten, unser Außenhandelsdefizit dort beachtlich ist. Es betrug im Jahr 1980 fast immer noch 10 Milliarden Schilling.

Und das gegenübergestellt den rund 15 Milliarden Schilling zusätzlicher Energieimportwerte, zeigt ganz deutlich, in welchem großem Ausmaß hier eine Kaufkraftabschöpfung zugunsten der Energielieferanten erfolgt und daß es uns trotz der enormen Ausweitung des Exporthandels in Richtung OPEC noch nicht gelungen ist, hier diesen Kaufkrafttransfer durch Exportsteigerung wettzumachen.

Die fehlende Differenz von 10 Milliarden auf die 15 Milliarden erklärt sich im wesentlichen aus der Situation unserer steigenden Energie-, insbesondere Erdgaseinfuhren aus dem Ostblock. Leider stagniert unser Osthandel in der Weise, daß die Exporte eher abnehmen, jedenfalls kein deutlich sichtbarer Zuwachs vorliegt.

Wir haben die größten Anstrengungen zu unternehmen, um speziell in Richtung Sowjetunion und speziell in Richtung OPEC-Länder unseren Export auszubauen, um jene nachteiligen, für die gesamte Wirtschaft deflationär wirkenden Folgen des Kaufkrafttransfers infolge der Energieimporte auszugleichen.

Selbstverständlich bleibt daneben, und nicht nur daneben, sondern vorrangig, die große Aufgabe bestehen, den Rückzug aus dem Öl nicht nur durchzuführen, sondern zu beschleunigen. Aber darauf komme ich noch zurück.

Wir Freiheitlichen glauben, daß hinsichtlich der Exportförderung eine Menge getan wurde, aber immer noch einiges zu tun bleibt.

Insbesondere sehen wir die Notwendigkeit, verstärkt mit dem Aufbau von Exportringen

Dr. Stix

der klein- und mittelbetrieblich strukturierten österreichischen Wirtschaft zu helfen. Es war dies ein Thema in den Wirtschaftsgesprächen zwischen der Regierungspartei und der Freiheitlichen Partei, und wir sind darüber zu einer gemeinsamen Auffassung gelangt, wonach es sinnvoll ist, trotz der bislang nicht sehr ermutigenden Erfahrungen mit Exportringen, noch einmal einen massiven Versuch zu unternehmen, Exportringe aufzubauen und diese vom Handelsministerium aus mit einer finanziellen Starthilfe zu versehen. Auch das ein freiheitlicher Beitrag, um unseren Klein- und Mittelbetrieben zu helfen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daneben zeichnet sich aber für Österreich ein weiterer Mangel ab, der nicht so schnell behoben werden wird können, trotzdem aber in Angriff genommen werden muß. Es fehlen in Österreich einfach ein paar große Handelshäuser, Handelshäuser im besten Sinne des Wortes, die eben ihre Stützpunkte all over the world haben, um auf diese Weise eine sehr starke Mittlerrolle zwischen dem Weltmarkt in allen seinen Varianten einerseits und den österreichischen produzierenden Klein- und Mittelbetrieben andererseits zu bilden.

Möglicherweise ist das ein Gebiet, wo die in Gründung befindlichen Beteiligungsgesellschaften, ein Thema, worüber mein Kollege Dr. Bauer noch sprechen wird, eine neue Aufgabe bekommen können.

Nun zum zweiten einzigen Lichtblick in unserer Wirtschaftssituation, nämlich dem Fremdenverkehr oder, wie ich es lieber sage, unserer Gästewirtschaft.

Die Zahlen des Wirtschaftsforschungsinstitutes sind erfreulich. Wir hatten bei Nächtigungszuwachs in den Monaten Mai bis September auch den natürlich noch interessanteren Zuwachs im Deviseneingang, und zwar um ganze 8 Prozent. So wie es jetzt aussieht, dürfte auch die Wintersaison nicht schlecht werden.

Es zeigt sich alle Jahre wieder, daß der Fremdenverkehr eine entscheidende Stütze unserer Konjunktur und damit eine entscheidende Stütze unseres Wohlstandes ist. Wir verdanken ihn der unermüdlichen und nicht auf die 40 Stunden-Woche beschränkten Arbeit unserer Tätigen im Fremdenverkehr, insbesondere den tausenden Familienbetrieben, denen hier für diesen Beitrag zum österreichischen Wohlstand auch der Dank des Hauses gebührt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daher unsere freiheitliche Aufforderung an den Herrn Bundesminister, bei der Fremdenverkehrsförderung nicht nachzulassen, wei-

ters unser neuerlicher Appell an den Finanzminister, sich die im internationalen Wettbewerb sehr ungünstig auswirkende Getränkebesteuerung in Österreich doch noch einmal zu überlegen.

Ich persönlich bin überzeugt davon, daß es ganz falsch ist, wenn der Finanzminister dies nur unter dem Gesichtswinkel des Verlustes von Steueraufkommen sieht; ich persönlich bin überzeugt davon, daß er aus seiner Sicht den Optimierungspunkt hier bereits in Wahrheit längst überschritten hat und möglicherweise sogar besser hier aussteigen würde, wenn er durch ein Senken der Getränkebesteuerung unseren Fremdenverkehr, insbesondere im Bezug auf die Nachbarländer, die da besser dran sind, wettbewerbsfähiger machen würde.

Schließlich ein dritter Punkt, den wir mit Sorge beobachten, er betrifft die österreichische Fremdenverkehrswerbung speziell im Ausland.

Es ist für das Jahr 1982 eine Budgetsteigerung für die österreichische Fremdenverkehrswerbung von 6 Prozent vorgesehen worden. Wir Freiheitlichen erachten das als für zu wenig. Mindestens das Doppelte müßte für die österreichische Fremdenverkehrswerbung im Ausland zusätzlich ausgegeben werden, also 12 Prozent anstatt 6 Prozent.

Ich weiß, daß der Herr Bundesminister Dr. Staribacher an sich bereit war, diese Aufstockung vorzunehmen, er ist aber gescheitert, wenn ich richtig informiert bin, an der Kurzsichtigkeit einiger Bundesländer. Als Tiroler darf ich hier anmerken, daß das Bundesland Tirol nicht so kurzsichtig war.

Das ist sehr bedauerlich, daß hier bei einem Schlüssel von 6 : 2 : 2 der Wille des Bundesministers, mehr für die Fremdenverkehrswerbung im Ausland zu tun, an der Uneinsichtigkeit einiger Bundesländer, einiger Landespolitiker gescheitert ist.

Es ist das kein gutes Zeichen für die Gemeinsamkeit in der österreichischen Fremdenverkehrswerbung draußen in der Welt, und die können wir ja wirklich nur gemeinsam gut gestalten.

Trotzdem auch eine Kritik am Herrn Bundesminister. In der österreichischen Fremdenverkehrswerbung, höre ich, sind die Personalkosten in der Zentrale trotz eines gleichgebliebenen Personalstandes allein um 15 Prozent gestiegen, und das ist sicherlich nicht Zeugnis für eine besonders rationelle Wirtschaft, ganz sicherlich ist diese Steigerung nicht etwas, was der Effektivität unserer

**Dr. Stix**

Werbung im Ausland wirklich zugute kommt. Soviel zu diesem zweiten Lichtblick in unserer Wirtschaftssituation, zum Fremdenverkehr.

Die ganz große Frage, die sich aber angesichts dieses düsteren Wirtschaftsbildes stellt, lautet: Brauchen wir eine Konjunkturbelebung, und wenn ja, wie soll diese Konjunkturbelebung erfolgen? Auch diesbezüglich scheinen mir die Ausführungen Dr. Kramers sehr ernst zu nehmend zu sein. Interessant, daß er eher für eine expansive Budgetpolitik eingetreten ist, vor allem aber massive Kritik an der sogenannten supply side-policy angebracht hat. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Die Sache mit der Ankurbelung der Wirtschaft über das Budget hat nur einen Haken: Das Pulver ist verschossen. Ich darf dazu aus den „Finanznachrichten“ von Professor Knapp zitieren, der unter dem Stichwort „ausgeblutet“ feststellt.

„Das Gleichnis bezieht sich nicht nur auf den Staat, der sich bei der — durchaus erfolgreichen — Abwehr der Rezession 1974/75 finanziell ausgeblutet hat und der jetzt, wo es um die Abwehr einer neuen Rezession ginge, praktisch untätig bleiben muß, weil er gleichzeitig an Verschuldungs- und an Besteuerungsgrenzen stößt. Das letzte Androsch- und das erste Salcher-Budget haben eines gemein: Sie machen nicht einmal den Versuch, irgend etwas gegen die jetzige Rezession zu unternehmen, obwohl diese sowohl international wie auch in Österreich alles in allem kaum milder ausgefallen ist als die Rezession 1974/75, gegen die noch aus allen Rohren geschossen worden war.“

Soweit die profunde Feststellung Professor Knapps. Mit einem Wort: Der Finanzminister kann nicht mehr, selbst wenn er möchte.

Wie aber soll dann die Wirtschaft angekurbelt werden? Da gibt es auch Leute — das, glaube ich, sollte man schon erwähnen —, die meinen, ein Ankurbeln der Wirtschaft sei überflüssig. Ich zitiere aus der „Presse“ vom 15. Dezember 1981, in der es heißt: „VP-Experten warnen vor übereilter Ankurbelung.“

Wirtschaftsexperten der ÖVP warnen mit Nachdruck vor einer frühzeitigen Konjunkturankurbelung, wie sie der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, Helmut Kramer, vergangene Woche gefordert hat. Die Fachleute sind der Meinung, daß eine solche Maßnahme kurzfristig überhaupt nicht wirken, aber das Budgetdefizit stark vergrößern würde. Wenn dann in weiterer Folge Steuererhöhungen notwendig werden, müßte das zu

neuerlichen Belastungen der Wirtschaft und im Gegensatz zur beabsichtigten Wirkung zu Konjunkturinbrüchen führen. VP-Bundesparteiobermann Mock will, mit dieser Frage auch noch offiziell den wirtschaftspolitischen Rat seiner Partei befassen.“ — Hoffentlich kommt dabei etwas Vernünftiges heraus.

Während die Österreichische Volkspartei noch überlegt, ob sie überhaupt die Wirtschaft ankurbeln will, darf ich namens der Freiheitlichen Partei feststellen, daß wir sehr wohl glauben, daß der Zeitpunkt dafür gekommen ist, die Konjunktur anzukurbeln. (*Zustimmung bei der FPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Sie können doch nicht behaupten, daß wir nichts tun!*)

Die Frage ist natürlich: wie? Und diese Frage werde ich jetzt beantworten.

Es gibt den eigentlich schon sattem bekannten nationalökonomischen Religionskrieg zwischen den Verfechtern der sogenannten Nachfragepolitik einerseits und der Angebotspolitik auf der anderen Seite: Keynes gegen Friedmann. Angeblich hat Keynes versagt, ich habe mich damit schon auseinandergesetzt, ich glaube aber, daß dem nicht so ist. Versagt haben vielmehr die Wirtschaftspolitiker, die die Keynesschen Rezepte anstatt von oben nach unten von unten nach oben gelesen haben. Aber im Schwange ist im Moment die angebotsseitige Politik; Stichwort Reagan, Stichwort Thatcher, Milton Friedman.

Wie ich aber glaube, ist genau diese auch in Österreich von manchen Kreisen derzeit gelobte angebotsseitige Wirtschaftspolitik eben im Begriffe, in der westlichen Welt zu versagen. Weder stellen sich die erwarteten Erfolge in den USA ein, noch sind solche in Großbritannien zu beobachten.

Auch hier darf ich wieder kurz auf Kramer und seinen Vortrag vor dem Forum CA eingehen. Er bezeichnete diese supply side-policy und die dahinterstehenden, nationalökonomischen Lehren ausdrücklich als Irrlehren. — Ich kann mich dieser Diagnose nur anschließen.

Es stellt sich jetzt die Frage: Wenn das eine versagt haben soll und das andere eine Irrlehre ist, gibt es etwas Drittes zur Wirtschaftsankurbelung? (*Bundesminister Dr. Staribacher: Unsere Politik!*) Da führt diese Ihre Politik, Herr Bundesminister, eben auch zum Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Richtung 3 Prozent. Aber das wollen wir ja gemeinsam verhindern; dazu möchte ich einen kleinen Beitrag liefern.

Dr. Stix

Wir Freiheitlichen glauben, daß der dritte Weg darin besteht, gezielt Kaufkraft in Problembereichen zu schaffen. (*Zustimmung bei der FPÖ.*) Gezielte Schaffung von Kaufkraft in Problembereichen ist eine ganz spezielle Form einer selektiven Nachfragepolitik.

Ich möchte noch einmal ein schon einmal gebrachtes Bild wiederholen. Der Streit zwischen angebotsorientierter und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik erinnert an den Streit, ob beim Auto ein Frontantrieb oder ein Heckantrieb besser sei. Dieser Streit ist natürlich müßig, wenn es eine Situation gibt, wo das Auto einen Allradantrieb braucht, und genau diesen Allradantrieb für die gegenwärtige Flaute glauben wir mit der gezielten Schaffung von Kaufkraft in Problembereichen zu bieten.

Was ist damit gemeint? Problembereich Anpassung. Dieser betrifft sehr wohl auch die Angebotsseite, aber weniger als die Nachfrageseite. Auf der Angebotsseite bedeutet das, Investitionen und Betriebe nur fördern, wenn Rentabilität im Hinblick auf eine Strukturverbesserung zu erwarten ist. Nur dort Hilfe, wo sinnvolle Anpassung an neue Markterfordernisse stattfindet. Da soll die Hilfe nicht die Ertragsseite stützen, sondern da soll die Hilfe die Finanzierung ermöglichen. Das stellen wir uns unter einer sinnvollen Förderung auf der Seite des Angebotes vor. Auf gar keinen Fall dürften strukturkonservierende Förderungen vorgenommen werden.

Das Halten von Arbeitskräften in langfristig unproduktiv bleibenden Betrieben oder Wirtschaftszweigen erhält zwar im Moment scheinbar die Beschäftigung, verringert aber sofort die Produktivität unserer gesamten Volkswirtschaft und macht uns letztlich alle dadurch nur ärmer. Es ist das ein Problem, das zweifellos heute auf unserer eisen-schaffenden Industrie in Österreich lastet. Es hat aber gar keinen Zweck, dieses Problem nicht sehen zu wollen.

Auf jenen Teil der Angebotsseite in Wirtschaftspolitik, die eine Förderung zur Anpassung an neue Marktverhältnisse beinhaltet, kann nicht verzichtet werden. Aber diese Art Förderung trägt einen mehr defensiven Charakter zum einen, zum anderen bringt diese Art der Investitionsförderung für die Konjunkturbelebung viel weniger als gemeinlich geglaubt wird. Der Schlachtruf „Es muß einfach mehr investiert werden!“ klingt gut, aber das Echo kommt häufig schwächlich zurück, oft verhallt dieser Ruf gänzlich ungehört.

Das ist auch erklärlich: Wo es Überkapazi-

täten gibt, wird niemand investieren, wenn er weit und breit keine Absatzchancen sieht. Was dann bleibt, sind Rationalisierungsinvestitionen. Die sind natürlich für das Überleben der Betriebe im Wettbewerb absolut notwendig, vergrößern jedoch — auch das muß man sehen — in der Wirtschaftsflaute gerade das allgemeine Beschäftigungsproblem. Die Rechnung also, allein durch wirtschaftspolitische Investitionsförderung die Konjunktur wieder anzukurbeln, kann in der gegenwärtigen Lage nicht aufgehen.

Besser ist es, den Hebel bei der Nachfrage anzusetzen. Da taucht natürlich sofort die Frage auf: Also doch wieder Keynes? Meine Antwort lautet: nein, sondern differenziert. Nicht global wie Keynes, sondern selektiv, nicht unter Mißachtung der Rentabilität wie bei Keynes — Beispiel: Sandberge umschau-feln —, sondern im Hinblick auf Rentabilität für neue Märkte und drittens nicht in erster Linie über das Budget, sondern hauptsächlich über Kredite aus dem Geld- und Kapitalmarkt.

Ich möchte zum letzteren einiges sagen. Daß das Budget am Ende ist, wissen wir alle, da bedarf es keiner weiteren Erklärung mehr. Aber der Kapitalmarkt hat durchaus noch Möglichkeiten; es wird auch in Österreich allmählich eine Entspannung auf dem Kapitalmarkt sichtbar. Wenn ich mir den „Z-Report“ des 4. Quartals 1981 hernehme und die Kurven über Einlagenbewegung und Kreditausleihungen betrachte, so sieht man, daß sich diese Schere wieder öffnet, und zwar in der Weise, daß die Wachstumsraten bei den Einlagen höher sind als die Wachstumsraten bei den Krediten. Das heißt, wir bekommen hier wieder einen Spielraum.

Die zweite Feststellung: Über das ganze Jahr 1981 hinweg — ich beziehe mich da auf Mitteilungen der Oesterreichischen Nationalbank — hatten wir einen unausgenützten Kreditrahmen von gut 100 Milliarden Schilling. Quantitativ stünde also das Geld zur Verfügung, das Hindernis ist natürlich die Höhe der Zinsen, für die Österreich nur teilweise etwas kann, was immer wieder von unserer Seite zuzugeben ist.

Es bleibt aber trotzdem die Aufgabe bestehen, daher alles zu tun, das Zinsniveau abzubauen. Etwas können Sie natürlich schon tun, Herr Finanzminister: Sie können den hausgemachten Teil der Zinsverteuerung beseitigen. Daher fordern wir Freiheitlichen neuerdings, die Kreditsteuer, wenn schon nicht abzuschaffen, dann wenigstens für die Zeitspanne der Hochzinssituation auszusetzen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Dr. Stix**

Das zweite, das man machen wird müssen: Gezielte Zinsstützung für Schaffung von Kaufkraft in Problembereichen. Was ist damit gemeint? — Hier ist gemeint, nicht den Lieferanten zu stützen, sondern den potentiellen Auftraggeber kaufkräftig zu machen. Beispiele: Problembereich Energie. Der Rückzug aus dem Öl ist uns allen eine klar vor Augen stehende Aufgabe. Dazu gehört im weitesten Sinn die Umstellung auf neue Energietechnologien, von der Spartechnologie bis hin zu Alternativtechnologien.

Beispiel Nummer 1: Wärmeisolierung von Wohnungen. Nicht die Isolierfirmen fördern, sondern den Wohnungsinhaber fördern und woniger — was ja an sich geschieht, Herr Finanzminister — durch steuerliche Begünstigung, sondern mehr dadurch, daß man bei der Vorfinanzierung hilft, beispielsweise durch verbürgte und zinsgestützte Kredite. Das Geld dafür braucht überhaupt nicht aus dem Budget zu kommen, sondern kann, was das eigentliche Beschaffungsvolumen betrifft, durchaus aus dem Geldmarkt kommen. Es fließt auch wieder zurück, weil die Umstellung auf energiesparende Systeme in Wahrheit eine rentable Sache ist und sich à la longue selber bezahlt. Hier wachsen also nicht Schulden ad infinitum an.

Beispiel Nummer 2: Energiespareinrichtungen aller Art. Den nachfragenden Auftraggeber stützen, nicht den Lieferanten, etwa Biogas und Landwirtschaft. Wir wissen, daß sich mit der vorhandenen Technik auf dem Biogassektor die Landwirtschaft in einem enormen Ausmaß versorgen könnte. Woran scheitert es? — Dem Bauern fehlt die 1 Million Schilling, die er braucht, um sich die Biogasanlage zu installieren, also Rezept: gezielte Kaufkraftschöpfung beim Auftraggeber, dem Bauern diese 1 Million Schilling langfristig und zu geringen Zinsen zur Verfügung stellen, dann wird er sich die Biogasanlage anschaffen. Das ist ein Beitrag zur Strukturverbesserung, das ist ein Beitrag zur Entlastung unserer Handelsbilanz und ist ein Beitrag zur Konjunkturbelebung mit Multiplikatoreffekt. Das verstehen wir Freiheitlichen unter gezielter Kaufkraftschöpfung in Problembereichen!

Nächster Problembereich: Krisenvorsorgen. Wir müssen etwas tun. Warum beispielsweise nicht in besondere Verpackungen verbilligte Lebensmittel abgeben mit der Bindung, daß die einen Notvorrat darzustellen haben. Eine sinnvolle, höchst wichtige staatspolitische Aufgabe, verbunden mit einem konjunkturbelebenden Effekt.

Nächstes Beispiel: Bau von Schutzräumen. Die Welt ist unsicherer geworden, jeder sagt

es. Wer es nicht sagt, spürt es. Jederzeit kann rund um Österreich eine neue Krise ausbrechen. Wir haben keine Schutzräume für unsere Bevölkerung. Und hier bitte: Nicht die Baufirma stützen, den Auftraggeber, der bereit ist, das zu machen, wenn man ihm nur bei der Vorfinanzierung hilft. Verbürgte Kredite, zinsgestützt, das kostet wenig, bringt viel und belebt gerade die Bauwirtschaft, weil die Nachfrage selbstverständlich auf die bestehenden Produktionskapazitäten stößt.

Nächster Problembereich, alles nur beispielhaft: Junge Familien, vor allem junge Familien mit Kindern, die Wohnraumbeschaffung. Hier kann man auf eine verhältnismäßig eng begrenzte, aber arg benachteiligte Zielgruppe abstellen. Wiederum bitte: Nicht die Wohnung fördern, nicht die Wohnbauwirtschaft direkt fördern, sondern den Auftraggeber, subjektiv. Beispielsweise für die Wohnraumbeschaffung im Eigentum solcher junger Familien hundertprozentig Kredit, verbürgt, Laufzeit 25 bis 30 Jahre, zinsgestützt, meinetwegen auf 3 oder 4 Prozent herunter. Das kostet relativ wenig, löst ein ungeheures Bauvolumen aus und schafft natürlich dadurch Belegung für die Bauwirtschaft. Das sind unsere freiheitlichen Vorstellungen: Mit wenig Mitteln ein großes Volumen zu fördern, das Geld kommt wieder zurück. Gezielte Kaufkraftschöpfung in Problembereichen! (Beifall bei der FPÖ.)

Letzter Problembereich, er ist wahrscheinlich der größte. Ich meine die strukturschwachen Gebiete, nicht nur die Grenzregionen, sondern auch die alten Industriegebiete, die heute in die Krise hineinschlittern. Es hat darüber lange und intensive Gespräche zwischen Freiheitlicher Partei und Sozialistischer Partei gegeben. Wir haben über viele Förderungskriterien Einhelligkeit erzielt; am meisten freut uns Freiheitliche, daß wir dabei erreicht haben, daß es für bestehende Betriebe in diesen förderungswürdigen Gebieten Vorrang geben soll, soweit diese bestehenden Betriebe wirtschaftlich und — auf die Zukunft hin bewertet — ausbaufähig sind.

Außerdem ist es klar, daß es in diesen definierten Schwachregionen zu einem gezielten Strukturaufbau kommen muß, um Arbeitsplätze in diesen Regionen zu halten und nach Möglichkeit noch anzureichern.

All diese Beispiele verdeutlichen, was wir Freiheitlichen unter einer Wirtschaftspolitik der gezielten Schaffung von Kaufkraft in Problembereichen meinen. Es ist dies eine Form der selektiven Nachfragepolitik, der dritte Weg zwischen globaler Nachfragepolitik einerseits und angebotsseitig orientierter

**Dr. Stix**

Politik andererseits. Wir Freiheitlichen verstehen das als eine Konjunkturpolitik mit Allradantrieb.

Damit möchte ich das allgemeine wirtschaftspolitische Kapitel abschließen. Es wäre jetzt sehr viel zu dem ressortzugehörigen Bereich der Energiepolitik und Energiewirtschaft zu sagen. Ich möchte mir das heute deswegen ersparen, weil wir in wenigen Tagen den neuen Energiebericht 1981 der Bundesregierung erhalten werden und es mir wenig sinnvoll erscheint, vor dem unmittelbaren Erscheinen dieses Berichtes eine große politische Debatte abzuhalten.

Ich möchte daher heute den gesamten energiepolitischen Beitrag beschränken auf einige Anmerkungen zum Thema Entkoppelung. Die Entkoppelung meint, daß das Wachstum des Energiebedarfes geringer verläuft oder verlaufen soll als das Wachstum der Wirtschaft insgesamt.

Vor Jahren noch so ziemlich von allen etablierten Wirtschafts- und Energiepolitikern bestritten, ist heute bereits klar, daß diese Entkoppelung nicht nur möglich ist, sondern daß sie teilweise schon eintritt. Trotzdem gibt es solche, die unbelehrbar sind und offenbar unbelehrbar bleiben wollen, auch dann, wenn sie aus dem Fonds der Nationalbank für angeblich wissenschaftliche Arbeiten gestützt werden, die also verzweifelt immer noch dazutun versuchen, daß diese ganze Entkoppelung eine Schimäre sei, daß es sie in Wahrheit nicht gäbe und daß jene in die Irre gingen, die meinten, der Energiezuwachs ließe sich für die Zukunft einbremsen.

Dazu möchte ich nur zwei Gruppen von Zahlen hier deponieren, zunächst einmal eine kurzfristige Betrachtung. Der Energieverbrauch ist im Jahr 1980 gegenüber dem Vorjahr um volle 2 Prozent zurückgegangen, das Wirtschaftswachstum ist aber im gleichen Jahr 1980 um 3,1 Prozent real gewachsen. Ein klarer Fall von Entkoppelung.

Wie sieht es 1981 aus? Soweit die Zahlen bisher vorliegen — ich stütze mich da auf den Zahlenspiegel vom Dezember 1981 des Österreichischen Statistischen Zentralamtes —, sieht es folgendermaßen aus: 1981 Wirtschaftswachstum null, aber Rückgang des Energieverbrauches um 3,2 Prozent gegenüber dem Jahr 1980. Ebenfalls ein klarer Fall von Entkoppelung.

Nun gebe ich selbstverständlich zu, daß eine Schwalbe möglicherweise noch keinen Sommer macht, mit anderen Worten, daß dies eine möglicherweise zu kurzfristige Betrachtung ist. Daher möchte ich in einer zweiten

Zahlengruppe auch noch eine langfristige Betrachtung anstellen, nicht theoretisch, sondern empirisch.

Wie war es denn im zurückliegenden Jahrzehnt der siebziger Jahre in Österreich? Laut Energiebericht der Bundesregierung 1980 hatten wir im Jahr 1970 einen Gesamtenergieverbrauch von 699 PJ. 1979 waren es 889 PJ. Wenn ich das in Indexzahlen umrechne, dann heißt das: Der Energieverbrauch ist in diesen siebziger Jahren um 27,1 Prozent gestiegen.

Wie schaute aber das Bruttoinlandsprodukt in diesen siebziger Jahren aus? Es betrug, real gerechnet zu Preisen von 1964, im Jahre 1970 301,8 Milliarden Schilling und stieg im Jahr 1979 auf 427,3 Milliarden Schilling. Mit anderen Worten: Während das Bruttoinlandsprodukt in Österreich in einem Jahrzehnt real um 41,5 Prozent gestiegen ist, stieg im gleichen Zeitraum der Energieverbrauch lediglich um 27,1 Prozent. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Herr Bundesminister! Das umfaßt also eine Zeitspanne, die drei Jahre vor der ersten Ölkrise begann. Dann kam mit der ersten Ölkrise der erste Schock, dann im Rückschlag des Nicht-zur-Kenntnisnehmen des Schocks ein neues Aufboomen, 1978/1979 der zweite Preisschock. Also all das ist drin. Es ist ein buntes Jahrzehnt, und trotzdem haben wir hier schon empirisch eine massive Entkoppelung festzustellen.

Daher ist es keineswegs eine Schimäre, eine noch weitere Entkoppelung ins Auge zu fassen, sondern ein höchst realistisches Ziel, das, wie wir Freiheitlichen glauben, konsequent weiterzuführen ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Soviel für heute zur Energiepolitik. Wir werden noch reichlich Gelegenheit haben, über den Energiebericht 1981 der Bundesregierung zu diskutieren.

Meine Damen und Herren! Das alles sind große Fragen, hineingepfercht in ein Ressort mit einem kleinen Budget. Ein gutwilliger Minister mit weniger Kompetenzen, als unter dem Blickwinkel einer umfassenden Wirtschaftspolitik wünschenswert wäre. Wir Freiheitlichen glauben, daß Österreich in Wirklichkeit ein starkes Wirtschaftsministerium bräuchte.

Unser Beitrag zur Wirtschaftspolitik wird immer darin bestehen, aufzuzeigen, wie eine freie Wirtschaft für freie Menschen auch unter schwierigen weltwirtschaftlichen Bedingungen erhalten bleiben kann. *(Beifall bei der FPÖ.)* 11.04



Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sandmeier. Ich erteile es ihm.

11.04

Abgeordneter **Sandmeier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Mühlbacher hat wieder einmal die wirtschaftliche und finanzielle Lage unseres Staates in den rosigsten Farben geschildert. Man hatte den Eindruck, daß er wieder einmal sehr hoffnungsfroh in die Vergangenheit geblickt hat und darüber hinaus die Zukunft vergißt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist deswegen, finde ich, so bedauerlich, weil es da nicht anders ist als bei einem Patienten, der krank ist, sich aber einredet, er sei gesund, er brauche ja nicht zu einem Arzt zu gehen, und daher können natürlich auch keine Medikamente zu einer Besserung verschrieben werden.

Herr Abgeordneter Dr. Stix hat gemeint — ich glaube, es zumindest inhaltlich noch im Kopf zu haben —, entgegen der Meinung der Österreichischen Volkspartei wäre die Freiheitliche Partei der Meinung, man müsse die Konjunktur ankurbeln.

Herr Abgeordneter Dr. Stix! Vielleicht erinnern Sie sich noch an den September dieses Jahres: Die Österreichische Volkspartei hat eine Sondersitzung einberufen lassen, weil wir der Meinung waren, daß Sofortmaßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft, zur Sicherung der Arbeitsplätze zu setzen wären. Leider hat unser Antrag keine Mehrheit gefunden, und auch Ihre Fraktion war dagegen. *(Abg. Dr. Steger: Weil es ein schlechter Antrag war!)* Es tut uns sehr leid, wenn Sie heute sagen, nur Sie wären imstande, diese Dinge richtig zu betrachten. *(Abg. Dr. Steger: Ein schlechter Antrag findet nicht unsere Zustimmung! — Ruf bei der ÖVP: Hätten Sie einen besseren gestellt!)*

Herr Abgeordneter Dr. Steger! Ich weiß nicht, ob Sie imstande sind, zu beurteilen, ob das ein schlechter oder ein guter Antrag war, ich glaube, es haben Fachleute festgestellt, daß es ein guter Antrag war. *(Weitere Zwischenrufe.)*

Meine Damen und Herren! Das vorliegende Budget ist das 12. Budget einer sozialistischen Alleinregierung. Und es ist das erste Budget des neuen Finanzministers Dr. Salcher.

Der neue Finanzminister Dr. Salcher hat versucht, seinem ersten Budget einen besonderen Titel zu geben. Er hat das Budget ein „Spurbudget ohne große Geste“ genannt. Der zweite Teil stimmt sicher, der erste Teil ist

sicher falsch. Denn wieso Sie, Herr Bundesminister, dazu kommen, dieses Budget ein „Sparbudget“ zu nennen, weiß ich nicht, wenn erstens die Gesamtausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag 1981 um 9,93 Prozent gestiegen sind, wenn zweitens das Defizit des Grundbudgets im Jahre 1982 um 19 Prozent höher sein wird als das für heuer veranschlagte, wenn drittens der Finanzschuldendienst gegenüber dem Vorjahr um mehr als 20 Prozent steigt, wobei Zinsen und Spesen bereits höher sind als die Rückzahlungsquote, wenn viertens der Bundeszuschuß zu den Österreichischen Bundesbahnen mit 11,7 Prozent sogar wesentlich stärker steigt als das gesamte Budgetvolumen und erstmals die 20-Milliarden-Schilling-Grenze übersteigen wird und wenn fünftens die Bundesregierung 1982 neue Schulden in Höhe von 31 Milliarden Schilling macht.

Wenn Sie sich allein diese fünf Punkte vor Augen halten, kann wohl niemand verstehen, daß Sie dieses Budget als ein „Sparbudget“ bezeichnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß schon, Herr Bundesminister, was Ihre Voraussetzungen waren, dieses Budget so zu bezeichnen. Sie haben uns das ja im Finanz- und Budgetausschuß erklärt. Sie meinten, das sei ein Sparbudget, weil Ihre Ressortkollegen Wünsche gehabt haben, deren Erfüllung 18 Milliarden Schilling erfordert hätte, und Sie hätten sie reduziert um 18 Milliarden Schilling.

Herr Bundesminister! Es ist, glaube ich, gelinde gesagt, doch sehr kühn, wenn man darin ein Spar-Argument sieht. Es geschieht doch bei allen Budgetberatungen und Budgeterstellung bis in die kleinste Gemeinde hinein, daß die Abteilungsleiter, die Ressortchefs natürlich Wünsche haben — Sie könnten sich sogar die Wünsche auch bestellen —, dann reduzieren Sie und sagen: Ihr Budget sei ein „Sparbudget“.

Wissen Sie, Herr Bundesminister, wo Sie hätten sparen können? — Die Österreichische Volkspartei hat Ihnen schon mehrmals solche Sparvorschläge gemacht. Sie müßten nur den Mut haben, einmal zu sagen: Wir werden zumindest in der Zentralbürokratie einen Personalstopp machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie müssen den Mut haben und einfach einmal den Versuch unternehmen, den Zuschuß für die Österreichischen Bundesbahnen wenigstens stufenweise zu reduzieren durch Rationalisierung, durch Verwaltungsvereinfachung.

Sie sollten sich vielleicht an den Herrn Bundesminister für Bauten, Sekanina, wenden,

10132

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Sandmeier**

der gemeint hat: Wir brauchen doch kein neues österreichisches Konferenzzentrum, es genügt, die Hofburg auszubauen. — Vielleicht nehmen Sie diese Empfehlungen des Bautenministers ernst und Sie ersparen sich Milliarden Schilling.

Oder gestalten Sie doch einmal nach so langer Zeit der Praxis die Schulbuchaktion wirtschaftlicher und sparsamer und Sie ersparen sich auch dort Hunderte Millionen Schilling, die Sie für die Familien verwenden könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der Zwischenzeit, Herr Bundesminister, dürfte es sich schon herumgesprochen haben, daß neun Staatssekretariate inklusive der dortigen Bediensteten, der gesamten Bürokratie, der Dienstfahrzeuge, für so ein kleines Land wie Österreich eine unzumutbare finanzielle Belastung darstellen. Noch dazu, wo der Herr Bundeskanzler ja 1970 gemeint hat: Wenn ein Minister gut ist, dann braucht er doch keinen Staatssekretär. Und ist der Minister schlecht, dann soll er halt den Hut nehmen und gehen!

Herr Bundesminister! Neun Staatssekretäre könnten ihre Hüte nehmen und gehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das sind die Vorschläge, die wir Ihnen gemacht haben, wo Sie hätten sparen können, aber Sie gehen nach wie vor den Weg der Verschwendung, weil er sicher weniger beschwerlich ist als der andere Weg.

Ich glaube daher, Hohes Haus, daß es in Richtung wirtschaftlicher, sparsamer und zweckmäßiger Verwendung der der Regierung anvertrauten Steuergelder zu einem Kurswechsel kommen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dieses Budget bringt aber auch keinerlei Ansätze einer seit langem angekündigten Budgetsanierung. Wenn wir früher — ich erinnere mich ganz genau — Anfragen an den Finanzminister gerichtet haben, welche Schritte er denn zur Sanierung des Budgets unternommen hat, meinte er immer: Ja was wollen Sie? Da gibt es ja nichts zu sanieren. Das Budget ist in Ordnung. — Und jetzt, seit etwa zwei bis drei Jahren, sehen Sie selbst ein, daß das Budget zu sanieren sein wird. Bisher haben Sie allerdings nur davon gesprochen und haben kaum etwas unternommen.

Wir haben Ihnen im September 1979 einen Entschließungsantrag vorgelegt betreffend Leitlinien zur Budgetsanierung. Diesen Antrag haben Sie in den Unterausschuß verdammt, und ich habe schon geglaubt, daß er dort endgültig den Weg allen Lebens gehen

wird. Aber jetzt höre ich, daß man sich im Februar nächsten Jahres eine Stunde Zeit nehmen wird, in einem Unterausschuß ein bißchen darüber zu reden.

Ich unterstelle Ihnen, Herr Bundesminister, daß Sie vielleicht die beste Absicht gehabt haben, ein Budget vorzulegen, das eine Besserung bringen könnte. Allerdings habe ich das Gefühl, Sie haben sich einfach nicht durchgesetzt.

Sie hatten Ihre Wunschträume ja öffentlich bekanntgegeben. Aber anstatt der angekündigten Einsparung von 1 000 Dienstposten wird es rund 900 vergleichbare Dienstposten mehr geben, wenn man die Ausgliederung der Staatsdruckerei berücksichtigt.

Anstatt Ihres Wunschdefizits von 55 Milliarden Schilling legen Sie ein Budget mit dem horrenden Abgang von rund 60 Milliarden Schilling vor. Der Herr Bundeskanzler hat ja 1970 gemeint: Defizite in der Höhe von 8 bis 9 Milliarden Schilling sind doch ein Wahnsinn!

Aber offensichtlich haben Sie sich, Herr Minister, nicht durchsetzen können.

Dafür aber geht die Verschuldung Österreichs unvermindert weiter. Im Jahre 1982 werden Sie Österreich um weitere 31 Milliarden Schilling neu verschulden. Wahrhaftig, Herr Bundesminister, kein guter Einstand für Sie!

Österreich wird Ende 1982 allein Finanzschulden in Höhe von 322 Milliarden Schilling haben. Von diesen 322 Milliarden Schilling Schulden gehen allein 279 Milliarden Schilling auf das Konto der sozialistischen Alleinregierung. In kurzen 13 Jahren haben Sie dieses Land mit 279 Milliarden Schilling verschuldet. Und Sie bringen es zustande, daß Sie heute in 1½ Jahren genauso viel Schulden machen, wie früher in 25 Jahren gemacht wurden. Das muß man sich doch einmal vergegenwärtigen, wenn man die Dinge betrachtet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die gesamte Verschuldung des Bundes, das sind also die Bundesschulden und -verpflichtungen erreichten mit Ende vorigen Jahres 503 Milliarden Schilling, das sind 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, eine Größenordnung, bei der man einfach nicht so mir nichts, dir nichts zur Tagesordnung übergehen kann.

Beängstigend dabei ist das Tempo, in dem die Schulden zunehmen. Diese Entwicklung, deren Ende noch nicht abzusehen ist, führt zu einer zentralen Frage der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in diesem Land: ob nämlich der Staat einen immer größeren Teil des

**Sandmeier**

Sozialproduktes für sich in Anspruch nehmen soll und darf. Die Behauptung der Regierung, ihre Ausgabenpolitik sei notwendig gewesen, um die Konjunktur anzukurbeln, um Arbeitsplätze oder gar die Zukunft zu sichern, hat vor den Zahlen keinen Bestand. Es wurde zu wenig in die Zukunft investiert, aber viel zu viel in der Gegenwart konsumiert. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Das Geld wurde mit vollen Händen ausgegeben. Es wurden Geschenke verteilt, ohne zu sagen, daß dies alles seinen Preis hat. Statt nämlich offen zu sagen, daß solche zusätzliche Leistungen Geld kosten und schließlich durch zusätzliche Steuern und Beitragszahlungen finanziert werden müssen, wählte die Regierung den anscheinend so einfachen Ausweg, den Bürgern einzureden, die staatlichen Wohltaten seien sozusagen umsonst zu haben.

Meine Damen und Herren! Der sogenannte Nulltarif ist eine Illusion, ist eine grobe Täuschung der Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Alles muß bezahlt werden, alles hat seinen Preis. Der Staat hat sich halt das Geld für diese Leistungen, die er als „Geschenke“ bezeichnet hat, wieder geholt durch Steuerzahlungen oder er hat sich das Geld gepumpt.

Der übliche Weg der staatlichen Schuldenbereinigung ist nun einmal, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird, die Geldverschlechterung.

Meine Damen und Herren! Die Regierung ist sich offenbar nicht bewußt, daß in den vergangenen zehn Jahren das soziale Netz nicht dichter, sondern nur teurer geworden ist, daß die Wohnungspolitik mit höchst unsozialen Ergebnissen in einer Sackgasse gelandet ist, daß in der Strukturpolitik die Anpassung an moderne Entwicklungen verzögert und behindert wird, angeblich, um Arbeitsplätze zu sichern.

Tatsächlich jedoch werden Arbeitnehmer, die in wachstumssträchtigen Branchen fehlen, an Arbeitsplätzen festgehalten, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Durch diese Politik hat der Staat nicht nur zur Erhaltung überfälliger Strukturen beigetragen und dafür gesorgt, daß die Stellung der österreichischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt schwächer geworden ist, er hat durch seine Schuldenpolitik zugleich die Investitionskraft der Unternehmen, die ja doch die eigentliche Quelle von Wachstum und Wohlstand sind, eingeschränkt, indem er große Teile der Mittel auf den Kapitalmärkten für sich beansprucht und dadurch auch noch die Zinsen in die Höhe getrieben hat. Kurzfristige

Aspekte wie etwa die Ankurbelung der Konjunktur, mit deren Notwendigkeit die Schuldenpolitik ja auch immer wieder verteidigt wird, verstellen nur den Blick auf das Wesentliche.

Zum Wesentlichen gehört vor allem die Schaffung von Rahmenbedingungen, durch die Leistungsbereitschaft und Investitionsfähigkeit gefördert werden. Sicherlich gibt es keine Patentrezepte; niemand hat solche, wir haben sie auch nicht. Aber ich glaube sagen zu können, wir, die Österreichische Volkspartei, wir sind einen wesentlichen Schritt weiter als die Regierungspartei, weil wir wenigstens das Problem erkennen und zugeben, daß es ein Problem gibt. Sie leugnen es bis heute ja noch ab; das stelle ich fest, wenn ich an die Rede des Herrn Abgeordneten Mühlbacher denke.

Wir haben uns Gedanken gemacht, wie wir das Problem lösen könnten. Wir haben Ihnen den Mock-Plan vorgelegt. Der Mock-Plan hat in der einschlägigen Fachwelt große Beachtung gefunden. Wir waren bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, aber Sie haben in Ihrem Hochmut gemeint: Das brauchen wir ja nicht, es ist ja eh alles in Ordnung.

Sie werden halt weiter fortwursteln so wie bisher und werden von der Hand in den Mund weiter leben. Anders kann ich diese Politik ja nicht qualifizieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sind der Meinung, der Staat muß seine Schuldenpolitik ändern und darüber hinaus seinen Anteil am Sozialprodukt reduzieren.

Meine Damen und Herren! Der Aberglaube an die höhere Weisheit beamteter Investoren führt unabweichlich in die Armut. Da gibt es genug Beispiele. Sehen Sie sich ein bißchen weiter östlich um.

Hinter den vernebelten Lobhudeleien der Regierung verbirgt sich eine zutiefst unsoziale Manipulation. Unser gefeierter Wohlstand ist auf den Fleiß der nächsten Generation aufgebaut. Die Sicherung des Wohlstandes der heute arbeitenden Generation geht auf Kosten der Kinder und Enkelkinder. Die Generation, die heute am Ruder ist, übernahm praktisch ein schuldenfreies Erbe, sie hatte die fetten Jahre für sich mit einer starken Wohlstandssteigerung und lebt trotzdem in Saus und Braus auch noch von dem Geld, das die nächste Generation erst verdienen müssen.

Wie gut diese vergangenen Jahre waren, zeigen die üppig gewachsenen Staatseinnahmen. 1973 zahlten die Österreicher 21 Milliarden Schilling Lohnsteuer. 1980 waren es 61 Milliarden Schilling.

**Sandmeier**

1973 zahlten die Österreicher 37 Milliarden Schilling Mehrwertsteuer. 1980 waren es bereits 84 Milliarden Schilling.

Das war immer noch zu wenig. Obwohl die Einnahmen überdurchschnittlich hoch waren, wuchsen dennoch die Staatsschulden zwischen 1970 und 1981 von 43 Milliarden Schilling auf 295 Milliarden Schilling.

Hohes Haus! Wir nähern uns einer kritischen Situation, wie wir sie von europäischen Staaten her kennen, wo sozialistische Regierungen abgewirtschaftet haben.

Ich möchte klarstellen, daß es in Großbritannien die Labour Party, also die Sozialisten waren, die den Staat an den Rand des Ruins geführt haben, was jetzt die regierende Konservativen auszulöffeln haben, wenn Sie mir den Ausdruck gestatten.

Meine Damen und Herren! Es gibt genügend Fachleute, die bereits heute der Meinung sind, daß Österreich an der Grenze der Staatsverschuldung angelangt ist. In Anbetracht der exorbitant hohen Schulden des Staates, herbeigeführt durch die sozialistische Alleinregierung, erhebt sich allen Ernstes die Frage, ob nicht eine verfassungsmäßige Bestimmung geschaffen werden müßte, daß ab einer bestimmten Höhe oder Bezugsgröße neue Schulden nur mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden dürfen. Ich will dies nur einmal zur Diskussion stellen.

Man muß sich nämlich einmal vorstellen: Da regiert eine Partei, die damals 51,5 Prozent gehabt hat, heute hat sie sicherlich diese Größenordnung nicht mehr, und, wenn Sie wollen, eine Partei mit 1,5 Prozent Mehrheit. Sie kann praktisch mit dieser hauchdünnen Mehrheit mit einfachen Gesetzen den Staat total verschulden und Belastungen schaffen, die weit in die Zukunft reichen. Die SPÖ tut dies leider heute ausgiebig.

Es ist vielleicht ein hartes Wort, wenn ich sage: Es ist jetzt so, daß die lebende Generation, ganz konkret, die sozialistische Alleinregierung die zukünftige Generation ausbeutet, weil sie ihr eine unverantwortlich hohe Schuldenlast zurückläßt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Als Bezugsgröße einer Verschuldungsgrenze könnte ich mir vielleicht vorstellen — es gibt sicherlich noch andere Varianten —, daß es einleuchtend ist, wenn einmal die Annuitäten, also Rückzahlung von Tilgung und Zinsen, mehr als ein Drittel der Jahresnettoeinnahmen betragen, dann könnte man darin schon eine Signalgrenze sehen.

Übertragen Sie das auf die Familie, und am besten ist es — der Staat ist ja auch nichts als

eine große Familie —, das auf die Familie zu übertragen. Wie stellen Sie es sich vor, wenn ein Familienvater sein Jahreseinkommen zusammenrechnet und sich sagen muß: ein Drittel dieses Jahreseinkommens muß ich für Annuitäten wegzahlen. Und genau in diesem Stadium ist heute der österreichische Staat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben heute Nettoeinnahmen von etwa 170 Milliarden Schilling, und die Annuitäten betragen bereits 56 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Ein besonderes Kapitel ist unsere Verschuldung im Ausland. Auch das Ausland goutiert heute schon langsam bei unserem hohen Verschuldungsgrad unsere Bonität und Nichtbonität. Nur allzu schnell, Herr Bundesminister, kann man da ins Gerede kommen.

Da lese ich in der Schweizer Börsenzeitung „Finanz und Wirtschaft“ — ganz neu, vom 31. Oktober 1981. Da ist ein Interview mit John Keller, Direktor der Société anonyme aus Genf, gemacht worden. Er sagt:

„Ja, was die wachsende internationale, vor allem öffentliche Verschuldung angeht, glaube ich, daß wir in der Schweiz wachsam bleiben müssen. Was einmal gutes Risiko war, bleibt nicht notgedrungen gutes Risiko. Und umgekehrt kann einmal zweitklassiges Risiko besser werden. Für Beispiele müssen wir nicht weit suchen.“ Und bitte, jetzt hören Sie:

„Jawohl“ — sagt er — „denken wir an die Oststaaten, an Schweden oder vielleicht sogar an Österreich, von Brasilien gar nicht zu reden.“ Und er sagt weiter: „Wo die wachsende Auslandsverschuldung dieser und vieler weiterer Länder hinführt, kann sicher niemand abschätzen.“

Herr Bundesminister! Ich möchte dieser Aussage keinen Kommentar weiter anschließen.

Hohes Haus! Wenn man das Ergebnis von zwölf Jahren sozialistischer Alleinregierung analysieren will, dann kommt man zu folgendem Ergebnis:

Wir stehen heute am Ende einer Ära, die mit einer gewaltigen Welle von Euphorie begonnen hat und die jetzt in eine ebenso gewaltige Welle von Angst, Verunsicherung und Vertrauensverlust in die Kompetenz der gesellschaftlichen und staatlichen Instanzen umschlägt.

Angst um die Zukunft, Angst um die Arbeitsplätze, Angst um die innere und äußere Sicherheit greift um sich. Sie erhöht die Gefahr, daß irrationale Reaktionen die

**Sandmeier**

Oberhand gewinnen und unkalkulierbare Abläufe irreparable Schäden auslösen; wirtschaftspolitisch, innenpolitisch, aber auch außen- und sicherheitspolitisch.

Die Bundesregierung selbst ist in ihrer Unentschlossenheit zu einem Herd zusätzlicher Unsicherheit und Verunsicherung geworden.

Die in zwei Jahrzehnten errungene Stabilität unseres Landes ist in den letzten zwölf Jahren immer brüchiger geworden. In diesem Bild ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik nur ein Mosaikstein. Es ist nicht so, daß wir nur eine Wirtschafts- und Finanzkrise hätten, aber wenn der Staatshaushalt in Unordnung gerät, dann gerät eben auch der Staat in Unordnung und umgekehrt. Eine illusionäre Reformpolitik hat Staat und Wirtschaft überfordert.

Aber ebensowenig wie der Versuch, die Belastbarkeit der Wirtschaft zu testen, als überwunden scheint, ebensowenig überwunden scheint der Glaube an die Überlegenheit administrativer Wirtschaftslenkung gegenüber der Marktwirtschaft.

Der trotz aller negativen Erfahrungen der letzten Jahre offenbar unausrottbare Glaube in die Wirksamkeit staatlicher Konjunktur- oder Beschäftigungsprogramme belegt, daß man lieber den Kopf in den Sand steckt und nach dem Staat ruft, als rationale Wirtschaftspolitik zu betreiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Heute müßte es für alle einsichtig sein, daß mit zusätzlichen Staatsausgaben bestenfalls nur kurzfristig Arbeitsplätze gesichert werden können. Bei der heutigen Budgetlage bedeuten zusätzliche Staatsausgaben ja nur mehr Schulden des Staates.

Diese Erkenntnis hat sich in der Zwischenzeit auch bei sozialistischen Wirtschaftsfachleuten durchgesetzt. Leider zu spät.

So sagte kürzlich der ehemalige Berater des Finanzministers und jetzige Länderbankchef Dr. Vranitzky wörtlich: „Arbeitsplätze auf Schulden sind langfristig keine sicheren Arbeitsplätze.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Einer der entscheidenden Fehler der letzten Jahre war es, daß die Bundesregierung 1978/79 Staatsausgaben und Verschuldung nicht zurückgenommen hat. Sie hat damit die heutige teilweise Handlungsunfähigkeit des Staates programmiert. Die Bundesregierung hat die zu hohen Staatsausgaben und Neuverschuldungen in diesem Jahr mit dem Argument begründet, andernfalls seien Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum bedroht. In Wirklichkeit hat

sie mit dieser Politik Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum in höchstem Maße gefährdet, ja zum Teil zerstört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Viele Arbeitsplätze sind nicht gesichert, sie sind bestenfalls Scheinarbeitsplätze.

Meine Damen und Herren! Pleiten hat es in der Wirtschaft sicher immer gegeben, nur wurden sie in der Vergangenheit durch Neugründungen ausgeglichen.

Hier traf nun ein schwerwiegender Wandel ein. Heute sind Feuerwehractionen für insolvente Betriebe fast an der Tagesordnung. Die Rettung gefährdeter Arbeitsplätze und die Ansiedlung neuer Betriebe mit enormen Subventionen — sprich Steuergeldern — beschäftigt die Bundes- und Landespolitiker.

Die Frage ist nur: Ist dies das richtige Konzept, um die Struktur unserer Wirtschaft zu verbessern?

Tatsächlich sind in den vergangenen Monaten Tausende Arbeitsplätze verlorengegangen. Meine Damen und Herren! Das muß doch seinen Grund haben!

Einen Hinweis gibt uns vielleicht die Handelsbilanz. Sie hat sich zusehends verschlechtert. Eine Analyse der Handelsbilanz ergibt eindeutig: Österreich hat Marktanteile auf dem Weltmarkt verloren, das heißt, Österreich ist auf dem Weg, gegenüber dem Ausland den Strukturanpassungsprozeß weiter zu verlieren.

Deshalb glauben wir, daß gerade auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik ein Kurswechsel notwendig ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Es müssen neue Schwerpunkte gesetzt werden. Man muß versuchen, die Versäumnisse des Strukturwandels aufzuholen. Die Vollbeschäftigungspolitik der Regierung hat den Strukturwandel eher gebremst, sie hat die Strukturen versteinert. Man hat den vielen, vielen Betrieben die Möglichkeit eines Strukturwandels genommen, weil durch die unsinnige, wirtschaftsfremde Belastungspolitik den österreichischen Unternehmen die Lust an Neuinvestitionen genommen wurde. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Jetzt geht die Regierung her und setzt mit dem Abgabenänderungsgesetz, das vorgestern beschlossen worden ist, diesen falschen wirtschaftlichen Kurs fort. Anstatt neue Impulse für Investitionen zu setzen, verkürzen Sie zum Beispiel die vorzeitige Abschreibung.

Um den österreichischen Unternehmungen wieder Mut zu Investitionen zu machen, Mut zu Neugründungen zu machen, müßte die

**Sandmeier**

gesamte Wirtschaftspolitik eine Änderung erfahren, müßte die Bildung von Eigenkapital erleichtert und müßte die Steuer- und Abgabenpolitik gemildert werden. Geschieht dies nicht, wird immer wieder die öffentliche Hand mit Steuermitteln einspringen müssen. Dies bedeutet aber — ich glaube, das ist keine Novität, wenn ich das sage — Konservierung veralteter Strukturen und noch höhere Defizite in den ohnehin schon überforderten Haushalten von Bund und Ländern.

Zwar wären die Voraussetzungen für eine Trendwende vorhanden, nämlich klein- und mittelbetriebliche Struktur, gut ausgebildete Arbeiterschaft, verantwortungsvolle Gewerkschaften. Doch fürchte ich, die Regierung hat nicht die Kraft, einen Kurswechsel durchzuführen.

Hohes Haus! Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir werden dem vorliegenden Budget aus mehreren Gründen die Zustimmung versagen. Das Budget 1982 geht nach unserer Meinung in die falsche Richtung. Es ist kein Sparbudget, das Defizit wächst um 19 Prozent. Die Steuerbelastung nimmt trotz kleiner Anpassungskorrekturen weiter zu, die Abgabenquote beträgt heute bereits 42,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Dieses Budget sichert keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Der Anteil der Investitionsausgaben sinkt weiter. Der bereits exorbitant hohe Schuldenstand wird durch das vorliegende Budget um weitere 31 Milliarden Schilling neu erhöht. Somit wird das Nettodefizit 1982 vierzehnmals so hoch sein wie 1970, das Bruttodefizit achtmal so hoch wie 1970, die Bundesschulden, also Finanz- und Verwaltungsschulden, siebenmal so hoch wie 1970 und schließlich werden die Auslandsschulden Ende 1982 mit 104 Milliarden Schilling auf das 11,15fache von 1973 angestiegen sein.

Herr Bundesminister — damit möchte ich zum Schluß kommen —: Sie haben die Chance nicht genutzt, mit Ihrem ersten Budget wenigstens Zeichen eines notwendigen Kurswechsels zu setzen. Sie haben die Chance leider vertan. Sie fahren in dem alten Trott weiter. Sie haben ein Budget vorgelegt, das in die falsche Richtung geht. Wir halten es einfach für unverantwortlich, daß man in einem Jahr wieder neue Schulden von 31 Milliarden macht.

Auf diesem Weg, Herr Bundesminister, werden wir Sie nicht begleiten. *(Beifall bei der ÖVP.)* <sup>11.36</sup>

**Präsident Mag. Minkowitsch:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schmidt. Ich erteile es ihm.

<sup>11.37</sup>

**Abgeordneter Dr. Schmidt (SPÖ):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Kollege Sandmeier, bei aller Wertschätzung kann ich Ihnen eine Antwort auf zumindest einen Teil Ihrer Argumente am Beginn meiner Ausführungen nicht ersparen.

Wenn wir nur einen Teil jener Forderungen, die die große Oppositionspartei in den letzten Wochen gestellt hat, erfüllt hätten, und sozusagen den Weg, den die Opposition uns vorschlägt, gegangen wären, hätten wir mit Sicherheit nicht zu einer Verringerung der Verschuldung, sondern zu einer weiteren, weit darüber hinausgehenden Verschuldung beigetragen, ohne den positiven Effekt, den unsere Politik, unsere Budgetpolitik und unsere Finanzpolitik erreicht.

Das ist sicherlich nicht die richtige Vorgehensweise, meinen wir, hier auf der einen Seite eine Fülle von Forderungen aufzustellen — erinnern Sie sich an die Debatte beim Abgabenänderungsgesetz, als der Vorschlag der ÖVP Milliardenbeträge an mehr Ausfällen gebracht hätte, Sie auf der anderen Seite aber völlig ungenügende Bedeckungsvorschläge — wie wir schon oft von hier aus versucht haben zu beweisen, offensichtlich aber Sie nicht überzeugen konnten — hier gemacht haben. *(Zwischenruf des Abg. Staudinger.)*

Lassen Sie mich einige Zahlen zum Vergleich darstellen. *(Weitere Zwischenrufe des Abg. Staudinger.)* Wissen Sie, Herr Kollege, ich habe schon zweimal die Vergleiche der Periode der Raab-Kamitz-Ära auf der einen Seite und der siebziger Jahre auf der anderen Seite gebracht. Wir haben ja sehr deutlich gezeigt, daß die Politik der sozialistischen Regierung in den schwierigen siebziger Jahren, vor allem in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, wesentlich erfolgreicher war als jene Politik in den fünfziger und sechziger Jahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man die internationalen Vergleiche der Verschuldung des Zentralstaates heranzieht, so sieht man sehr deutlich, daß im Bereich der gesamten öffentlichen Verschuldung Österreich eines jener Länder ist, das die geringste Finanzschuld in Prozenten des Bruttoinlandsproduktes hat. Eine niedrigere Finanzschuld weisen nur die BRD, die Schweiz und Frankreich auf. *(Zwischenruf des Abg. Staudinger.)* Es nützt ja nichts, Kollege Staudinger, auch Sie werden sich einmal mit den Zahlen, so wie sie sind, abfinden müssen.

Dr. Schmidt

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt man auch, wenn man nur die Finanzschuld des Bundes betrachtet. Hier liegt Österreich an siebenter Stelle unter neun westlichen Industriestaaten. Wenn man immer Japan hier und in den Medien als gutes Beispiel für Österreich in den Raum stellt, so zeigt sich, daß sich dort die Finanzschuld seit 1976 bedeutend schneller erhöht hat als in Österreich.

Das Beispiel Großbritannien sei nur am Rande erwähnt. Trotz des restriktiven Kurses ihrer Schwesterpartei, die dort die Regierung stellt, hat es gigantische Steigerungen der Arbeitslosenzahlen seit der Labour-Regierung gegeben. Seit 1979 hat sich die Arbeitslosenzahl in Großbritannien mehr als verdoppelt. Herr Kollege Sandmeier, vergessen Sie das nicht! Das ist die „erfolgreiche“ konservative Wirtschaftspolitik. Trotz der massiven Kürzungen bei den Sozialausgaben und trotz der wesentlichen Einnahmen aus den Nordsee-Ölförderungen hat es eine bedeutende Verschlechterung im Bereich der Staatsschulden gegeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Sozialisten haben in der Budgetdebatte deutlich auf die großen Erfolge im wirtschaftspolitischen Bereich sowohl im Inland als auch im internationalen Vergleich hingewiesen. Das Budget beziehungsweise die Budgetpolitik haben zweifellos einen ganz wesentlichen Beitrag zu dieser erfolgreichen Wirtschaftspolitik geleistet.

Bei all diesen Erfolgen, die es gab und gibt, soll in keiner Weise verniedlicht werden, daß große Probleme existieren im Bereich der Beschäftigung — Probleme, die Vollbeschäftigungspolitik aufrechtzuerhalten —, im Bereich der Wachstumspolitik und im Bereich der Aufrechterhaltung der Stabilität.

Wenn Präsident Sallinger sich heute nicht überwinden konnte, trotz aller parteipolitischer Differenzen die Anerkennung auszudrücken, daß wir noch relativ gut dastehen, so ist das auch ein Zeichen dafür, daß man schon akzeptiert, anerkennt und sieht, daß all das, was von uns immer mit aller Deutlichkeit erklärt wird, dort, wo wirtschaftlich rational gedacht wird, auch so gewertet wird.

Es ist überhaupt keine Frage, daß jene Probleme, die sich im Bereich der Beschäftigungspolitik, im Bereich der Stabilitätspolitik und im Bereich eines zu geringen Wachstums zeigen, eine Fülle an wirtschaftspolitischen Maßnahmen als Folgerungen nach sich ziehen muß. Ich werde darauf dann noch zurückkommen.

Aber um eine vernünftige Beurteilung die-

ser Entwicklung in den siebziger Jahren zu machen — ich machte das schon in der Generaldebatte in Form eines internationalen Vergleichs über Beschäftigung, Wachstum und Stabilitätspolitik —, möchte ich noch andere Indikatoren dieses Erfolges im Vergleich zu anderen Ländern hier ein bißchen deutlicher erklären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Bereich der technologischen Entwicklung und der Technologie, was sicherlich ein nicht unwichtiger Bereich ist, um zu erkennen, ob sich eine Wirtschaft im Vergleich zu anderen Wirtschaften positiv weiterentwickelt oder ob sie stagniert, einen sehr guten Indikator, ein sehr gutes Beispiel, wie erfolgreich die Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren war. Ebenso ist das im Bereich der Zahlungsbilanz und ebenso, wenn man die Wettbewerbsposition im Export von Industriegütern darstellt.

Wenn man ein Beispiel im langfristigen internationalen Vergleich zieht, um die technologische Entwicklung Österreichs zu zeichnen, so haben wir vor 25 Jahren — gerechnet in einer einheitlichen Währung je Einwohner — nur ein Drittel so viel an Gütern und Dienstleistungen exportiert wie die Schweiz, etwa 70 Prozent so viel wie die EG insgesamt und 81 Prozent so viel wie die BRD. Heute, 25 Jahre später, exportieren wir zwei Drittel des Volumens der Schweiz. Damit haben wir die deutsche Kopfquote bereits um 12 Prozent und die der EG um 30 Prozent und jene der OECD um das Doppelte übertroffen.

Das zeigt, daß es einen bedeutenden Überholprozeß gegeben hat, daß es einen ökonomischen Aufholprozeß gegeben hat, und zwar vor allem in der Zeit der siebziger Jahre. Besonders zeigt sich diese verstärkte Dynamik im Strukturwandel der österreichischen Industrie. Es zeigt sich, daß der Pro-Kopf-Export von Maschinen und von Verkehrsmitteln, also von jenen Produkten, die technologisch besonders anspruchsvoll sind, die eine besonders anspruchsvolle Kategorie der Exportgüter beinhalten, seit 1955, aber besonders in den siebziger Jahren stärker gestiegen ist, als in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz, im EG- und im OECD-Raum.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde sehr, sehr viel über die Leistungsbilanz diskutiert. Wenn man sich die großen Rückschläge der Leistungsbilanz in den siebziger Jahren in den Industrienationen immer wieder vor Augen hält und wenn man so potente Länder wie die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland zum Vergleich heranzieht, zeigt sich, daß sich seit dem Jahre

**Dr. Schmidt**

1975 die Leistungsbilanz der BRD, die zu diesem Zeitpunkt noch positiv war, immer mehr verschlechterte und daß diese Verschlechterung bereits heute ein Negativum, also 2,8 Prozent Negativpunkte des Bruttoinlandsproduktes, erreicht hat, während in Österreich eine Saltendrehung stattfand. Für 1981 schätzt die OECD, daß Österreich trotz stärkeren Wachstums hervorragend abschneidet und im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland und zur Schweiz bereits ein Niveau erreicht hat, das eine Nettoverschlechterung von nur 1 Prozent im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt beinhaltet, während 3 Prozent bei der BRD und eine Passivierung von 5 Prozent bei der Schweiz für das Jahr 1981 angenommen werden. Im Niveau wird 1981 der bereinigte Leistungsbilanzabgang Österreichs daher — gemessen am Bruttoinlandsprodukt — nur halb so groß ausfallen wie jener der BRD und nur geringfügig schlechter sein als der der Schweiz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sowohl auf dem Sektor der technologischen Entwicklung als auch auf dem Sektor der Leistungsbilanz haben wir eine Trendumkehr in den siebziger Jahren zu verzeichnen, und das auch im Bereich der Verbesserung der Wettbewerbsposition im Export von Industriegütern. Wenn Präsident Sallinger heute die Frage der Exportentwicklung als eine der bedeutendsten Fragen und eines der großen Probleme genannt hat, so ist das sicherlich richtig, aber man muß gleichzeitig dazusagen, daß wir imstande waren, in den letzten Jahren und auch seit dem schwierigen Jahr 1975 Marktanteile zu gewinnen, während die BRD Marktanteile verloren hat und die Schweiz ihre Marktanteile lediglich halten konnte. Sogar die aggressiven Japaner konnten ihre Marktposition nicht stärker steigern als Österreich. Das heißt, daß unsere Steigerung der realen Exportleistung im gesamten OECD-Raum praktisch unübertroffen blieb.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich das alles im Detail ansieht — und ich betone noch einmal, daß es Probleme im Bereich der Beschäftigung, im Bereich der Wachstumspolitik und im Bereich der Aufrechterhaltung der Stabilität gibt —, so ist das einfach eine ganz andere Ausgangsbasis für die Diskussion jener wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die notwendig sind, um diese Probleme zu bewältigen.

Daß es diese Diskussion im Rahmen der Regierungspartei immer gegeben hat, daß es immer wieder eine Anpassung, eine Veränderung, eine Verbesserung, eine Neueinrichtung von Institutionen gegeben hat, um die struk-

turpolitischen Vorstellungen und Anforderungen und die wirtschaftspolitischen Probleme bewältigen zu können, ist ja überhaupt keine Frage. Denn wir haben nie behauptet, daß die österreichische Wirtschaftsstruktur und im besonderen die von Industrie und Gewerbe optimal ist. Es war überhaupt keine Frage, daß wir von einer relativ ungünstigen Situation gerade in gewissen Branchen ausgehen müssen; einer Situation, von der alle Industriestaaten und nicht nur Österreich betroffen sind. Österreich ist besonders stark betroffen, weil wir gerade in diesen Branchen einen hohen Anteil an Produktion und Beschäftigung haben.

Dieses Problem, das darin liegt, daß zuviel an Grundstoffen und Halbfabrikaten, daß zuviel an hilfsarbeitsintensiven und noch immer zuwenig an know-how-intensiven Produkten erzeugt wird, spielt natürlich hier ganz wesentlich hinein, und die Konkurrenz mit den sogenannten Schwellenländern wird dadurch natürlich schärfer, schwieriger und größer. Das heißt, daß es Aufgabe der Wirtschaftspolitik, Aufgabe einer erfolgreichen Strukturpolitik ist, daß ein rascher und möglichst friktionsloser Anpassungsprozeß herbeigeführt wird.

Dem dienten eine Fülle von Förderungsmaßnahmen im Laufe der siebziger Jahre in den verschiedensten Bereichen, etwa in der Textilindustrie, in der Papierindustrie, in der Bekleidungsindustrie, in der lederverarbeitenden Industrie, sowie die großen Zinsstützungsaktionen, vor allem jene des Jahres 1978, und eine Fülle von zusätzlichen Einrichtungen und Betriebsansiedlungsprogrammen, um die Regionalprobleme zu lösen.

All diese direkten Förderungsmaßnahmen, die sich im Jahre 1970 entwickelt haben, die seit dem Jahre 1970 eingerichtet, ausgebaut und verbessert worden sind, sind eben ein wesentlicher und ergänzender Bestandteil des gesamten Investitionsförderungsinstrumentariums geworden. Dieses Investitionsförderungsinstrumentarium wurde auf zwei Säulen gestellt, nämlich auf die indirekte Förderung und auf die direkte Förderung. Hier ist in den siebziger Jahren eine Gleichgewichtigkeit entstanden, die wesentlich dazu beigetragen hat, diese notwendigen strukturellen Veränderungen und Anpassungen mit zu gestalten, mit zu beeinflussen und mit zu ändern, um moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaftsstrukturen zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Anforderungen an eine erfolgreiche und aktive Strukturpolitik bestehen darin, daß diese geordnete Anpassung und Umstruktu-



**Dr. Schmidt**

rierung stattfinden kann, daß Produktionen in neue, in technologieintensive Bereiche geführt und daß gezielte wirtschaftliche Maßnahmen für schwache Regionen durchgeführt werden können. Diese Effizienz, diese Wirksamkeit der Strukturpolitik kann nur in einer Kombination dieser verschiedenen Einrichtungen und Maßnahmen bestehen, aber auch über den Investitionsbereich hinaus in einer Kombination mit der Arbeitsmarktpolitik, mit der Regionalpolitik und mit der Technologiepolitik. Zu glauben, daß sich ein Strukturwandel in Österreich quasi von selbst und maximal mit Hilfe einer globalen Investitionsförderung vollzieht, ist eine Illusion.

Wir hatten ja schon oft Gelegenheit, über verschiedene Einrichtungen der direkten Investitionsförderung zu sprechen. Bei der Novelle des Finanzierungsgarantiegesetzes hatten wir genügend Möglichkeiten, an Hand dieses konkreten Beispiels zu zeigen, wie funktionsfähig die Finanzierungsgarantie—Gesellschaft m. b. H. im Sinne einer direkten Investitionsförderung ist und wie funktionsfähig sie imstande war, wesentliche Aufgaben zu erfüllen, wozu eine indirekte Investitionsförderung gar nicht imstande ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als im ersten Halbjahr die Diskussion über direkte und indirekte Investitionsförderung etwas dogmatisch belastet hin- und herwogte, wurde seitens des Herrn Finanzministers ein Vier-Punkte-Sofortprogramm entwickelt. Dies war ein Schwerpunktprogramm, und zwar einerseits offensiv, um ganz besondere Investitionen zu fördern, andererseits defensiv, um Hilfestellungen zu geben für jene Betriebe, die auf Grund von Insolvenzfolgen in Schwierigkeiten geraten sind, um Managementhilfe zur Verfügung stellen zu können, um jene Betriebe, wo es betriebswirtschaftlich gerechtfertigt ist, weiterführen zu können.

Es gibt kein besseres Beispiel, als daß im Bereich der Verhandlungen über das Vier-Punkte-Programm zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei und auch während der Verhandlungen über wirtschaftliche Probleme zwischen der Freiheitlichen Partei und der Sozialistischen Partei keine einzige ergänzende Maßnahme zu diesem Vier-Punkte-Programm gefordert wurde, weil offensichtlich Übereinstimmung besteht, daß dieses Programm nicht nur in seinem Umfang, sondern auch in seiner Zielrichtung, in seiner Klarheit, in seiner Deutlichkeit und in seiner Wirksamkeit ein sehr erfolgreiches Programm ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es zeigt sich ja auch jetzt bereits bei der Erledigung der ersten Anträge, bei den Top-Investitionen, es zeigt sich bei der Befriedigung der Ansprüche von vielen kleinen und mittleren Betrieben, es zeigt sich auf Grund des großen Interesses für jene Kredite, die für die Fertigungsüberleitung zur Verfügung gestellt werden, und es zeigt sich bei den bereits Dutzenden Unternehmungen, wo Hilfestellung im Managementbereich geleistet und über die Mittel, die durch dieses Gesetz beschlossen worden sind, finanziert werden kann, daß das Programm zeitgerecht, richtig und im Umfang entsprechend ist. Wenn es notwendig sein wird, gibt es ja schon Ankündigungen des Herrn Finanzministers bezüglich einer Ausweitung der einen oder anderen Aktion, des einen oder anderen Bereiches dieses Vier-Punkte-Programms.

Ich betone noch einmal: Das Beispiel, daß keine der Parteien, die in intensiven Wirtschaftsverhandlungen in den verschiedensten Bereichen mit der Regierungspartei gestanden sind, zusätzliche Forderungen gestellt haben, zeigt mehr als deutlich, daß dieses Programm im Umfang richtig ist, daß es richtig formuliert und überlegt ist und daß es zum richtigen Zeitpunkt gekommen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gab eine lange Diskussion über die Punkte, wo die Oppositionsparteien und vor allem die Österreichische Volkspartei überlegt hatten, was an Förderung für Klein- und Mittelbetriebe notwendig sei. Heute wurde ja noch einmal die Forderung aufgestellt, die Abfertigungsrücklage steuerlich verstärkt zu berücksichtigen. Wir haben dem die Überlegung gegenübergestellt, daß es doch nicht sinnvoll ist, gerade dann, wenn man erkennt, daß der budgetpolitische Spielraum nicht unbegrenzt ist, Gelder für eine steuerliche Begünstigung zur Verfügung zu stellen in der Hoffnung, daß das tatsächlich einen wirtschaftlichen oder einen investiven Impuls auslöst.

Wir kennen ja die Beispiele in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten, daß die Vorstellungen, Steuern für Wohlhabendere zu senken und damit automatisch zu einer Förderung, zu einer Verbesserung, zu einer Verstärkung der investiven Tätigkeit zu kommen, nicht richtig sind und in der Praxis nicht aufgegangen sind.

Deshalb haben wir reinen Steuersenkungen in diesen Gesprächen eine Vorstellung gegenübergestellt, die auch in den Programmen und in den Überlegungen der Österreichischen

10140

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Dr. Schmidt**

schen Volkspartei zu finden war. Der Vorstellung, einen Investitionsabsetzbetrag einzuführen, standen nämlich auf der einen Seite Forderungen gegenüber, wie sie Präsident Sallinger heute wieder erhoben hat, nämlich nach reiner Steuersenkung, und auf der anderen Seite: Verbindung von steuerlichen Erleichterungen mit einer bestimmten investiven Tätigkeit.

Wir glauben, daß diese dritte Säule, die nun im Jänner im Rahmen eines Initiativantrages in das Hohe Haus... (Abg. Dr. Mock: Darüber gibt es ja keinen Streit; diese Verbindung! Ich habe nicht den Eindruck!)

Ich habe gegenübergestellt, Herr Parteiboss, daß auf der einen Seite eine steuerliche Forderung nach Erhöhung der steuerlichen Anerkennung der Abfertigungsrücklage gestellt wurde, aber auf der anderen Seite wir eben dem gegenübergestellt haben, was wir in der derzeitigen wirtschaftspolitischen Situation für notwendiger und wichtiger angesehen haben: nicht Steuererleichterungen an sich, sondern Steuererleichterungen verbunden mit investiver Tätigkeit, weil das wirtschaftspolitisch, wirtschaftspsychologisch und beschäftigungspolitisch besser ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Dieser gemeinsame Initiativantrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird im Jänner ins Haus kommen. Wir haben damit eine dritte Säule im Bereich der Investitionsförderung, wo wir einerseits eine indirekte Förderung haben, das ist sicherlich richtig, aber eine gewinnunabhängige Förderung, die lange nicht nur in den Reden, sondern auch in den klaren Vorstellungen als nicht so praktikabel angesehen wurde seitens der großen Oppositionspartei.

Wir konnten uns dann aber sehr rasch darauf einigen, daß wir eine Hilfestellung auch jenen Betrieben gönnen, die investieren wollen, die investieren können, aber eben nicht so hohe Erträge haben, daß die gewinnabhängige vorzeitige Abschreibung ihnen tatsächlich eine entsprechende Hilfestellung bietet.

Das sind nämlich jene Betriebe, die besonders dem Wettbewerb ausgesetzt sind. Das sind die exportierenden Betriebe, die unter Umständen nur mit sehr geringen Gewinn machen arbeiten können und die von einer vorzeitigen Abschreibung, von einer gewinnabhängigen Förderung überhaupt nichts haben.

Dieser Investitionsabsetzbetrag kann natürlich auch sehr rasch unmittelbar wirksam sein und hat noch den Vorteil, daß er zweifellos leichter differenzierbar ist als jede

Form einer vorzeitigen Abschreibung. (Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Zu niedrig ist er noch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme also zum Schluß. Kollege Josseck! Wir haben uns schon einiges überlegt, als wir zu diesem Prozentsatz gekommen sind. Das können Sie uns schon zutrauen. Wir kennen in etwa die steuerliche Begünstigung und die direkte Auswirkung der steuerlichen Begünstigung der vorzeitigen Abschreibung.

Und wenn man einen Investitionsabsetzbetrag alternativ vorsieht zur vorzeitigen Abschreibung — das heißt, er soll sich überlegen: wenn er das eine ausnützen kann, soll er das nehmen, aber wenn das nicht so gut ist, dann soll er das andere nehmen —, so passen diese 7 Prozent relativ gut in das Feld, ohne den einen zu sehr zu bevorzugen und den anderen zu sehr zu benachteiligen.

Es mag schon sein, daß manche mit dem Absetzbetrag in der Größenordnung nicht ganz zufrieden sind. Aber das ist die alte Geschichte: daß ein Vorschlag, der überlegt worden ist, auf der einen Seite akzeptiert und auf der anderen Seite als zu wenig erachtet wird. Das wird es immer geben.

Es zeigt sich aber, daß wir damit beweisen können, daß wir mit dieser dritten Säule im Bereich der Investitionsförderung sicherlich auch weiterhin wie bisher, wie das in den Beiträgen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft, einem den Unternehmerverbänden sehr nahestehendem Institut geschrieben wird: „Österreich, das seine staatlichen Investitionsförderungsmaßnahmen sehr global ansetzt, muß ebenfalls als ein sehr investitionsfreundliches Land eingestuft werden und befindet sich daher insgesamt auf dem zweiten Platz der Rangskala“ diese Investitionsfreundlichkeit, diesen zweiten Platz der Rangskala im internationalen Vergleich halten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Budgetpolitik, das Kapitel Finanzen, die nun zu Ende gehende Budgetdebatte zeigen, daß das, was an wirtschaftspolitischen Erfolgen in der Vergangenheit erreicht wurde mit den Maßnahmen, die bereits in diesem Budget enthalten sind, mit den Maßnahmen, die auf Grund geänderter wirtschaftspolitischer Situation vor allem im internationalen Bereich und ihren Auswirkungen daher auf Österreich für die Zukunft vorgesehen sind, doch die Hoffnung zuläßt, daß es weiterhin möglich sein wird, Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten bei Aufrechterhaltung der Stabilität und eines guten Wachstums. (Beifall bei der SPÖ.) 12.06

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

12.06

Abgeordneter Dkfm. **Bauer** (FPÖ): Hohes Haus! Ich hatte eigentlich nicht vor, auf die Zahlen des Budgets in der heutigen Debatte nochmals näher einzugehen, zumal das ja der Herr Kollege Sandmeier sehr im Detail und auch aus der Sicht der freiheitlichen Opposition über weite Strecken richtig dargelegt hat und die Dinge so beleuchtet hat, wie sie zu beleuchten sind. Ich muß dieses Vorhaben ein wenig korrigieren, weil der Herr Kollege Schmidt eine Bemerkung gemacht hat, die nicht unwidersprochen im Raum stehenbleiben darf.

Der Herr Kollege Schmidt zeichnet sich meines Erachtens bei seinen Debattenbeiträgen hier im Haus, und ich hoffe und nehme an, auch anderswo, dadurch aus, daß die Dinge, die er sagt, meist Hand und Fuß haben. Nur heute, wie gesagt, hat er etwas von sich gegeben, wo er dieser seiner Maxime wirklich nicht gerecht geworden ist, wenn ich mich nicht verhöhrt habe. Er wird mir ja dann sehr deutlich sagen, ob ich ihn richtig verstanden habe. Er hat nämlich hier davon gesprochen, daß es gelungen sei, im Budget 1982 eine Verringerung der Verschuldung zu erreichen.

Herr Kollege Schmidt, von wo Sie das her haben, bitte ich mir wirklich, wenn es geht, entweder hier vom Pult aus oder nachher in den Couloirs zu erklären.

Sämtliche Kennzahlen, die über den Grad der Verschuldung etwas aussagen, beweisen genau das Gegenteil. Ich habe das hier schon einmal gesagt, es hat sicherlich auch schon der eine oder andere meiner geschätzten Vordränger darauf hingewiesen.

Die Verschuldung ist gestiegen. Das Bruttodefizit wird um 10 Milliarden Schilling steigen, das Nettodefizit wird um 7 Milliarden steigen. Es wird das Nettodefizit, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, von 2,35 auf 2,8 Prozent steigen. Jede Kennziffer, die darüber Auskunft gibt, sagt also genau das Gegenteil dessen, was der Herr Finanzminister sagt. Aber das sind wir schon gewohnt, daß er ein bißchen an den Tatsachen vorbeiarargumentiert. Aber zu meiner Verwunderung hat das hier auch der Herr Kollege Schmidt heute wiederholt, und das war für mich ungewöhnlich und überraschend, weil es sich durch nichts belegen läßt.

Zu den internationalen Vergleichen bezüglich der österreichischen Finanzschuld, die

ebenfalls der Herr Kollege Schmidt hier angestellt hat, möchte ich nur noch hinzufügen, daß derartige internationale Vergleiche über die absolute Höhe der österreichischen Finanzschulden deswegen untauglich sind, weil bei den anderen Ländern, die zum Vergleich herangezogen werden — mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland —, ja immer auch noch die Kriegsschulden, die Vorkriegsschulden zum Teil mit berücksichtigt sind, während Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/46 mit null begonnen haben. Daher ist dieser Vergleich untauglich.

Man kann daher nur jenen Vergleich machen, der eine Zunahme der Staatsverschuldung, der Finanzverschuldung beinhaltet, das Wachstum der Finanzschulden. Hier, Herr Kollege Schmidt, wenn ich die Statistik richtig im Kopf habe, ich habe sie so schnell jetzt nicht mehr ausheben können, liegen wir im oberen Feld. Ich drücke mich so vorsichtig aus, weil ich eben nicht ganz genau sagen kann, an welcher Stelle wir liegen. Aber wenn ich mich richtig erinnere, dann liegen wir ungefähr im unteren Bereich des oberen Drittels. (*Zwischenruf des Bundesministers Dr. Salcher.*) Herr Finanzminister, so schwer ist das nicht: Im unteren Bereich des ersten Drittels, das ist in der Nähe zwischen erstem und zweitem Drittel. So kann man auch sagen. Ich glaube, das ist nicht so schwierig.

Zum dritten hat der Herr Kollege Schmidt zu Recht in seinem Debattenbeitrag über weite Strecken von der Wirtschaftsförderung und von der Investitionsförderung, die in unserem Lande der Wirtschaft zuteil wird, gesprochen. Ich möchte nun versuchen, dieses Problem von der anderen Seite her zu beleuchten, indem ich sage: Die beste Investitionsförderung, die beste Wirtschaftsförderung ist nach Auffassung von uns Freiheitlichen jene, den Betrieben und den Menschen, um nicht zu sagen den Wirtschaftssubjekten, möglichst viel von ihrem Ertrag zu belassen, um damit die Investitionskraft und die Kaufkraft zu stärken.

In diesem Zusammenhang muß einmal auch darauf hingewiesen werden, daß viele dieser Förderungen, zu denen wir uns bekennen, ganz einfach nur deswegen nötig sind, weil man diese — jetzt muß ich das Wort doch gebrauchen — Wirtschaftssubjekte, ich möchte fast sagen, zuerst — steuerlich betrachtet — bis auf das Hemd ausgezogen hat. Man gibt also über diese Förderungen nur zurück, was man vorher genommen hat. Das ist die Kehrseite der Medaille, die auch beleuchtet gehört, wenn man von Förderungen spricht. (*Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Abhängig macht man!*)

**Dkfm. Bauer**

Das ist auch der Hintergrund, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor dem wir jetzt die Fragen der Investitionsprämie oder des Investitionsabsetzbetrages, wie das der Herr Kollege Schmidt genannt hat, die Kapitalbeteiligungsgesellschaften und die sonstige lange Wunschliste der Wirtschaft an das Christkind, der Vergleich sei mir am heutigen Tag gestattet, diskutieren.

Auch dieses Vier-Punkte-Programm, von dem Sie hier gesprochen haben, dieses Investitionsförderungsprogramm, dieses Wirtschaftsförderungsprogramm muß vor diesem Hintergrund diskutiert werden. Vor dem Hintergrund, daß man jetzt fördern muß, weil man zuerst rigoros weggesteuert hat und man jetzt eben wieder, um die ärgsten Auswirkungen dieser rigorosen Besteuerung zu mildern, zurückgeben, fördern muß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weil der Investitionsabsetzbetrag hier erwähnt worden ist, möchte ich namens der freiheitlichen Fraktion dazu nur einige ganz wenige Sätze anmerken.

Wir sind mit diesem Vorschlag einverstanden. Wir unterscheiden uns vielleicht noch ein bißchen in dem, wie wir es uns in der Praxis vorstellen. Wir hätten anstatt dieses Investitionsabsetzbetrages lieber eine Investitionsprämie in dem Sinne, daß man das nicht nur vom Betriebssteuerkonto absetzen kann — es ist ja noch nicht ganz klar, welche Steuern hier als Absetzmöglichkeiten gewährt werden —, sondern daß man diese Investitionsprämie, über deren Höhe ich dann auch noch etwas sagen möchte, von dem Betriebssteuerkonto entweder absetzen kann oder, wenn das zu wenig ist, wenn zu wenig Steuern zu bezahlen sind, das auch in Form einer Gutschrift, einer Steuergutschrift vom Finanzamt abberufen, rückrufen kann oder natürlich stehen lassen kann.

Denn damit treffen wir ja eigentlich erst des Pudels Kern, den Kern des Problems. Denn der Kern des Problems bei der derzeitigen indirekten Investitionsförderung ist doch der, daß von dieser Förderungsart jene Betriebe, die kaum oder keine Gewinne mehr machen, nichts haben, weil sie nichts absetzen können.

Genauso wird es ihnen bei diesem Investitionsabsetzbetrag auch gehen, wenn ich davon absehe, daß es auch Steuern gibt, die gewinnunabhängig sind, das räume ich schon ein. Aber das ist Gott sei Dank nicht der Schwerpunkt unserer Besteuerung. Daher bitte ich — ich bitte ja nur — zu überlegen, ob es nicht möglich wäre, von diesem Investi-

tionsabsetzbetrag zu einer echten Investitionsprämie überzugehen.

Und dann noch kurz etwas zur Höhe, zu diesen 7 Prozent. Ich bin der Meinung, daß diese Investitionsprämie oder dieser Investitionsabsetzbetrag zwischen 6 und 10 Prozent liegen sollte, damit man dem gerecht wird, von dem Sie gesprochen haben, Herr Kollege Dr. Schmidt.

Wenn man sich im unteren Feld bewegt, also bei 6 oder 7 Prozent verbleibt, dann ist das sicherlich etwas Brauchbares. Es ist allerdings nur eine Variante neben der anderen bestehenden Investitionsförderung. Was wir aber brauchen ist ein Impuls in diese Richtung, ein Investitionsimpuls, und den können wir wahrscheinlich nur dann erreichen, wenn wir uns zu den 10 Prozent hin bewegen. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Schmidt: Das ist natürlich ein Impuls, weil all jene, die die vorzeitige Abschreibung nicht vornehmen können, den Investitionsabsetzbetrag haben!)*

Ein schwacher Impuls. Aber ich habe ja gesagt: ein durchaus brauchbarer Vorschlag. Es gibt keine Diskussion, wir werden uns vielleicht noch über die Durchführung in der Praxis und über die Höhe zu unterhalten haben. Ich sage das deswegen, weil der Herr Finanzminister in einem Gespräch bemerkt hat, daß er über das Thema der Investitionsförderung gleich zu Beginn des kommenden Jahres in breit angelegte Gespräche einzutreten beabsichtigt und er dieses Problem, wenn ich mich richtig erinnere, zumindest im ersten Halbjahr 1982 in Form einer parlamentarischen Beschlußfassung auf dem Tisch haben möchte. Bei diesem Bestreben können wir ihn nur unterstützen, können wir ihm nur zustimmen.

Ich glaube darüber hinaus, daß eine der besten Wirtschaftsförderungen, die wir unserer Wirtschaft geben könnten, eine Reform des österreichischen Steuerrechtes wäre. Die Notwendigkeit an sich ist ja unbestritten, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Abg. Dr. Mock: Richtig!)*

Das schließe ich nicht nur aus den diesbezüglichen Bemerkungen und Wortmeldungen aller drei Fraktionen in diesem Haus, sondern das schließe ich auch aus dem Umstand, daß es ja eine Steuerreformkommission gibt, die im Jahre 1978 eingesetzt worden ist. Warum würde man eine Steuerreformkommission einsetzen, wenn man ohnehin glaubt, daß nichts zu reformieren ist?

Nur möchte ich schon darauf hinweisen, daß diese Steuerreformkommission nunmehr seit dem Jahre 1978 am Leben ist. „Am Leben

**Dkfm. Bauer**

ist“, ist vielleicht fast zuviel gesagt: so dahinsiecht. Herausgekommen ist jedenfalls bei dieser Steuerreformkommission bis zum heutigen Tage, ich möchte nicht sagen: nichts, aber wenig.

Wir Freiheitlichen haben diese umfassende Reform des österreichischen Steuerrechtes eingeleitet. Wir haben sie allerdings bereits im Jahre 1970/71 eingeleitet, als wir verlangt haben, daß man als ersten Schritt dieser umfassenden Reform zunächst das Umsatzsteuersystem einer Reformierung zuführt. Das ist auch geschehen.

Ich glaube, daß es nunmehr nach zehn Jahren an der Zeit wäre, den zweiten Schritt zu setzen, nämlich jenen einer Ertragssteuerreform und einer Reform der Lohn- und Einkommensteuer. Wir halten das Problem deswegen für so dringend, weil wir wissen, daß wir ein Steuersystem brauchen, das für den Steuerzahler überschaubar ist, das verwaltungskosten sparend angelegt ist, das nicht leistungshemmend ist, sondern das leistungsfördernd, leistungsbelohnend ist, das die Wirtschaft nicht bremst, sondern stimuliert, und das schließlich die Arbeitsplätze sichert und nicht besteuert.

Das ist ja auch ein Unding in diesem Steuersystem. Und das ist kein Witz, das ist nicht die Unwahrheit, was ich hier sage: Es gibt solche Steuern in unserem Steuersystem, die die Arbeitsplätze besteuern.

In einer Zeit, in der wir alles daran setzen — gemeinsam alles daran setzen —, die Arbeitsplätze zu erhalten, werden sie auf der anderen Seite besteuert, wenn ich etwa an die Lohnsummensteuer denke. Was es in der Konsequenz bedeutet, brauche ich hier nicht länger auszuführen. Das bedeutet in der Konsequenz, in der betriebswirtschaftlichen Praxis, daß jemand, der Maschinen anschafft, so wünschenswert das auch sein mag, und dadurch Arbeitsplätze reduziert, steuerlich besser dran ist als jener, der die Arbeitsplätze hält und den Menschen Beschäftigung in seinem Betrieb gibt.

Zum zweiten ist doch auf Grund dieses untauglich gewordenen Steuersystems für viele Steuerpflichtige das, was am Ende eines Jahres als zu versteuernder Ertrag herauskommt, mehr oder minder ein Zufallsergebnis. Dieses Ergebnis kann man auch durchaus mit legalen Mitteln steuern. Nur glauben wir Freiheitlichen, daß das Ausmaß, die Höhe einer Steuer, einer Besteuerung ja nicht von der Geschicklichkeit eines einzelnen oder eines Steuerberaters abhängen soll.

Ich möchte in diesem Zusammenhang damit

nur darauf hinweisen, daß es in unserem Steuerrecht nicht gleichgültig ist, unter welchem Titel, in welcher Eigenschaft, unter welcher Rechtsform jemand in diesem Land seinen Beitrag zum allgemeinen Volkseinkommen leistet, unter welchem Titel er seinen Arbeitsertrag verdient. Daher wird in unserem Land eine Menge an Scharfsinn und eine Menge an Geschicklichkeit — habe ich schon gesagt — auf die an sich unproduktive Suche nach der steuersparendsten Rechtsform eines Unternehmens verwendet. Daß die steuersparendste Rechtsform eines Unternehmens nicht immer die beste wirtschaftliche Struktur sein muß, darüber gibt es wohl auch keine Diskussion. Das liegt wohl auch auf der Hand.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch auf eine Bemerkung des Herrn Kollegen Schmidt eingehen oder, besser gesagt, diese Bemerkung auf eine Anmerkung des Herrn Kollegen Schmidt verstanden wissen, der gemeint hat, die notwendige Strukturreform, die notwendige Strukturanpassung der österreichischen Wirtschaft komme nicht von selbst. Richtig, Herr Kollege Schmidt, die kommt sicherlich nicht von selbst, da muß man etwas dazutun. Eines dieser Dinge, die getan werden müßten, wäre eben, so eine Steuerreform durchzuführen, durchaus auch im Sinne der von Ihnen als notwendig und richtig anerkannten Reform der österreichischen Wirtschaftsstruktur. Das gehört hierher und das sage ich Ihnen dazu.

Herr Finanzminister! Ich weiß nicht, ob Sie mir auf Anhieb sagen können, wieviel steuerliche Abgaben es in Österreich gibt. Ich habe es auch nicht gewußt, selbstverständlich, aber ich habe mir die Mühe gemacht und habe mir das herausgeschrieben und zusammengesucht. Und wenn ich mich nicht geirrt habe, sind es 31, wobei es eher mehr sein werden als weniger, denn ich kann höchstens etwas übersehen haben, ich habe aber nichts dazugeschwindelt, das möchte ich schon auch dazusagen. Aus diesem Umstand allein geht ja hervor, wie und auf welchen Ecken und Enden die österreichische Steuerschraube zupackt.

Ich möchte jetzt da nicht alle diese einzelnen Steuern und steuerähnlichen Abgaben aufzählen. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, daß wir glauben, daß auf Grund dieses Steuerdschungels eine Generalreform auch notwendig ist, nicht nur aus Gründen der Strukturreform insgesamt. Wir glauben, daß es einfach bei der Besteuerung keine Rolle spielen darf, ob ein Arbeitsertrag, ob der Beitrag zu unserem Volkseinkommen, von einer Aktiengesellschaft, von einer

**Dkfm. Bauer**

Ges. m. b. H., von einer KG, von einer offenen Handelsgesellschaft, von einem Gewerbetreibenden, von einem Freiberufler, von einem Landwirt oder von einem Unselbständigen erwirtschaftet wird. Und für alle diese Gruppen, die ich jetzt nur sehr global aufgezählt habe, gibt es zum Teil völlig unterschiedliche Besteuerungsformen, und kein Mensch kann mir eigentlich sagen, warum das so ist. Das hat sich halt so entwickelt. Das gebe ich schon zu. Aber es ist ja nirgends geschrieben, daß alles, was einmal besteht, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag so bleiben muß.

Wenn man sich diese 31 Steuern und Abgaben vor Augen führt und wenn man da versucht, ein bisserl hineinzuleuchten — ich habe es versucht —, dann wird man sehr bald erkennen, und ich räume ein, mir ist es auch so ergangen, daß sich nur mehr sehr, sehr wenige in diesem Steuerdschungel wirklich auskennen und daß es in diesem Steuerdschungel von Doppel- und Mehrfachbesteuerungen nur so wimmelt.

Innerhalb dieser Unzahl von Steuern und Abgaben gibt es wiederum eine Unzahl von Ausnahmen, Absetzmöglichkeiten und Hinzurechnungen auf der anderen Seite. Es ist also, mit einem Wort gesagt, ein Dickicht, das zu durchdringen, von ganz wenigen Fachexperten abgesehen, kaum noch möglich ist.

Es ist keine Frage, daß man sich mit so einem Steuersystem von der nötigen Steuergerechtigkeit und von der Steuergleichheit — das möchte ich auch ganz deutlich dazusagen — weit wegbewegt hat. Darum werden wir Freiheitlichen in diesem Hause und auch draußen nicht müde werden, darauf hinzuweisen, wie notwendig so eine Steuerreform ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe schon gesagt, daß wir auf Grund dieser Erkenntnis seinerzeit, in der Zeit der Minderheitsregierung als ersten Schritt eine Reform der Umsatzbesteuerung durchgesetzt haben. Wir haben damals auch noch verlangt, es möge als einer der nächsten Schritte eine Haushaltsreform, eine Budgetrechtsreform folgen. Wir haben damals gesagt, als nächsten Schritt wünschen wir uns eine Reform der Ertragsbesteuerung, als nächsten oder vielleicht auch gleichzeitigen Schritt eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer.

Unsere Konzepte, die Konzepte der Freiheitlichen Partei, der freiheitlichen Fraktion in diesem Haus dazu liegen am Tisch. Säumig ist die sozialistische Bundesregierung und ist der sozialistische Finanzminister.

Und all diese Versäumnisse zum Schaden unseres Landes, was ich, wie ich glaube, mit

einigen wenigen Beispielen nachgewiesen habe, und zum Schaden der Steuerpflichtigen in diesem Lande sind mit ein Grund, warum wir Freiheitlichen dem Kapitel Finanzen unsere Zustimmung nicht geben können. *(Beifall bei der FPÖ.)* <sup>12.27</sup>

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile es ihm.

<sup>12.28</sup>

Bundesminister für Finanzen Dr. **Salcher**: Herr Präsident! Hohes Haus! Es wäre ein unmögliches Beginnen im Rahmen eines Diskussionsbeitrages in der Budgetdebatte auf all die Vorschläge, Wünsche, Anregungen und Kritikpunkte einzugehen, die heute hier im Plenum besprochen wurden. So bitte ich um Verständnis, wenn ich nur auf einige wenige Hauptfragen eingehe. Zuerst möchte ich mich bedanken bei Herrn Präsident Sallinger, der mir Verständnis und Verhandlungsbereitschaft attestiert hat. Dieser Dank ist kein Lippenbekenntnis, denn ich glaube, es kommt in der Innenpolitik auf ein gutes Gesprächsklima aller Gruppen an, und zwar bei allen Unterschieden in den Auffassungen, in den politischen Zielsetzungen. Politischer Haß wäre sicherlich ein schlechter Ratgeber in Sachdiskussionen.

Aber auch wenn man Verständnis hat, auch wenn ein Gesprächsklima geschaffen werden konnte, stößt der Wille zur Realisierung von Wünschen und Vorschlägen immer wieder an Finanzierungsgrenzen. Der Bundesminister für Finanzen kann also nicht nur einen Vorschlag auf seinen Sinngehalt in einem Bereich beurteilen, er muß bei der Budgeterstellung darauf Rücksicht nehmen, daß die Einnahmen und Ausgaben in einem einigermaßen ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Dieses Gesprächsklima, das ich erwähnt habe, soll uns nicht daran hindern, unterschiedliche Auffassungen herauszuarbeiten und Widersprüche darzustellen.

In der heutigen Debatte ist mir ein sehr wichtiger ÖVP-Widerspruch immer wieder begegnet. Auf der einen Seite sagt etwa Herr Präsident Sallinger, das Budget sei kaum finanzierbar. Eine Sanierung der Staatsfinanzen sei notwendig, beklagte der Abgeordnete Sandmeier die Budgetpolitik insgesamt. Er sagte, es sei kein Sparbudget, das hier vorliegt. Auf der anderen Seite werden in derselben Diskussion immer wieder Wünsche vorgebracht, die — das habe ich nachgerechnet — summiert das Budget mit über 20 Milliarden Schilling zusätzlich belasten müßten.

**Bundesminister Dr. Salcher**

Auf diese Widersprüche will und muß ich immer wieder hinweisen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn man das Budget mit dem Willen zur Objektivität betrachtet, wenn man nicht Kritik nur um der Kritik willen betreibt, kann man vielleicht auch von der Opposition her gesehen am Bundesvoranschlag 1982 einige gute Seiten finden.

Ich bin der Meinung, daß das ein Budget zum Herzeigen ist. Ich würde Ihnen empfehlen, die Voranschläge... *(Abg. Anton Schlager: Unter der Tuchent!)* Herr Abgeordneter, es ist nicht meine Art, Politik unter der Tuchent zu machen. Vielleicht ist das Ihr Stil. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, das ist ein Budget zum Herzeigen. Die Abwicklung ist durchaus finanzierbar. Es zeigt sich doch, daß wir in Österreich auch budgetär weit manövrierfähiger sind als andere vergleichbare Staaten. Das soll man nicht außer acht lassen. Die Staatsfinanzen sind in Ordnung, denn ein Budget, das finanzierbar ist, ein Staatsschuldendienst, der bedienbar ist, pünktlich in voller Höhe, ein Budget, das wesentliche Wirtschaftsimpulse gibt, kann man doch nicht nachteilig beurteilen.

Ich gebe aber gerne zu, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es gewisse Anlässe zu Sorgen gibt. Wenn man die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen betrachtet, ist das beileibe kein Grund zum Jubel. Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Situation, die seit 1945 kaum in einem Jahr so schlecht war wie 1981 und wie sie 1982 sein wird. Die Leistungsbilanzentwicklung gibt Anlaß zur Sorge, weil wir ein strukturelles Defizit haben. Aber man muß trotz dieser Sorgen die Zahlen lesen und darauf verweisen, daß sich im Jahre 1981 diese Leistungsbilanz ganz wesentlich verbessert hat, insbesondere durch eine nicht unbeträchtliche Exportsteigerung, insbesondere durch eine beträchtliche Zuwachsrates im Fremdenverkehr.

Es ist zuzugeben, daß ein Budgetdefizit dem Finanzminister mehr Sorgen bereitet, als es ein Überschuß tun würde. Es ist zuzugeben, daß die Entwicklung der Finanzschuld, die zu bedienen ist, sicherlich nicht ohne Sorge betrachtet werden muß. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man Sorgen hat, muß man alles tun, um sie zu überwinden. Krankjammern nützt da nichts. Die Welt wird nicht von Jammerern und Pessimisten bewegt, sondern von Optimisten, die wis-

sen, welcher Weg einzuschlagen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Abgeordnete Sandmeier bezweifelt — ich habe nicht gezählt, wie oft, aber das Dutzend wird wahrscheinlich schon voll sein — zum zwölften Mal, daß dieses Budget ein Sparbudget sei. Ich bitte, Vergleiche anzustellen. Wenn man die Entwicklung der Rechnung 1981 mit dem Budget 1982 vergleicht und den Staatsschuldendienst aus dieser Berechnung vorläufig herausläßt, um einen Vergleich zu bekommen, dann zeigt sich: Der Ausgabenzuwachs ist niedriger als die nominelle Wachstumsrate, ist niedriger als die Inflationsrate. Wenn ein solcher Vergleich angestellt werden kann, so ist dieses Budget ganz einfach ein Sparbudget. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Sandmeier, beklagen, daß Anträge der ÖVP abgelehnt wurden, so möchte ich dazu nur sagen: Es ist halt unsere Art, Anträge zu prüfen und schlechte und wenig durchdachte abzulehnen. Das ist nun einmal in der Demokratie so. Aber die Parteieneinigung hat doch gezeigt, daß wir bereit sind, über zielführende Maßnahmen und Vorschläge nicht nur zu verhandeln, sondern uns auch zu einigen. Wenn dieser Beweis erbracht wird, so zeigt das, wie gut die Demokratie in Österreich funktioniert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Abgeordnete Sandmeier meinte, das soziale Netz sei nicht dichter geworden, aber wesentlich teurer. Er beklagte die Budgetbelastung aus dem Titel Soziales. Ich weiß nicht... *(Abg. Sandmeier: Habe ich nicht gesagt!)* Sie haben wörtlich gesagt: Das soziale Netz ist nicht dichter geworden, aber teurer. Ich habe mir das doch aufgeschrieben, Herr Kollege. *(Abg. Sandmeier: Ich habe nur gesagt, teurer ist es geworden, aber nicht besser!)*

Ich weiß nicht, ob Sie das Bundesgesetzblatt zur Hand nehmen und nachblättern, wie viele Sozialgesetze allein im Jahre 1981 beschlossen wurden, um soziale Härten auszugleichen, um mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Wenn Sie nachgelesen haben, dann erwarte ich von Ihnen eine Berichtigung der Behauptung, das soziale Netz sei nicht dichter geworden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber ich gebe schon zu, daß die Sozialleistungen etwas kosten. Betrachten Sie etwa die Pensionsversicherung der gewerblichen Wirtschaft, die allein im Budget 1982 mit einem Aufwand von fast 7 ½ Milliarden Schilling zu Buche schlägt! Betrachten Sie die Pensionsversicherung der Bauern, die über 6,7



**Bundesminister Dr. Salcher**

Milliarden Schilling kostet! Zusammen betragen allein diese beiden Bundeszuschüsse für die Selbständigen und die bäuerliche Pensionsversicherung 14,2 Milliarden Schilling. Das ist mehr als die Zuschüsse für die Arbeiter- und Angestelltenpensionsversicherung zusammen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Bund leistet mit diesen Zuschüssen drei Viertel des gesamten Pensionsaufwandes. Das sage ich jetzt nicht, um das den Bauern und den Selbständigen vorzuhalten. Aber man kann doch nicht so tun, als ob diese Steigerung der Sozialausgaben auf eine allzu „offenhändige“ Ausgabenpolitik der Bundesregierung zurückzuführen wäre.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn Sie von einem Budgetdefizit reden, so tun Sie etwas, was sicherlich bei einer karmalistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung richtig ist. Würden wir eine Unternehmensbilanz machen, so würden wir eine ganz ausgezeichnete Bilanz vorlegen, weil die Neuverschuldung wesentlich geringer ist als die Werte, die dieser Neuverschuldung gegenüberstehen, die neu geschaffen worden sind. *(Beifall bei der SPÖ.)* Wir sind, meine Damen und Herren, ganz einfach Jahr für Jahr als Republik Österreich reicher geworden.

Herr Präsident Sallinger hat sich dann auch mit der Beschäftigungslage befaßt. Ich habe vom Herrn Sozialminister heute die letzten Zahlen bekommen und freue mich, sagen zu können, daß die durchschnittliche Arbeitslosenrate 1981 den prognostizierten Wert von 2,4 Prozent erreichen, also halten wird. Österreich hat ein weiteres Jahr einen stolzen Vollbeschäftigungswert gehalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das, meine Damen und Herren, Hohes Haus, ist das Ergebnis einer Vollbeschäftigungspolitik, das ist das Ergebnis des erfolgreichen Wirkens aller Österreicherinnen und Österreicher, der Arbeiter, der Angestellten und der Unternehmer. Aber den Rahmen, den wir wirtschaftspolitisch vorgegeben haben, darf man dabei sicherlich nicht außer acht lassen.

Wenn man jetzt einen Ausblick macht auf das Jahr 1982, auf die Beschäftigungssituation, wenn man die etwas schlechteren Prognosen mit überlegt, so mache ich gleich vorweg ein Geständnis: Für einen Sozialisten ist ein Arbeitsloser schon zuviel. Wir zählen nicht zu jenen unmenschlichen Nationalökonomien, die von einer „gesunden Sockelarbeitslosigkeit“ reden. Wir werden uns dagegen wehren — mit konkreten Maßnahmen —, daß diese Prognosen eintreten, damit die Arbeitslosigkeit niedriger sein wird.

Sie werden es ja sehen in diesem Haus. Im ersten Quartal 1982 werden wir ein umfassendes Sonderprogramm zur Sicherung der Arbeitsplätze vorlegen; ein Programm, das weit über jene Einigungen hinausgeht, die zwischen den Parlamentsparteien in den letzten Tagen getroffen wurden.

Was die Investitionen anlangt — der Herr Abgeordnete Schmidt hat ja darauf hingewiesen —: Man liegt in Österreich mit den direkten und indirekten Investitionsförderungsmöglichkeiten an der Spitze. Es gibt kaum einen Staat, der mit uns vergleichbar ist. In den letzten zehn Jahren haben wir mit Japan und Norwegen die höchste Investitionsrate zustande gebracht. Der Herr Präsident Sallinger hat das ja auch anerkannt, indem er gesagt hat: Die Investitionsrate 1981 war gut, war überraschend gut, und das ist sicherlich auch dem Investitionsklima in Österreich zuzuschreiben.

Aber, so beklagte Herr Präsident Sallinger, die Eigenkapitalbasis werde verkleinert, die Eigenkapitalmöglichkeit werde genommen. Ich würde Ihnen empfehlen, Herr Präsident: Lesen Sie die Ausführungen des sicherlich nicht der SPÖ zugehörigen Wirtschaftsprofessors Knapp über die Gründe, warum die Eigenkapitalbasis verkleinert wurde. Einer der wesentlichen Gründe, so paradox das klingt, ist die große Möglichkeit der steuerlichen Investitionsförderung, wie Knapp schreibt, die exzessive AfA in Österreich. Da werden die Unternehmer angereizt, Investitionen zu tätigen, sie nehmen wegen dieser steuerlichen Begünstigungen in Kauf, daß ein höherer Fremdmittelanteil aufgenommen wird. Jetzt liegen die Hochzinsen über dieser Politik, und darum wird ab und zu zu Recht gesagt, die Eigenkapitalbasis sei kleiner geworden — aber als Ergebnis einer intensiven Investitionspolitik in unserem Lande.

Ich habe mit Interesse die sehr bemerkenswerten Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stix gehört. Wir stimmen völlig überein, daß man selektive Strukturpolitik noch stärker als bisher machen sollte. Die Beispiele, die Sie gebracht haben, sprechen für sich.

Ich war aber etwas konsterniert, als ich dann den Herrn Abgeordneten Bauer von der gleichen Partei hörte, der da meinte: Die beste Investitionspolitik wäre, wenn man dem Unternehmer möglichst viel von seinem Ertrag beließe. — Entweder selektive Investitionsförderung, also gezielt, oder nicht selektive Investitionsförderung nach Maßgabe der Vorschriften über die vorzeitige AfA, um ein Beispiel zu nennen: Beides zusammen geht in der Praxis sicherlich nur schwer.



**Bundesminister Dr. Salcher**

Einige Redner sind dann auf die Formel gekommen, die sozialistische Bundesregierung hätte die Wirtschaft mit dauernden Belastungen entscheidend geschwächt. Ich habe mein Gewissen erforscht und möchte jetzt beichten. Wir haben per 1. Jänner 1982 eine nicht unbeträchtliche Steuersenkung vorgenommen. Die Einkommen- und Lohnsteuer wurde gesenkt. Für Klein- und Mittelbetriebe wurde eine nicht unbeträchtliche Entlastung bei der Gewerbesteuer vorgenommen. Wo ist da eine Belastung ab 1. Jänner 1982? Natürlich haben wir eine ganz bestimmte Zielrichtung in dieser Steuerpolitik eingeschlagen. Vergleichen Sie bitte mit der Steuersenkung in den Vereinigten Staaten. Dort sind die gesenkten Steuern den Großverdienern zugute gekommen. Bei uns sind diese Maßnahmen abgezielt auf kleinere Einkommen, auf kleinere Betriebe, die sie besonders notwendig haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nächstes Jahr werden wir den Investitionsabsatzbetrag einführen, der paktiert ist. Das Steuerrecht, Herr Abgeordneter Bauer, ist also in ständiger Bewegung. Steuerreform ist nicht etwas, was man an einem Tag macht und dann abschließt. Steuerreform ist ein permanenter Prozeß.

Ich muß hier und heute, weil der Angriff von Ihnen, Herr Abgeordneter Bauer, auf die Steuerreformkommission so hart war, diese ausgezeichneten Fachleute in Schutz nehmen. Sie leisten ehrenamtlich in vielen freiwilligen Arbeitsstunden so ausgezeichnete Arbeit, daß man ihnen ganz einfach danken muß. Das ist ein Beweis einer freiwilligen Kooperation zwischen Fachleuten und dem Bundesministerium für Finanzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber wir stoßen bei dieser Steuerreform immer wieder an eine natürliche Grenze, die durch ein polares Verhältnis gekennzeichnet ist. Das polare Verhältnis ist einmal der Wunsch nach Einfachheit und zum anderen — das ist der andere Pol — der Wunsch nach Gerechtigkeit. Das gerechteste Steuersystem, meine Damen und Herren, wäre jenes, das auf die höchstpersönlichen Verhältnisse jedes einzelnen Steuerzahlers Rücksicht nimmt. Das wäre aber ungeheuer kompliziert.

All das, was Sie zu Recht beklagen, also daß dieses Steuerrecht etwas undurchschaubar wird, geht darauf zurück, daß dieses Steuerrecht sich so entwickelt hat, daß man immer wieder gewisse Ausnahmeregelungen als sinnvoll anerkannt und wieder einen neuen Ausnahmeparagraphen, wieder einen neuen Förderungsparagraphen gemacht hat. Schauen Sie sich diese Novellen an!

Jetzt schlägt dieses Steuerrecht — und das gebe ich gerne zu — in das Gegenteil um. Diese vielen Ausnahmen, die der Gerechtigkeit dienen, machen das Steuerrecht undurchschaubar und damit ungerecht, weil ein einfacher Mensch nicht mehr weiß, in welcher Art er seine Steuervorteile lukrieren kann. Deshalb wird die nächste Phase der Steuerreform auf Vereinfachung ausgehen. Aber bitte dann nicht zu klagen, wenn dieser Vereinfachung einige Vorteile zum Opfer fallen, bitte nicht zu klagen, daß das Steuersystem wieder ungerechter werde.

Hohes Haus! Die Summe von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, die wir im Budget vorsehen und die von der Förderung bis zur Insolvenzhilfe gehen, kann doch auch nicht als Belastungen der Wirtschaft bezeichnet werden. Gerade die Insolvenzhilfe zeigt, wie sehr die sozialistische Bundesregierung Verständnis für die Kleinen hat. Wenn nämlich bei einer Großinsolvenz, bei einem großen Konkurs der Dominoeffekt eintritt und viele Kleine „mitfallen“, ist das ein wirtschaftliches Unrecht. Wir sind dabei, ein ausreichendes Netz zu spannen.

Wir unterscheiden uns also von den Wirtschaftsdarwinisten, die da meinen, ein Konkurs sei etwas sehr Gutes, die Schwachen würden absterben, die Starken würden sich durchsetzen und dadurch gäbe es eine Strukturverbesserung. Das hört man in Kreisen, die der freien Wirtschaft sehr nahestehen.

Wir werden durch die Kapitalbeteiligungsgesellschaft Risikokapital zustande bringen, um die Strukturverbesserung, um die selektive Förderungspolitik, Herr Abgeordneter Stix, noch stärker als bisher durchsetzen zu können. Wenn ich mir aber in Erinnerung rufe, wie diese Maßnahmen letztlich von der staatsrechtlich-theoretischen Seite her beurteilt werden, dann wird mir angst und bang. Der Herr Präsident Sallinger etwa sagte: „an den Staat abführen“. Jeder der Oppositionsredner, der kritisiert hat, hat den Staat als etwas Negatives, als eine Art steuerfressenden Moloch dargestellt. Man geht dabei bewußt den Weg, daß man den Staat nicht mehr sieht als das, was er ist; eine Gemeinschaft aller Staatsbürger. Man geht den Weg, der die soziale Moral unterminiert, nämlich die Verantwortlichkeit jedes einzelnen für die Gemeinschaft. Ich bitte Sie, nicht ein Feindbild des Staates aufzubauen, sondern den Staat als Ausdruck einer solidarischen Gemeinschaft zu sehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich bitte, in diesem Sinne auch Maßnahmen zu sehen, die die Steuerhinterziehung einer kleinen Minderheit beseitigen sollen. Die

**Bundesminister Dr. Salcher**

Rechnungslegungspflicht als eine dieser Maßnahmen ist so administrierbar, daß beispielsweise jeder, der eine Registrierkasse hat, keinen Bleistift für eine solche Rechnung in die Hand nehmen muß. Wo es in der Praxis vielleicht Härten gibt, werden wir uns zusammensetzen, um diese Härten zu beseitigen. Aber von vornherein zu sagen, das sei wieder nichts, nährt den Verdacht, daß man ganz einfach nicht bereit ist, gemeinsam daranzugehen, die sozialrechtlichen und die steuerrechtlichen „Schwarzfahrer“ zur Nachzahlung zu zwingen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte noch auf viele Diskussionspunkte eingehen müssen, um eine umfassende Antwort zu geben. Ich wollte nur diese Hauptpunkte herausarbeiten, um zu sagen: Dieses Budget 1982 ist ein taugliches Mittel, den gemeinsamen österreichischen Weg auch in Zukunft fortzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)* <sup>12.51</sup>

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dittich. Ich erteile es ihm.

<sup>12.52</sup>

Abgeordneter Ing. Dittich (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Finanzminister, Sie haben eingangs Ihrer Wortmeldung wieder von den Weltproblemen gesprochen. Sie haben auch geschildert, wie wichtig für Sie jeder einzelne Arbeitsplatz ist. Sie gestatten mir, dann in einem speziellen Fall darauf hinzuweisen.

Ich glaube, Sie haben sehr einseitig nur von den Zuschüssen für die Selbständigenversicherung und für die Bauernversicherung gesprochen. Sie kennen ganz genau das Problem, das damit verbunden ist. Denn wenn sich jemand selbständig macht, ist er meistens schon an die 30 Jahre alt oder noch älter, und es kommt das Problem der Wechselversicherung sehr deutlich hinzu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit vielen Wochen und Monaten wogt nun in Österreich die Auseinandersetzung, wie denn die wirtschaftliche Situation tatsächlich beschaffen sei. Die Regierungspartei argumentiert mit Statistiken, vergleicht mit Vorliebe Zeitepochen und stellt abschließend immer wieder fest, daß, abgesehen von gewissen Schwierigkeiten, die allesamt natürlich weltweit sind, bei uns eigentlich alles in Ordnung sei.

Es kommt allerdings gelegentlich vor, daß sozialistische Spitzenfunktionäre, aber vor allem Spitzenfunktionäre des Österreichi-

schen Gewerkschaftsbundes die Lage so sehen und schildern, wie sie wirklich ist, und auch den Mut aufbringen, zur Schonung unserer Wirtschaft zu ermahnen, um, wie ich glaube, einen gewissen träumerischen Minister wieder auf den Erdboden herunterzuholen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dies kommt — wie gesagt — aber nur sehr gelegentlich vor. Ich möchte die Vertreter der Regierungspartei auffordern, viel mehr mit den Arbeitern, mit den Angestellten, aber auch mit jenen Menschen, die man als Unternehmer so gerne und so oft verteufelt, zu reden, mit jenen nämlich, die in Wahrheit die Hauptlast in diesem Staate tragen. Auch wenn manche von Ihnen das nicht gerne hören, so ist es doch die Wahrheit. Es sind die vielen Tausenden Klein- und Mittelbetriebe dieses Landes — natürlich mit ihren dort Beschäftigten —, die den wirtschaftlichen Aufschwung Österreichs bewirkt haben, die immer aufs neue Arbeitsplätze geschaffen und gehalten und die der Jugend genügend Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt haben.

Ich muß dazusagen, meine Damen und Herren, noch, weil wir in Wien heuer erstmals das Problem haben, daß wir etwa 700 junge Menschen, davon 500 Mädchen, bisher nicht im Berufsleben unterbringen konnten. Wir haben in Wien bis 1983 das Problem mit den geburtenstarken Jahrgängen im Unterschied zum übrigen Bundesgebiet, wo bereits im vergangenen Jahr ein Rückgang festzustellen war. Wir, die Vertreter der Wiener Wirtschaft, haben deshalb der Stadtverwaltung und den Sozialpartnern auf Landesebene Wien eine Art Brückenlehrgang vorgeschlagen, weil wir die jungen Menschen weg von der Straße und weg von dummen Gedanken bringen wollten. Wir wollen bei diesem Brückenlehrgang die jungen Leute schulisch etwas „aufpolieren“, um sie vor allem in das Berufsleben „schnuppern“ zu lassen.

Es ist bekannt, daß es etwa für Mädchen zwei Traumberufe gibt: zum einen der Friseur und zum anderen der Bürolehrling. Wir wollen versuchen, nach den Möglichkeiten, nach den persönlichen Veranlagungen den jungen Mädchen auch ein anderes Berufsbild schmackhaft zu machen, damit sie vielleicht einen anderen Beruf ergreifen.

Die Lehrpläne für diesen Brückenlehrgang wurden von unserem WIFI fix und fertig erarbeitet. Ich muß Ihnen zu meiner größeren Enttäuschung sagen, daß die ursprüngliche Begeisterung der Wiener Stadtverwaltung, hier mitzutun, sichtbar eingebremst wurde. Es hat allerdings diesen Dienstag Verhandlungen zwischen dem WIFI, dem BFI und der

**Ing. Dittrich**

Arbeitsmarktverwaltung gegeben, und zwar mit dem Ergebnis, daß die Kurse nun doch durchgeführt und die Kosten von der Arbeitsmarktverwaltung, dem WIFI und dem BFI übernommen werden.

Meine Damen und Herren! Die Stadt Wien hat abgelehnt. Wir, die Vertreter der Wirtschaft, haben diese Initiative gesetzt. Wir haben nicht locker gelassen, weil uns eben so viel an den jungen Menschen liegt. *(Beifall bei der ÖVP. — Präsident Thalhhammer übernimmt den Vorsitz!)*

Meine Damen und Herren! Die Stadt Wien war bereit, Hunderte Millionen Schilling kostenlos für General Motors zu geben, sie war aber nicht bereit, drei bis vier Millionen Schilling für diese Aktion, für diese betroffenen 700 jungen Menschen zu geben. Herr Minister, das ist das Problem, und da sehen Sie, wo die echten Arbeitsplatzsicherer sind! Das ist ein praktischer Fall. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, meine Damen und Herren, zurück zur wirtschaftspolitischen Realität. In der „Kronen-Zeitung“ vom 9. Dezember 1981 steht die Überschrift: „Milliarden-Spritze der Ölscheichs für unsere Wirtschaft“. Im Inneren dieses Blattes umreißt der Bundeskanzler diese politische Realität wie folgt — ich darf zitieren —: „Mit düsteren Worten umreißt dann der Kanzler den Ernst der Lage in Österreich: »Wir müssen die nächsten sieben Monate übertauchen. Besonders die Baukonjunktur hängt. Wenn es uns in den nächsten Monaten nicht gelingt, die Wirtschaft aus dem Tief herauszureißen, dann sehe ich wirklich schwarz!«“

Meine Damen und Herren! „... dann sehe ich wirklich schwarz“, so erklärte wörtlich Bundeskanzler Kreisky. Das ist die Wahrheit. So schaut die wirtschaftliche Situation wirklich aus. In welch krassstem Widerspruch steht diese Aussage des Bundeskanzlers zu vielen Debattenrednern besonders in den vergangenen Wochen hier im Hohen Haus.

Die Feststellung, dieses Eingeständnis des Bundeskanzlers ist sehr beachtlich. Es drängt sich aber dabei unmittelbar die Frage auf: Wieso ist es zu dieser Entwicklung gekommen? Ich kann Ihnen darauf die Antwort geben: Durch die Belastungspolitik, durch Ihre sozialistische Belastungspolitik, die mit dem 2. Abgabenänderungsgesetz einen Höhepunkt erreicht hat, wurde den Betrieben das so notwendige Eigenkapital entzogen. Denn, meine Damen und Herren — und das ist doch eine Signalwirkung —, jene Firmen, die 1974 und 1975 in der Rezession noch imstande

gewesen sind, ihre Beschäftigten zu halten, verfügen jetzt über keine Reserven mehr, diese beschäftigungsfreundliche Politik auch fortzusetzen.

Heuer wird es, wie wir wissen, in Österreich kein Wachstum geben. Und für das kommende Jahr — so die Prognosen — wird es ein Wachstum von maximal 1,5 bis 2 Prozent geben, und auch dann nur, wenn bis spätestens Jahresmitte 1982 mit einem Aufschwung zu rechnen ist.

Wir kennen jedoch alle die jüngsten deutschen Prognosen, die vor allem für die Bundesrepublik prognostizieren, daß erst etwa in der zweiten Hälfte 1982 mit einem Aufschwung zu rechnen sein wird. Wenn man dann noch den Verzögerungseffekt dazu nimmt, so glaube ich kaum, daß wir im kommenden Jahr mit einem spürbaren Aufschwung werden rechnen können. Ich habe erst heute die jüngste Prognose des Kieler Instituts für Weltwirtschaft vom 16. Dezember 1981 durchgelesen, die sehr, sehr pessimistisch ist, was die Konjunkturentwicklung 1982 für die Bundesrepublik betrifft.

Die Beschäftigtensituation, meine Damen und Herren, ist sehr, sehr ernst. In Wien schaut die Situation so aus, daß wir schwerpunktmäßig folgende Branchen sehr im argen finden:

Die Nummer eins ist, wie bekannt, die Bauwirtschaft. Wir haben Ende September 1981 bei allen unseren Betrieben eine Umfrage gemacht, mit dem Ergebnis, daß 47 Prozent der Firmen über sofort frei verfügbare Kapazitäten verfügten. Anfang Dezember 1981, das heißt, drei Monate später, ist dieser Prozentsatz von 47 auf 60 Prozent hinaufgeschneit. Das heißt, 60 Prozent der Wiener Bauunternehmungen verfügen über sofort frei verfügbare Kapazitäten.

Weitere große Probleme gibt es im gesamten Stahlbaubereich, bei den Elektroinstallateuren, bei den Aufzugfirmen und im Heizungs- und Lüftungsbau. In diesen Wirtschaftszweigen, meine Damen und Herren, wird es zu starken Freisetzen kommen. Wir kennen die letzten Prognosen, die von etwa 150 000 Arbeitslosen sprechen. Ich weiß nicht — in Anbetracht der mir bekannten Aussagen vieler Branchen —, ob es dabei bleiben wird.

Angeichts dieser Situation legen der Finanzminister und der Sozialminister immer noch ein Schäuferl an Belastungen für die Wirtschaft nach. Denn das letzte Bubenstück, meine Damen und Herren — ich kann es nicht anders bezeichnen —, ist die Rech-

10150

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Ing. Dittrich**

nungslegungspflicht ab einer Grenze von 500 S. Nicht genug damit, daß solche Rechnungen mehrwertsteuerkonform ausgestellt werden müssen — denken Sie nur an den Bereich des österreichischen Fremdenverkehrs! —, müssen diese Rechnungen auch noch sieben Jahre lang aufbewahrt werden. Stellen Sie sich diese Tausende Zettel vor, die zunächst einmal geordnet werden müssen, die archiviert werden müssen, die dann noch platzmäßig untergebracht werden müssen! Was das an zusätzlicher Belastung für unsere Klein- und Mittelbetriebe bedeutet!

Herr Finanzminister — er ist leider nicht herinnen —, ich muß Ihnen sagen: Durch diese Ihre Entscheidung kriege ich Angstzustände; Angstzustände deshalb, weil ich so etwa an die Zukunft denke und mir vorstelle, zu welch weiteren Schikanen für unsere Wirtschaft dieser Finanzminister in Zukunft noch fähig sein kann. Er ist erst sehr kurz in Wien; er ist von Tirol gekommen. Ich würde mich anbieten, ihm jederzeit die Möglichkeit zu geben, praktisch Wiener Betriebe mit mir zu besuchen, um ihn im konkreten auf die Situation aufmerksam zu machen und zu überzeugen, daß das eine derart ungeheure Belastung ist, was viele weitere Wochenstunden für unsere Betriebe bedeutet. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Diese Rechnungslegungspflicht ab diesen berühmten 500 S ist einmal mehr ein weiterer Beweis für die schreckliche Reglementierung, die Verbürokratisierung im gesamten öffentlichen und wirtschaftlichen Leben. Viele Stunden in der Woche müssen unsere kleinsten Unternehmen aufwenden, um den staatlichen Papierkrieg zu bewältigen, Leistungen, meine Damen und Herren, die nicht nur unbezahlt, sondern auch unbedankt bleiben. Und es steht außer Debatte, daß unsere kleinen Unternehmer 60 bis 70 Stunden in der Woche zu arbeiten haben — im Unterschied zu 40 Stunden der Unselbständigen.

Wenn der Herr Finanzminister nur mit der halben Energie, mit der er den Mittelbetrieben das Leben schwer macht, an das Problem der Pfuscherbekämpfung heranginge, meine Damen und Herren, dann hätten der Finanzminister ganz sicherlich wesentlich höhere Einnahmen, die Bevölkerung mehr Sicherheit und unsere Gewerbetreibenden mehr Aufträge. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir brauchen nicht mehr Fondsverwaltungen, Beiräte, Kommissionen, wir haben genug davon! Eine Wirtschaft, die nicht am Gängelband des Staates hängt, entfaltet sehr starke schöpferische Kräfte, aus denen der Staat und die Bevölkerung sehr viele Vorteile haben.

Die Wirtschaft braucht Sicherheit und die Wirtschaft braucht ein Klima des Vertrauens.

Aber das Wichtigste, meine Damen und Herren: Die Wirtschaft braucht Gewinne, denn Gewinnemachen ist sozial, und laufend Verlustemachen ist unsozial! *(Beifall bei der ÖVP.)* Und sie braucht diese Gewinne, um selbst über die notwendigen Investitionen entscheiden zu können, denn nur damit können sichere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Meine Fraktion ist daher der Meinung, daß es höchste Zeit ist, in dieser Wirtschaftspolitik einen Kurswechsel vorzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.08

**Präsident Thalhammer:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Landgraf. Ich erteile es ihm. *(Abg. Bergmann: Herr Staatssekretär! Ihren Minister interessiert das alles nicht! Nicht einmal bei der Schlußdebatte findet er es..., anwesend zu sein! — Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.)*

13.09

**Abgeordneter Landgraf (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das zwischen unserem Herrn Bundesparteiobmann Dr. Mock und dem Herrn Bundeskanzler getroffene Übereinkommen sehe ich als einen ersten Schritt in Richtung auf Anerkennung der Existenzbedürfnisse der mittelständischen Wirtschaft, vor allem aber auch der Tatsache, daß es die Klein- und Mittelbetriebe gewesen sind, die in den vergangenen Jahren die meisten Arbeitsplätze geschaffen und gesichert haben. Es ist dies wohl heute schon gesagt worden, aber ich komme noch einmal darauf zurück.

Von einem ersten Schritt auch zum Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik rede ich deshalb, weil noch viele weitere ähnliche Schritte gesetzt werden müßten, um die österreichische Wirtschaft wieder zurück auf Erfolgskurs zu führen.

Ich möchte dabei erinnern, daß diesbezügliche Vorschläge, Anträge der Österreichischen Volkspartei, eingebracht wurden. Ich erinnere, bitte, an das heute bereits zitierte Mittelstandsgesetz, ich verweise auf den Mock-Plan zur Sicherung der Arbeitsplätze oder etwa auf das Jungunternehmerförderungs-gesetz. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Welche hervorragenden Leistungen die mittleren und kleinen Betriebe in Sachen Arbeitsplatzsicherung erbracht haben, darf ich, der ich selbst aus der Fremdenverkehrswirtschaft komme, am Beispiel der Gastronomie und Beherbergungsbetriebe aufzeigen.

**Landgraf**

Im Jahre 1981 wurden in unseren Betrieben über 127 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Das sind um 3 500 Beschäftigte mehr als im Jahr zuvor. Ich glaube, das ist wirklich eine sehr beachtliche Leistung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ganz besonders, meine Damen und Herren, sind es die Betriebe dieser Branche, die wirtschaftspolitisch eine sehr wesentliche Rolle spielen, tragen sie doch mit der Erwirtschaftung der notwendigen Devisen für die weitgehende Abdeckung unserer negativen Handelsbilanz bei.

Ich erinnere, daß die Einnahmen aus dem Tourismus im vergangenen Jahr 84 Milliarden Schilling betrugen. Und selbst wenn man bedenkt, daß die reiselustigen Österreicher etwa 40 Milliarden Schilling wieder im Ausland ausgeben, kann doch immerhin mit 44 Milliarden Schilling als positivem Beitrag seitens der Fremdenverkehrswirtschaft gerechnet werden.

Gleichzeitig möchte ich betonen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft einen besonders niedrigen Importanteil aufweist, und weiters, daß die Investitionsbereitschaft — und das selbst unter schwierigsten Bedingungen — noch sehr groß ist und als Konjunkturstütze sehr wesentlich zum Positiven beiträgt.

Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen, die für unsere gesamte Volkswirtschaft gerade in schwierigen Zeiten von unschätzbarem Vorteil sind, sollte es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, daß der Fremdenverkehr alle notwendigen Hilfestellungen durch die Bundesregierung erhält *(Beifall bei der ÖVP)*, und das sowohl in ideeller — ich komme darauf noch zurück — als auch in materieller Hinsicht.

Meine Damen und Herren! Eine Krise im Fremdenverkehr ist wohl das letzte, was wir uns jetzt leisten können. Und Gott sei Dank, darf man feststellen, haben sich die Fremdenverkehrsbetriebe in der österreichischen Wirtschaft als am krisensichersten erwiesen.

Tatsächlich aber ist es mit der Unterstützung des Fremdenverkehrs durch die Bundesregierung außer im verbalen Bereich nicht sosehr weit her. Nach wie vor bestehen unzählige Probleme und Punkte, die für den Fremdenverkehr schwere und schwerste ernste Probleme aufwerfen.

Als Obmann der Sektion Fremdenverkehr der Handelskammer Oberösterreich und — das möchte ich auch sagen — aktiv nach wie vor als Gastwirt Tätiger möchte ich im Rahmen des Kapitels Handel daher heute zu eini-

gen Problemen aus dem Bereich des Fremdenverkehrs Stellung nehmen.

Es wurde heute schon betont, daß die internationale Konkurrenz in den letzten Jahren auch für den Fremdenverkehr immer härter wurde und angesichts der wirtschaftlichen Krisenzeichen europaweit fast zu einem Konkurrenzkrieg ausgeartet ist. Und daher sind die steuerlichen Belastungen, unter denen der Fremdenverkehr zu leiden hat, ganz besonders gravierend.

Ich habe mir für heute eine bildliche Darstellung vorbereiten lassen nur für den Bereich Getränkesteuer. Was diese Belastungen an Konkurrenzhindernissen für uns bedeuten, möchte ich Ihnen jetzt zeigen. *(Redner weist eine graphische Tafel vor.)* Wenn Sie sich das, bitte, anschauen: bei Bier und bei Wein; bei Bier die grauen Ziffern.

In der Schweiz wird das Bier mit 2,8 Prozent belastet, in Italien mit 13 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland mit 13,7 Prozent und in Österreich mit 31,7 Prozent!

Beim Wein — einem österreichischen Nationalgetränk —: In der Schweiz 2,8 Prozent, in Italien ... *(Abg. Dr. Schranz: Ist das etwas über die Alkoholkämpfung?)* Das ist die Getränkesteuer, Herr Abgeordneter! Ich komme schon noch darauf zurück. *(Zwischenruf der Abg. Helga Wieser.)* In Italien 8,3 Prozent, in Deutschland 3,7 Prozent, und jetzt passen Sie, bitte, auf, Herr Dr. Schranz, weil Sie das ganz besonders betrifft: in Österreich mit 28 Prozent! *(Abg. Graf: Der Landgraf ist nicht für den Alkoholismus, aber er lebt vom Verkauf; und das ist ein Genußmittel! Übertreiben Sie nicht! — Abg. Dr. Schranz: ... die Alkoholkämpfung hören! — Abg. Graf: Ja sicherlich, ich auch!)* Es ist ja nur ein Beispiel, und das ist nicht nur ... *(Abg. Graf: Man kann diese Dinge auch übertreiben, Herr Schranz! — Ruf: Der Gesundheitsminister hat...!)* Herr Dr. Schranz! Sie werden mir doch zugestehen, daß ich sachlich dazu argumentiere, und es sind auch Herren aus Ihren Reihen gewesen, die dazu Stellung genommen haben und zur Getränkesteuer ähnlich wie ich gesprochen haben! Also ich glaube, es ist nicht notwendig, daß Sie dazu noch etwas sagen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz.)*

Meine Damen und Herren! Auf's engste mit der Steuerproblematik verbunden ist aber auch das immer dringender werdende Problem der mangelnden Eigenkapitalbildung. Die steuerliche Aushöhlung der Betriebe führt zu einer alarmierenden Überkapitalisie-

10152

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Landgraf**

rung und damit zu einer fast nicht mehr verantwortbaren Verschuldung.

Die Verschuldung in der Fremdenverkehrswirtschaft hat sich in den Jahren 1975 bis 1981 de facto verdoppelt und beträgt heute knappe 40 Milliarden Schilling. Der internationale Konkurrenzdruck in Richtung ständiger Angebotsverbesserung und Qualitätssteigerung führt dazu, daß die Verschuldung ständig zunehmen muß. Und das deswegen, da uns das Eigenkapital vom Staat einfach weggesteuert wird.

Weiters: Das superhohe Zinsniveau trägt dazu bei, daß die Fremdenverkehrswirtschaft auf diesem Sektor in sehr arge Bedrängnis gekommen ist.

Herr Minister! Ich möchte zwischendurch etwas einfügen und Sie auch um etwas bitten: Wenn es dazu kommen sollte — wir vermissen das bis jetzt —, daß auf dem Sektor Bürges-Kredit die Zinsenstützungen angehoben werden, dann bitte ich Sie erstens einmal, darauf zu drängen, daß das ehestens geschieht, und ich bitte, auf jene Betriebe Rücksicht zu nehmen, Herr Minister, die bis jetzt bereits investiert haben, die Kredite aufgenommen haben, also sich Schulden aufgelastet haben. Diese Betriebe, Herr Minister, haben zu dem Zeitpunkt, als sie investierten, noch nicht mit dem hohen Zinsniveau rechnen können und sind jetzt diejenigen, die am meisten dadurch betroffen sind. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Daß ich hier keine Schwarzmalerei betreibe und nicht vielleicht, wie Sie mir vorwerfen könnten, Herr Dr. Schranz — Sie tun das ja so gerne —, Gruppeninteressen vertrete *(Abg. Dr. Schranz: Jetzt habe ich überhaupt nichts...!)*, geht daraus hervor, daß der gesamtösterreichische Fremdenverkehrstag 1980, der von Ihnen, Herr Bundesminister Dr. Staribacher, einberufen wurde, in zahlreichen Resolutionen einstimmige Forderungen an die Bundesregierung gerichtet hat. Das Element der Einstimmigkeit ist deswegen interessant und wichtig, meine Damen und Herren, da auch die Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund dafür gestimmt haben.

So sprach sich der österreichische Fremdenverkehrstag einstimmig dafür aus — ich darf jetzt zitieren —, daß die notwendigen Voraussetzungen zur verstärkten Eigenfinanzierung beziehungsweise Kapitalentlastung zu schaffen sind, weiters eine praktikable Handhabung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sowie — und das ist auch sehr wesentlich — eine Adaptierung der Sozialgesetzge-

bung an die Bedürfnisse des Fremdenverkehrs dringend erforderlich sind.

Es heißt weiters in Resolutionen: Die internationale Konkurrenzfähigkeit des österreichischen Fremdenverkehrs auf steuerlichem Gebiet muß wiederhergestellt werden. Dies gilt insbesondere — und jetzt kommt es, Herr Dr. Schranz — für die Getränkebesteuerung. Sie soll auf ein international übliches Maß zurückgeführt werden.

Ich wiederhole, Herr Dr. Schranz *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz)*: einstimmige Beschlüsse auch mit Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es heißt weiter: Der Wiederherstellung einer ausreichenden Eigenkapitalbildung ist Vorrang zu geben, und zusätzliche Steuerbelastungen sind für die Fremdenverkehrswirtschaft nicht mehr tragbar.

Auf dem Gebiet der Verwaltung — der Herr Präsident Dittrich hat hiezu sehr ausführlich Stellung genommen; auch dahin gehend, daß gerade auf diesem Gebiet die Betriebsinhaber sehr, sehr schwer belastet sind, daß sie eine unbezahlte Sonderleistung erbringen — wurde damals eine Vereinfachung gefordert. Dies sind einige einstimmig beschlossene Forderungen an die Bundesregierung. Geschehen ist auf diesem Gebiet bis heute sehr wenig. Herr Minister Dr. Staribacher! Dafür sind Sie verantwortlich. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte dazu noch sagen: Es ist besonders traurig, daß nicht etwa kapitalkräftige Multis, sondern kleine Familienbetriebe im Stich gelassen worden sind. In meinem Bundesland Oberösterreich sind mehr als drei Viertel aller Beherbergungs- und Gaststättenbetriebe fast reine Familienbetriebe. Die Menschen in diesen Betrieben, ganz besonders natürlich in Saisonzeiten, arbeiten mit Ausnahme einer kurzen Schlafpause praktisch rund um die Uhr. Das gilt natürlich besonders für die Saisonzeiten.

Österreichische Wirtinnen und Wirte haben heute eine Arbeitszeit, wie man sie nur mehr im landwirtschaftlichen Bereich annähernd finden kann. Es ist nicht übertrieben — ich kann selbst den Beweis antreten für meine Frau, für mich und für so viele Kolleginnen und Kollegen. Ein 16-Stunden-Tag im gastgewerblichen Bereich ist keine Seltenheit. *(Abg. Helga Wieser: Ohne dem geht es gar nicht!)*

Mit diesem persönlichen Arbeitswillen, dem beispiellosen aufopfernden Einsatz von Tausenden von Frauen und Männern in Fremden-

**Landgraf**

verkehrsbetrieben werden volkswirtschaftliche Werte geschaffen, ohne die es sicherlich in Österreich sehr, sehr schlecht stünde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang, Herr Dr. Schranz *(Abg. Bergmann: Da sagt der Schranz nichts mehr dazu!)*, möchte ich nur am Rande erwähnen und möchte ich Ihnen sagen: Bitte informieren Sie sich doch in Zukunft ein bißchen besser, bevor Sie diese Leier von Preisexzessen jedes Jahr wieder herunterspulen. Ich bin gern bereit, Ihnen nachher noch Prospekte zu geben. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz.)*

Aber eines möchte ich ganz klar und deutlich feststellen — und ich hoffe und glaube, daß mir da der Herr Minister sogar recht geben wird —: Diese Ihre Aussagen — die im übrigen nicht stimmen —, Herr Dr. Schranz, sind mindestens so fremdenverkehrsschädigend wie seinerzeit die Aussage des Herrn Bundeskanzlers, daß ihm Österreich zu teuer ist! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich darf ehrlich und aufrichtig feststellen: Herr Minister Dr. Staribacher! Sie waren in dieser Beziehung fair und Sie haben mehrmals in der Öffentlichkeit festgestellt, daß es um die Preisdisziplin der österreichischen Hotellerie- und Gastronomiebetriebe sehr gut steht.

Ich habe die Verwaltungsvereinfachung bereits erwähnt. Ich muß bedauerlicherweise feststellen, daß Sie, Herr Minister, ebenfalls keinen Schritt weitergekommen sind. Ganz im Gegenteil: Die heute bereits genannte Rechnungslegungspflicht ist ein neuerlicher Beweis dafür, daß Sie sich nicht durchsetzen konnten. Es tut mir leid, daß der Herr Finanzminister momentan nicht herinnen ist. *(Abg. Bergmann: Das interessiert ihn alles nicht!)* Denn wenn er nur einmal die Gelegenheit wahrnehmen könnte, in einem gastgewerblichen Betrieb, in einem Hotelleriebetrieb zu arbeiten, dann würde das wahrscheinlich ganz anders ausschauen.

Ich erinnere bitte an folgendes: Der Herr Landeshauptmann von Oberösterreich hat einmal bei einer Veranstaltung des Fremdenverkehrs festgestellt — und ich muß dazu sagen: er kommt aus dieser Branche, er ist ein Wirtesohn —: Man muß einmal selbst miterlebt haben, was in diesen Betrieben geleistet wird, um überhaupt mitreden zu können. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich bin überzeugt davon, meine Damen und Herren: Wenn der Herr Finanzminister nur einmal — nicht nur bei irgendeiner Gelegenheit, bei einer Festivität — ein bißchen länger

gezwungen wäre, in einem Fremdenverkehrsbetrieb, in einer Gaststätte zu arbeiten, dann wäre es viel eher möglich, glaube ich, daß wir auf dem Sektor Vereinfachung etwas erreichen.

Ein anderes Kapitel. Infrastrukturelle Maßnahmen tragen sicherlich sehr wesentlich zur Förderung des Fremdenverkehrs bei. Aus dieser Überlegung heraus, Herr Minister, ist für mich sehr, sehr schwer verständlich, wenn bisherige Vorschläge der Bundessektion Fremdenverkehr betreffend die Rücknahme des Luxussteuersatzes von 30 Prozent für die kurzfristige Vermietung von Segel- und Elektrobooten nicht angenommen wurden. Denn kein Mensch wird glauben, daß dieses Angebot ein Luxus wäre. Ich glaube vielmehr, daß es ein sportliches Angebot ist und von unseren Gästen sehr gern in Anspruch genommen wird. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zum Kapitel wirtschaftliche Landesverteidigung ganz kurz, Herr Minister — ich habe immer auch dazu einiges gesagt —: Ich darf feststellen, daß es sich bei diesen 280 000 S nur um eine Erinnerungspost handeln kann. Es kann damit nicht einmal das Notwendigste unternommen werden. Herr Minister! Das Abschieben von einem Ressort zum anderen — von Ihnen zum Verteidigungsressort, vom Verteidigungsressort zum Bundeskanzleramt und so weiter — erscheint mir wirklich nicht sehr verantwortungsbewußt.

Herr Minister! Jetzt sage ich Ihnen ein Beispiel, das zwar nicht aus Ihrem Ressort kommt, aber das so typisch dafür ist, wie die Verschwendungspolitik auch im Bereich der Verteidigung gehandhabt wird.

Ich habe eine Anfrage an den Herrn Verteidigungsminister gerichtet, ob es stimmt, daß bei einem Dienstgradabzeichen — und zwar handelt es sich um den Vizeleutnant — Änderungen vorgenommen wurden, die gar nicht notwendig waren, und wie hoch die Kosten für diese Änderungen waren. Meine Damen und Herren, hören und staunen Sie: Für so etwas hat man 3,5 Millionen übrig gehabt. Auf der anderen Seite fehlt es uns hinten und vorne.

Herr Minister! In Krisenzeiten — gerade jetzt erleben wir ja solche — ist die wirtschaftliche Landesverteidigung von besonderer Bedeutung. Es haben sich zahlreiche gastgewerbliche Betriebe beziehungsweise Beherbergungsbetriebe bereit erklärt in der momentanen Situation, Polenflüchtlinge aufzunehmen. Sicherlich bekommen diese Betriebe dafür eine Entschädigung. Aber es kommt immer wieder vor — und mir wird das

**Landgraf**

bekanntgegeben —, daß sich Verzögerungen bei der Auszahlung dieser Beträge ergeben. Ich ersuche Sie, Herr Minister, sich dafür einzusetzen, daß diese Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt werden und daß es zu einer kurzfristigen Auszahlung kommt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Noch etwas. Herr Minister! Nicht ahnend, welch tragische Entwicklung die Ereignisse in Polen nehmen werden, habe ich im Finanz- und Budgetausschuß im Hinblick auf die Beschäftigung von Ausländern an Sie die Frage gerichtet, ob Sie sich dafür einsetzen könnten, daß Polenflüchtlinge im Bereich des Fremdenverkehrs eingesetzt werden können. Wir haben im Bereich des Fremdenverkehrs einen Mangel an Arbeitskräften, insbesondere in jenen Bereichen, die von österreichischen Staatsbürgern kaum besetzt werden können. Hier, Herr Minister, könnten wir damit einem Bedürfnis unserer Betriebe Rechnung tragen, indem wir diese arbeitswilligen Menschen einsetzen. Ich glaube, wir könnten damit zugleich auch eine tiefst menschliche Tat setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiteres Problem, das mir als oberösterreichischem Abgeordneten besonders bemerkenswert erscheint, ist das der Heilbäder und Kurorte. Wir in Oberösterreich sind ein prädestiniertes Kurorte- und Heilbäderland. Der Fremdenverkehr in Heilbädern und Kurorten nimmt in Österreich eine bedeutende und in einzelnen Regionen sogar eine führende Position ein. Das gilt für den Inländerverkehr genauso wie besonders für den Ausländerverkehr.

Die Veränderung in der wirtschaftlichen Situation im In- und Ausland sowie vor allem die enormen Schwierigkeiten der Versicherungen auf dem Gesundheitssektor haben bereits zu spürbaren Auswirkungen beim Kurtourismus geführt. Finanzielle Restriktionen im Gesundheitswesen in unserem Haupteinzugsgebiet, nämlich der Bundesrepublik Deutschland, haben vielen österreichischen Heilbädern und Kurorten starke Einbußen gebracht.

International nimmt die Konkurrenz auf diesem Gebiet zu. Bitte verstehen Sie mich jetzt nicht falsch, wenn ich sage: Wir sind sicherlich nicht gegen die Reisefreiheit, ganz im Gegenteil: Der österreichische Fremdenverkehr lebt weitestgehend davon. Aber wir sind der Auffassung, daß man die Auslandsreise nicht finanziell subventionieren soll. Eine solche Subvention liegt aber vor, wenn österreichische Sozialversicherungen für Kuren im Ausland Kostenzuschüsse geben.

Das ist ein Luxus, Herr Minister, den wir uns sicherlich nicht mehr leisten können.

Zum Abschluß kommend, Herr Minister, darf ich feststellen: Sie haben im Bereich Ihres Ministeriums sehr engagierte Mitarbeiter, deren Tätigkeit in ganz Österreich wirklich geschätzt wird. Ich habe nur eine Anregung in diesem Zusammenhang: Wie ich höre, sind nicht genügend Mittel bereitgestellt für Reisen Ihrer Beamten. Die Beamten hätten sicherlich eine sehr wichtige Aufgabe mit Reisen in die Bundesländer zu erfüllen. Diese Mittel scheinen nicht vorhanden zu sein. Ich bitte Sie — bei aller Anerkennung Ihrer Sparsamkeit —, vielleicht eine Umschichtung vorzunehmen, damit das in Zukunft besser ausgenützt werden kann.

Ich möchte aber die Gelegenheit wahrnehmen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich der Sektion Fremdenverkehr des Ministeriums und ganz besonders Herrn Sektionschef Jagoda und Herrn Ministerialrat Würzl sehr herzlich zu danken, und das im Namen aller in der Fremdenverkehrswirtschaft Tätigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte von dieser Stelle aus aber ganz besonders in Anerkennung der so bedeutenden Leistungen für Österreichs Wirtschaft, und zwar als wahre Träger des österreichischen Fremdenverkehrs, allen Mitarbeitern in unseren Fremdenverkehrsbetrieben, allen Frauen und Männern, die selbständig in diesen Betrieben tätig sind, und ganz besonders allen Wirtinnen, herzlich von hier aus mein Danke sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Ich darf zum Abschluß feststellen, daß Sie sich ohne Frage um den österreichischen Fremdenverkehr bemühen und daß Sie Verständnis für unsere Belange zeigen, allerdings können Sie sich offensichtlich innerhalb der Regierung bei der Realisierung vieler notwendiger Maßnahmen nicht durchsetzen. Herr Minister! Nur ein Beispiel, das mir aufgefallen ist — es kommt nicht unmittelbar aus dem Bereich des Fremdenverkehrs —:

Ich habe am 1. 12. 1981 im „Kurier“ unter der Überschrift „Steuer zum Tag“ folgendes gelesen — und ich darf zitieren —:

Was der Handelsminister austellt, holt sich der Finanzminister wieder zurück. Das kann auch die Firma IGM aus Wiener Neustadt bestätigen, die gestern 100 000 S als Staatspreis für Innovation bekam.

Und jetzt kommt es: Leider ist der Preis nur die Hälfte wert, giftet sich sogar Happy Peppi Staribacher. Auch er konnte nicht verhindern, daß die Finanz davon 50 000 S sofort als



**Landgraf**

Steuer wieder kassiert. — Das ist nur ein weiterer Beweis.

Ich darf abschließend sagen: Die Bundesregierung hat trotz der enormen Bedeutung und Leistung der Fremdenverkehrswirtschaft den berechtigten Forderungen zu wenig Rechnung getragen, und auch für 1982 finden sich die Rahmenbedingungen zur Existenzsicherung nicht ausreichend vor.

Aus diesem Grund wird die ÖVP diesem Budgetkapitel nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.33

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Heindl. Ich erteile ihm das Wort.

13.33

Abgeordneter Dr. **Heindl** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei Ihrem Schlußsatz, Herr Kollege Landgraf, ist mir wieder eingefallen, was Minister Salcher vor einer Stunde gesagt hat. Es geht um den Widerspruch in Ihrer Argumentation.

Zehn Minuten lang haben Sie fairerweise davon gesprochen, wie gut Minister Staribacher und seine Beamten gearbeitet haben. Damit Sie dann aber am Schluß eine gewisse Pflichterfüllung nachweisen, begründen Sie, daß das so schlecht sei, was heuer wieder vorbereitet wird, und deswegen lehnen Sie ab.

Ich frage mich wirklich: Ist so etwas notwendig — nur gefragt —, wenn man glaubwürdig sein will? — Sie haben nämlich sonst im großen und ganzen viele Dinge gesagt, die stimmen. Auf einzelne Dinge, wo ich anderer Auffassung bin, darf ich noch eingehen. *(Zwischenruf des Abg. Kern.)* Bitte, Herr Kollege Kern? *(Abg. Kern: Stimmt haargenau, was er gesagt hat!)* Das stimmt sehr genau? — Die Hälfte ist ja nicht wahr! Sie haben nicht genau zugehört, Herr Kollege Kern. Sie hören immer nur das, was Sie gern hören wollen. Sie haben bitte das andere nicht gehört. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es ist heute wirklich ein angenehmes Gefühl gewesen, einmal mehr dem Präsidenten Sallinger zuzuhören, weil er in seiner Art, wie er die Dinge dargelegt hat, doch gezeigt hat, daß er als Repräsentant der Wirtschaft im Rahmen der Österreichischen Volkspartei eine konstruktive Betrachtung *(Abg. Kern: Konstruktive Opposition!)* — eine konstruktive Betrachtung — an den Tag legt. Es ist sicher erfreulich, daß er in diesem Zusammenhang mit dem Ausspruch, daß er stolz auf die österreichische Wirtschaft ist, sicher alles, was damit zu

tun hat, gemeint und zum Ausdruck gebracht hat. Das ist überhaupt keine Frage. *(Zwischenruf des Abg. Anton Schlager.)* Bitte? *(Abg. Anton Schlager: Auf die Regierung ist er nicht stolz!)* Ich kann Ihnen sagen, lieber Kollege: Sie sollten bei manchen Gesprächen dabei sein, wo manches anders klingt. Aber das gehört vielleicht nicht hierher, das würde Ihnen zu weh tun. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Der Herr Präsident Sallinger hat drei Schwerpunkte genannt, die Problembereiche sind beziehungsweise die wichtig sind bei den Kapiteln Handel und Finanzen, die da ineinanderfließen: Beschäftigung, Außenhandel und Investitionen.

Ich möchte mich gerade auch mit Außenhandelsfragen etwas mehr beschäftigen, weil ohne Zweifel Österreich als extrem außenhandelsabhängiges Land auf diesem Gebiet nicht nur eine gute Entwicklung genommen hat, sondern ohne Zweifel die Kooperation auch entsprechend funktioniert. Ohne Zweifel ist es aber so, daß auch wir alle mit Präsident Sallinger natürlich feststellen müssen, daß die immer stärker um sich greifenden Rezessionserscheinungen auch vor unserer Exportwirtschaft natürlich nicht haltmachen. Es ist ebenso Tatsache, daß die anhaltende Konjunkturschwäche auf den meisten österreichischen Auslandsmärkten die bis zum Sommer überdurchschnittlich gute Entwicklung auf dem Exportsektor gedämpft hat. Die Kombination von Erdölpreisentwicklung und Dollarkurssteigerungen belastete unsere Leistungsbilanz erheblich. Betrachtet man die jüngsten Ergebnisse der Entwicklung, so zeigt sich eine Verbesserung der Handelsbilanz im heurigen Jahr. In den ersten zehn Monaten war bei den Einfuhren eine Steigerung nur um 5,5 Prozent, bei den Ausfuhren eine solche um 10,6 Prozent zu registrieren.

Das Defizit in der Warenverkehrsbilanz betrug rund 5 Milliarden Schilling, das heißt um etwa 6,6 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Durch den stärkeren Anstieg der Exporte hat sich auch die Deckungsquote verbessert. Bis Oktober des heurigen Jahres betrug sie 74,1 Prozent, das ist eine Verbesserung um 4,6 Prozent gegenüber 70,7 Prozent im Vorjahr. Ein Großteil des österreichischen Außenhandelsbilanzpassivums — ich habe das vor zwei Tagen bei der Debatte im Zusammenhang mit Energiefragen schon gesagt — wird durch die Erdöl- und Erdölproduktimporte — nämlich fast 50 Prozent — verursacht. Im Zeitraum des heurigen Jahres, in den ersten zehn Monaten, also von Jänner bis Oktober, mußten allein

10156

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Dr. Heindl**

37 Milliarden Schilling für Erdöl und Erdölzeugnisseinfuhren ausgegeben werden, obwohl in diesen zehn Monaten, meine Damen und Herren, ein mengenmäßiger Rückgang um 783 000 Tonnen registrierbar war. Aber die Preise stiegen eben um 35,9 Prozent.

Ich bitte Sie: Verstehen Sie daher unsere manchmal penetrant wirkende Art, am Weg der Substitutionspolitik weiterkommen zu wollen, weil wir eine Entwicklung sehen, die nur kanalisierbar ist, wenn wir endlich den Weg aus dem Öl in den verschiedensten Bereichen, wo es besonders weh tut, bewerkstelligen können. Wir wissen, daß wir das nur mit Ihnen können. Aber wir sagen auch dazu: Auch wenn wir es alleine könnten, wollen wir das mit der Wirtschaft machen, weil wir eben genau wissen, daß es allein mit Gesetzen nicht geht. Ich weiß mich mit meinem Kollegen König durchaus einer Meinung, daß wir eine Bewußtseinsituation auch in den Betrieben schaffen müssen, damit wir das Problem in den Griff bekommen.

Die verbesserte Handelsbilanz in Verbindung mit einer Zunahme der Reiseverkehrnettoeinnahmen um rund 3 Milliarden Schilling, das sind 8 Prozent plus, auf 39 Milliarden Schilling halbierte nahezu das erweiterte Leistungsbilanzdefizit auf 10,8 Milliarden Schilling. Im vorigen Jahr waren es im Vergleichszeitraum noch 19,2 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Das ist ohne Zweifel eine erfreuliche Entwicklung, ich befürchte aber, daß sie leider nur kurz- oder mittelfristig sein wird. Aus Marktanteilsbetrachtungen der OECD, die auch Prognosen für die Jahre 1981 und 1982 beinhalten, läßt sich ablesen, daß Österreich schon heuer einen Spitzenplatz bei der Entwicklung des Industriewarenexportes einnimmt und 1982 bei mittelfristiger Betrachtung das größte Wachstum aller Industriestaaten aufweisen wird, nämlich zirka 14 Prozent plus.

Meine Damen und Herren! Bei all den negativen Dingen, die wir zurzeit registrieren müssen, sind das sicherlich erfreuliche Tatsachen, insbesondere wenn man sie in Relation zu einem Problem sieht, das nicht nur Österreich, sondern viele westliche Industriestaaten in letzter Zeit betrifft, nämlich die ständige Angst vor Japan, japanischen Produkten und dem japanischen Export. Die meisten registrieren wahrscheinlich nicht, daß es Österreich als einzigem Land der Welt gelungen ist, in den letzten sechs Jahren, und zwar im Durchschnittszeitraum von 1975 bis heuer im Herbst, in unserer Exportwirtschaft real mehr Steigerung zu erwirtschaften als die Japaner. Bei den Japanern betrug der jährli-

che Durchschnitt 2,5 Prozent, bei uns 3,2 Prozent.

Meine Damen und Herren! Es kann nicht schlecht sein, wenn solche Dinge, die weltweit zum großen Problem geworden sind, bei uns meisterbar sind und wenn wir in der ohne Zweifel enormen Konkurrenzsituation auf den Weltmärkten mit unseren Betrieben, mit unseren Leistungen bestehen können.

Es ist daher auch kein Zufall, wenn im August bei Erhebungen festgestellt werden konnte, daß für die Industrie die Auftragsbestände aus dem Ausland heuer um 46,7 Prozent und die Auftragseingänge um 33,7 Prozent über dem Vorjahrsniveau gelegen sind. Die Maschinen- und Stahlbauindustrie verzeichnete sogar Werte von plus 83,8 Prozent beziehungsweise plus 12 Prozent.

Meine Damen und Herren! Es ist daher nicht utopisch, wenn Generaldirektor Apfalter vor kurzem in einem Interview gesagt hat: Jawohl, wir haben noch Probleme, wir müssen sie kurzfristig meistern, aber in der fernen Zeit sehe ich wieder Land, denn hier spielen eben diese Entwicklungen hinein, die ohne Zweifel auf eine Umstrukturierung in weiten Bereichen unserer Stahlindustrie zurückzuführen sind.

Die Außenhandelsituation, die ohne Zweifel für uns — da stimme ich mit Präsident Sallinger hundertprozentig überein — der Eckpfeiler unserer Wirtschaftspolitik geworden ist, ist kein Zufall. Es wird auch anerkannt, daß das hervorragende staatliche Förderungsinstrumentarium ohne Zweifel einen wesentlichen Beitrag hiezu gebracht hat.

In diesem Sinne ist auch die heurige Novellierung des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrförderungs-Finanzierungsgesetzes unter Beibehaltung der bisherigen Prinzipien zu betrachten, und man sieht, wie kurzfristig diese Neuregelungen wirken, denn sie werden sehr stark in Anspruch genommen. Zum Beispiel wurden 1980 8 900 Garantie- und Wechselbürgschaftsverträge mit einem Volumen von über 82 Milliarden Schilling registriert. Das sind rund 40 Prozent aller österreichischen Exporte.

In diesem Zusammenhang einige Gedanken zur Streuung unserer Exportwirtschaft, die ohne Zweifel eine gewisse EG-Lastigkeit hatte. Aber hier ist es auch in den letzten Jahren gelungen, eine bessere Verteilung zu erreichen. Die Entwicklung, wie wir sie im EG-Raum beobachtet haben — speziell im heurigen Jahr —, ist sehr zu begrüßen. Die Importe aus den EG-Ländern sind von Jänner bis Oktober um 2 Prozent zurückgegangen,

**Dr. Heindl**

die Exporte hingegen um 5 Prozent gestiegen. Dies bedeutet, daß sich das österreichische Handelsbilanzdefizit damit um 14 Prozent verringert hat.

Ähnlich günstig ist die Entwicklung bei den EFTA-Staaten. Ungünstig — das muß man registrieren — ist die Situation im Handel mit der Sowjetunion. Aber da spielen die starken Importe von Gas und Öl natürlich eine Rolle. Hinsichtlich der OPEC-Staaten ist trotz der gestiegenen Ölpreise eine erfreuliche Entwicklung zu beobachten, was sicherlich auch darauf zurückzuführen ist, daß eine starke Politik seitens der österreichischen Regierung hier in den letzten Jahren Platz gegriffen hat.

Meine Damen und Herren! Nun noch einige Worte zum Fremdenverkehr, der mit Recht von einigen meiner Vorredner hier angeschnitten worden ist.

Es ist eine Tatsache, daß die hervorragende Bedeutung des österreichischen Fremdenverkehrs seitens der Regierung in ihrer Politik Berücksichtigung gefunden hat. Daß das notwendig und richtig war, ergibt sich aus der Tatsache, daß einschließlich des Binnenreiseverkehrs 1980 rund 10,7 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts durch die touristische Nachfrage indiziert worden sind. Dieser Wert ist langfristig beträchtlich und fast kontinuierlich gestiegen. Betrug der Anteil in den sechziger Jahren noch um die 9 Prozent, so stieg er in den siebziger Jahren auf über 9,8 Prozent. Er lag 1979 bereits bei 10,4 Prozent. Österreich ist damit zum fremdenverkehrsintensivsten Land geworden.

Hinter diesen Erklärungen oder Überlegungen steht natürlich etwas, was für unser Land noch wesentlich bedeutender ist, nämlich daß der Fremdenverkehrsanteil regional enorme Bedeutung erlangt hat. Zum Beispiel beträgt in Tirol der Fremdenverkehrsanteil rund 45 Prozent am regionalen Bruttoinlandsprodukt, gefolgt von Salzburg mit 29 Prozent, Vorarlberg mit 22 Prozent und Kärnten mit 19 Prozent. Diese vier Bundesländer allein bewerkstelligten 1980 74 Prozent der Gästenachtigungen und damit zirka 83 Prozent unseres gesamten touristischen Exportes, wenn man das so sagen darf.

Der Fremdenverkehr — das wurde auch schon erwähnt, aber ich darf ein paar Überlegungen, die hiezu gemacht worden sind, oder ein paar Untersuchungen anführen — ist besonders arbeitsplatzschaffend. Eine Analyse, und zwar eine Input-Output-Analyse aus dem Jahre 1976, hat ergeben, daß pro 1 Million Schilling Nachfrage im Ausländerfrem-

denverkehr 3,15 Prozent Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist in keiner anderen Branche so stark. Die Exportwirtschaft folgt mit nur 3,05 Prozent, der private Konsum mit 2,5 Prozent und Investitionen sonstiger Art mit 2,7 Prozent. Hier sehen wir die enorme arbeitsplatzschaffende Bedeutung der touristischen Branche insgesamt.

Meine Damen und Herren! Gerade in dem Zusammenhang muß man die Politik, die Staribacher gemacht hat, sehen, nämlich im Rahmen seines 10-Jahres-Fremdenverkehrsprogramms, das vorzeitig erfüllt und bereits von einem zweiten abgelöst worden ist, weil es in verschiedenster Hinsicht wirkt. Es wirkt nicht nur arbeitsplatzschaffend, es wirkt auch entsprechend stark wertschöpfend. Was besonders wichtig ist und was, wie ich glaube, mit einer der Gründe ist, warum die österreichische Situation so ganz anders ist in der heutigen krisenhaften Zeit in Europa: Der Fremdenverkehr hat eine erhebliche regionale einkommensausgleichende Wirkung. Dank dieser räumlichen Ausgleichsfunktion sind in Österreich die regionalen Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen wesentlich geringer als in vielen anderen Ländern. Es spielt sicherlich mit herein, daß bei uns das soziale Klima ein entsprechend anderes ist. Das ist mit einer Voraussetzung, warum man gerne nach Österreich fährt oder auch gerne mit diesem Land Handel treibt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum räumlichen kommt der personale Einkommensausgleich noch hinzu, denn die Erlöse aus dem Fremdenverkehr verteilen sich im Gegensatz etwa zur Exportwirtschaft auf eine große Zahl kleinerer und mittlerer Betriebe.

Hier einige Worte zur permanenten Kritik, diese Regierung hätte kein Verständnis für Klein- und Mittelbetriebe. Ich darf Ihnen eines sagen: Nennen Sie mir eine Regierung, nennen Sie mir einen Minister in allen beiden Republiken, der mehr getan hat für diese Klein- und Mittelbetriebe und für die dort Tätigen als Minister Staribacher! Nennen Sie mir einen! Ich werde es gerne akzeptieren, wenn Sie das in einem ehrlichen und ehrenhaften Vergleich diskutieren. *(Abg. Dr. Mock: Ich kann Ihnen vier nennen!)*

Sie können doch nicht hergehen und sagen: Die Regierung hat kein Verständnis, den Staribacher vergessen wir ein bisserl, der tut zuviel, der paßt nicht in dieses Programm hinein. *(Zwischenruf des Abg. Westreicher.)*

Herr Kollege Westreicher! Sie wissen besser als jeder andere in Ihrer Fraktion, wie intensiv bei jedem einzelnen Klein- und Mit-

**Dr. Heindl**

telbetrieb, wenn es ein Problem gibt, der Minister mit seinen Beamten tätig geworden ist. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Westreicher: Heute oder gestern haben wir die Belegzettel beschlossen!)* Das ist ja die Tatsache, Herr Kollege Westreicher.

Ich bitte, welcher Minister will die Klein- und Mittelbetriebe ausbeuten? Was wäre das für eine Politik, Herr Kollege Westreicher? Welcher Industriebereich — ohne daß man das jetzt abwertend gegen die dort Tätigen sagen will — hat eine solche Entwicklung genommen, für wen wurde so viel im Detail gemacht? Jawohl, die dort Tätigen haben diese Politik mit gemacht, ohne sie wäre es nicht möglich. Aber es ist heute hier schon gesagt worden: Ohne die Rahmenbedingungen, die geschaffen worden sind, wäre es ebensowenig möglich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie wissen genau, Herr Kollege Westreicher, als Staribacher mit seinem Qualitätsprogramm 1970 gekommen ist, hat die Kritik geheißen: Die Eingriffe, was soll das alles; man will dem kleinen Gastwirt vorschreiben, wozu? Heute wissen Sie, daß das der größte Erfolg war, daß das notwendig war, um in Österreich die Änderung der touristischen Infrastruktur herbeizuführen, sodaß wir heute zum Fremdenverkehrsland Nr. 1 geworden sind.

Das war kein Zufall. Das war eine ganz konkrete Politik mit vielen, vielen tausend Einzelmaßnahmen. Da sagt man, für die Klein- und Mittelbetriebe geschehe nichts?

Noch nie wurden in einem Zeitraum von zehn Jahren in diesem Land Zehntausende, vielleicht sogar Hunderttausende Einzelanträge für Kreditunterstützungen gewährt. Noch nie wurde eine solche Fremdenverkehrswerbepolitik betrieben, und zwar in so konzentrierter, in so spezifischer Form. Haben Sie doch die Courage, sagen Sie das, was Sie anderswo bei Tagungen vertreten, auch hier! Warum genießen Sie sich, die Wahrheit zu sagen? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Seien wir doch froh darüber!

Kollege Landgraf kommt her und kritisiert die sogenannte Verwaltungskompliziertheit. *(Abg. Kern: Vorhin haben Sie gesagt, daß er sehr gut gesprochen hat!)* Er hat kritisiert im einzelnen. Ich habe Ihnen ja gesagt, der Widerspruch liegt darin, daß er sagt, einzelne Dinge seien in Ordnung, aber insgesamt ablehnt. Das ist der Widerspruch.

Aber Herr Kollege Kern, Sie verstehen vom Fremdenverkehr nichts. Ich akzeptiere alles, was Sie im agrarischen Bereich sagen,

aber diskutieren Sie nicht beim Tourismus mit. *(Beifall bei der SPÖ.)* Überlassen Sie das Ihren Kollegen aus den westlichen Bundesländern. Die können exzellente Experten abgeben, glauben Sie mir.

Zum Thema Verwaltungsvereinfachung ein offenes Wort. Sie wissen, Herr Kollege Westreicher, bereits vor einigen Jahren gab es zum ersten Mal im Zusammenhang mit der Getränkesteuer und ähnlichen Verwaltungsvereinfachungen die Idee, da müsse etwas geschehen dem Prinzip nach. Der damalige Finanzminister hat gesagt: In Ordnung, macht uns Vorschläge, setzen wir uns zusammen, versuchen wir eine Regelung!

Ich bedaure mit Ihnen, daß es bis heute nicht gelungen ist, im Zusammenhang mit diesen vielen kleinen Steuerfragen für den einzelnen eine Regelung zu finden.

Ich teile Ihre Auffassung, daß man hier weiterkommen muß. Aber tun Sie nicht so, als sei das nur die Schuld des zuständigen Ministeriums oder des Ministers. Alle miteinander haben bisher nichts Besseres gefunden, und das ist das Problem, weil wir eben ein Bundesstaat sind, in dem es Gemeinde-, Landes- und Bundesinteressen gibt. Hier den richtigen Ausgleich zu finden, das ist das Problem. Aber tun Sie nicht so, als sei das nur ein Problem des Finanzministers, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Zum Thema Verwaltungsvereinfachung muß auch folgendes gesagt werden: Seit Jahren bemühen sich die Experten und die Beamten in den zuständigen Ressorts, die ohne Zweifel in großer Zahl vorhandenen Förderungsmaßnahmen zu vereinfachen. Es ist immer wieder Schritt für Schritt eine Verbesserung erreicht worden. Sicherlich wird es neuerlicher Verbesserungen bedürfen. Aber heuer ist es endlich — seien wir doch froh darüber — gelungen, wirklich eine Vereinfachung der Anträge zu entwickeln und damit viele formalistische Kleinigkeiten und Probleme für den kleinen Antragsteller zu beseitigen. Das sind doch Erfolge, die als Verwaltungsvereinfachung zu bezeichnen sind, und jede Vereinfachung mehr kostet weniger Arbeit und bietet dem in der Touristenbranche Tätigen natürlich mehr Möglichkeiten zum Einzelengagement. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Herr Kollege, auch darüber wird man diskutieren können. Das ist überhaupt keine Frage. Sie wissen genau, daß Minister Staribacher in seinem Bereich jede Anregung prüft und — wenn sie halbwegs sinnvoll ist — auch durchsetzt. Sie müssen mitarbeiten,

**Dr. Heindl**

man muß sich das überlegen, und es hat sicherlich einen Grund gegeben, warum. *(Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wenn etwas in Kraft tritt in Österreich, kann man über alles reden. Herr Kollege, Sie wissen das. Man wird auch darüber noch zu diskutieren haben.

Hinsichtlich der Bettenauslastung darf ich noch einige Anmerkungen machen, die interessant sind, und zwar auch im Zusammenhang mit der Qualitätsförderungs politik, die seitens der Regierung gemacht worden ist. Es zeigt sich ganz deutlich, daß die Kategorien der besseren Qualität — das sind die Kategorien A 1, A und B — eindeutige Verstärkungen in ihren Belagsziffern melden können und daß wir im C- und B-Bereich sowie auf dem Privatquartiersektor eine Verminderung haben.

Ebenso erfreulich ist, daß die durchschnittlichen Tagesausgaben des ausländischen Gastes in Österreich gestiegen sind. All das hat natürlich dazu geführt, daß es uns gelungen ist, auf dem Devisensektor Verbesserungen zu bringen.

Abschließend zum Thema Fremdenverkehr, meine Damen und Herren: Seien wir froh, daß sich gezeigt hat, daß die oft befürchtete Krisenanfälligkeit des Tourismus offenkundig in Österreich nicht so zum Tragen gekommen ist. Da haben sicherlich viele Dinge hereingespielt. Das ist keine Frage. Wir hoffen und werden alles tun müssen, daß sich das nicht ändert. Denn sonst wäre es nicht erklärbar, daß wir im Gegensatz zu all den Ländern, ob Belgien, ob die Niederlande, ob Großbritannien oder Frankreich, wo echte Krisenerscheinungen in der Wirtschaft und enorme Arbeitsplatzprobleme gegeben sind, wo Arbeitslose zu registrieren sind, tatsächlich weiter positive Ziffern zu registrieren haben. Das ist erfreulich. Einzig und allein in der Bundesrepublik haben wir im abgelaufenen Jahr einen geringfügigen Rückgang um 1,6 Prozent zu verzeichnen, und wie wir sehen, ist das eine allgemeine Entwicklung in der Bundesrepublik, die sich nicht allein in Richtung Österreich orientiert.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß zu einem eher unangenehmen Punkt in meinen Ausführungen. Es ist und bleibt uns unverständlich, daß es möglich ist, in einer Zeit wie jetzt, wo wir wirklich alles tun sollten, um unser Image bei den zunehmend starken Wettbewerbsverhältnissen auf dem Weltmarkt zu verbessern, dies nicht zu tun. Was ich meine, ist die Arbeit der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung. Hier wurde eine hervorragende Arbeit geleistet.

Die Schwierigkeiten, die die österreichische Fremdenverkehrswerbung hat, werden ohne Zweifel durch mangelnde Mittelzuführung im heurigen Jahr neuerlich verstärkt. Warum? — Die Bundesregierung war bereit, 12 Prozent mehr Zuschüsse zu geben, mehr Fremdenverkehrsförderungsmittel, und die Bundesländer haben das abgelehnt. Ich appelliere an Sie, die Sie immer herkommen und sagen, die Regierung solle etwas tun. Ich persönlich bin überzeugt, wenn die Länder noch in den nächsten Monaten kommen und sagen: Jawohl, wir stocken auf!, daß Minister Staribacher mit Minister Salcher in einer Minute handelseins ist, in einem Budgetüberschreitungsgesetz die zusätzlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Tun Sie es, Herr Kollege Westreicher, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Die österreichische Fremdenverkehrswerbung, der österreichische Tourismus braucht es. In diesem Sinne: Wenn wir arbeiten, wird auch das nächste Jahr wieder ein gutes Jahr für den Tourismus werden. *(Beifall bei der SPÖ.)* 13.58

**Präsident Thalhammer:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fachleutner. Ich erteile es ihm.

13.58

**Abgeordneter Fachleutner (ÖVP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir das Kapitel Finanzen und Handel in der Endphase behandeln, stundenlange Debatten abgeführt wurden, mit vollem Ernst sicherlich vorgetragen in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation, dann wird sicherlich auch auf der Galerie der Jugend Notiz nehmen vom Parlamentarismus, von jenen Schwierigkeiten, die sich in der Finanz- und Wirtschaftspolitik in unserem Lande ergeben.

Wenn beispielsweise die Behauptung aufgestellt wird, daß wir uns wohl in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befinden, als ob es früher keine ähnlichen Situationen gegeben hätte, dann stimmt das nicht. Wir haben einen Raab-Kamitz-Kurs in den fünfziger Jahren gebraucht, der steuerliche Entlastungen gebracht hat, Anregungen für Investitionen gebracht hat, damit die Beschäftigung wieder sichergestellt und der Wirtschaftsaufschwung auch in den fünfziger Jahren eingeleitet wurde.

Wir haben in der weiteren Folge in den sechziger Jahren eine Wirtschaftskrise auch in Österreich gehabt, die von Professor Koren durch neuerliche Maßnahmen in der Gesetzgebung so bekämpft wurde, daß es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung in diesem Lande wieder kam.

**Fachleutner**

Wir haben aber feststellen müssen in den letzten Jahren, gerade durch die Übernahme der Regierung durch die Sozialisten 1970, daß man damals gesagt hat in Euphorie: Laßt Kreisky und sein Team arbeiten! 1 500 Fachleute an der Zahl. Einer, der davon übriggeblieben ist, Herr Staatssekretär Seidel, ist jetzt hinausgegangen. Damals wurde der Bevölkerung vorgemacht, es würde sich eine wirtschaftliche Entwicklung in diesem Lande ergeben, der alle Österreicherinnen und Österreicher mit Freude entgegensehen können.

Wenn man aber die Finanzpolitik und den Finanzschuldenbericht betrachtet, meine sehr verehrten Damen und Herren, so sieht man, wenn ich die Verwaltungsschulden, wenn ich die Finanzschulden und die Auslandsschulden hinzurechne, daß wir bei zirka 450 Milliarden Schilling angelangt sein werden.

In zehn Jahren ist dieser Regierung eine gewaltige Verschuldung in dieser Größenordnung „gelungen“, wobei der Bevölkerung vorgaukelt wird, es wäre ohnehin alles in Ordnung.

Wenn wir zurückblicken auf die Jahre 1950 bis 1970, so sehen wir, daß es eine Staatsverschuldung von 47 Milliarden Schilling gab, jetzt gibt es eine Staatsverschuldung von 450 Milliarden Schilling.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man das in Prozenten umrechnet, welche Zinsen bezahlt werden müssen, so müssen wir heute feststellen, daß wir über 40 Milliarden Schilling Zinsen bezahlen. Und wenn wir die Rückzahlungsraten auch im Budget festlegen, dann kommen wir bereits auf fast 70 Milliarden Schilling, die bereits im Budget verankert sind.

Fast 80 Prozent aller Mittel sind gebunden, wo der Finanzminister und auch die Minister in der Regierung nur wenig Spielraum haben, jene Investitionen, jene Förderungen der Wirtschaft zu geben, die notwendig sind, um die Wirtschaft wieder in Fluß zu bringen. Das ist eine Tatsache, das kann man nicht hinwegleugnen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben eine große Verschuldungspolitik gemacht; und es ist nicht nur Aufgabe oder Sorge einer einzigen Wirtschaftsgruppe, sondern auch die Landwirtschaft und deren Vertreter beschäftigen sich immer wieder mit dieser Frage.

Wenn die Verschuldung weiter zunimmt, inwieweit wird es dann möglich sein, jene berechtigten Wünsche, die die Landwirtschaft

auch anzumelden hat, zu erfüllen, weil sie auch, so wie die Industrie, jetzt in Schwierigkeiten gekommen ist? Ohne ein Prophet zu sein, glaube ich sagen zu können, daß in den nächsten Jahren in der Vermarktungspolitik die Landwirtschaft vor der größten Herausforderung in der Zweiten Republik stehen wird.

Wenn das schon der Fall ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann stelle ich die Frage an die Bundesregierung — schade, daß der Finanzminister nicht hier ist, auch der Experte Professor Seidel nicht hier ist —: Wie werden wir diese Schwierigkeiten, die auf die Landwirtschaft in der Vermarktungspolitik zukommen, meistern?

Es ist eine Tatsache, daß wir derzeit große Schwierigkeiten in der Milchwirtschaft haben, ebenso in der Getreidewirtschaft und bei der Zuckervermarktung; Schwierigkeiten sind beispielsweise auch in der Veredelungsproduktion bereits eingetreten. Diese zu meistern, ist eine Hauptaufgabe der Gesetzgebung, der verantwortlichen Kräfte.

Ich habe es für richtig empfunden und mit mir alle Landwirte in unserem Bundesstaat, daß gerade in der verstaatlichten Industrie, wo Tausende Menschen in Sorge gelebt haben, ob die Arbeitsplätze aufrechterhalten werden, man mit einer Geldspritze, mit kapitalkräftiger Unterstützung seitens des Gesetzgebers versucht hat, die Arbeitsplätze zu sichern. Da war es für die Landwirtschaft gar keine Frage, auch hier ihren Mann zu stellen und zu diesem Vertragswerk ihre Zustimmung zu geben.

Aber das gleiche Recht wie diese 120 000 Arbeitnehmer der verstaatlichten Industrie haben sicherlich auch die 700 000 Menschen in der Land- und Forstwirtschaft, wenn sie in Notlage sind, eine entsprechende Unterstützung zu erhalten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn 4 Milliarden Schilling der verstaatlichten Industrie gegeben wurden und eine Sofortunterstützung von 400 Millionen Schilling als Zinsenstützung und wenn der mittelständischen Wirtschaft 2,5 oder 2,7 Millionen gegeben wurden, so ist das richtig. Man hat in diesem Zusammenhang versucht, die Kreditzinsen bei den AI-Krediten, die Erhöhungen, die eingetreten sind, zu übernehmen, um auch der Landwirtschaft zu helfen, die Kredite, die sie getätigt hat, ertragen zu können. Das war ebenso wichtig.

Sicherlich hätten wir gerne, wenn dies möglich gewesen wäre, beispielsweise den Mehrwertsteuersatz von 8 auf 9 Prozent angeho-

**Fachleutner**

ben. Sowohl Parteiobmann Mock als auch Kollege Graf haben die Erfüllung dieser Forderung der Landwirtschaft immer wieder verlangt.

Es waren diese Regierung, dieser Finanzminister nicht bereit, dieses Ansinnen auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Es war dies eine jahrelange Forderung, um einen kleinen Ausgleich zu schaffen für die gewaltigen Belastungen, die in den letzten Jahren eingetreten sind, eben über die Anhebung dieses Mehrwertsteuersatzes von 8 auf 9 Prozent.

Es gibt nämlich noch eine Frage, die man sich auch überlegen müßte in der weiteren Folge. Wir sehen auch, daß die Verschuldung in der Landwirtschaft kräftig zunimmt. Wir schwelgen nicht so in Euphorie, wie so mancher sozialistische Redner dies gestern getan hat beim Kapitel Landwirtschaft, so, als ob ohnehin alles in Ordnung wäre, als ob wir von der Hand in den Mund leben könnten und auf einer Insel der Glückseligen leben würden.

Wenn wir nur beispielsweise schauen, welche Schwierigkeiten die Ostblockstaaten gerade in der Versorgung der Menschen haben, so können wir uns doch glücklich schätzen, daß es gelungen ist, in fast allen Produktionsparten mehr zu erzeugen, als unsere Konsumenten aufnehmen können, das heißt, daß wir die Vollversorgung der Menschen garantieren können.

Trotz dieser Vollversorgung und trotz der Produktionskraft der Landwirtschaft müssen wir feststellen — wie ich bereits gesagt habe —, daß die Verschuldung gewaltig zunimmt. Ich glaube, es wäre nur recht und billig, zu versuchen, die Landwirtschaft zu unterstützen, ebenso wie die Industrie und auch die gewerbliche Wirtschaft unterstützt wird, daß auch der Konsolidierungskredit von 300 000 und 500 000 S, der fallweise den Betrieben gegeben wird, zumindest angehoben wird auf 1 Million bis 1,5 Millionen Schilling, weil sich ja seit der Einführung vor 20 Jahren bis heute eine wesentliche Veränderung ergeben hat, kein Anpassungsprozeß beispielsweise auch bei Entschuldungsmaßnahmen für die Landwirtschaft eingetreten ist.

Ich möchte die Forderung aufstellen, in Zukunft das zu berücksichtigen, so wie zu Recht Industrie, Handel und Gewerbe unterstützt werden, daß das gleiche Recht auch für die Landwirtschaft gilt, wo Hunderte Betriebe, ja Tausende Betriebe bereits gefährdet erscheinen, wenn man ihnen nicht helfen kann.

Wenn immer wieder gesagt wird, wir sind froh, daß wir diese Bauern haben im ländli-

chen Raum, weil sie die Umwelt pflegen und weil sie für die Erhaltung in diesen Räumen von entscheidender Bedeutung sind — ja da muß ich den Bauern auch die Kapitalkraft geben oder die Unterstützung gewähren, damit sie dort arbeiten können, ansonsten müssen sie abwandern, ob sie das wollen oder nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Und wenn immer wieder gefragt wird: Wo sollen denn die Mittel herkommen?, möchte ich nur feststellen, daß die Bundesbahnen beispielsweise einen Abgang von 20,5 Milliarden Schilling ausweisen — das ist ja gewaltig vom vorigen Wirtschaftsjahr auf das heurige — und das Defizit auf über 2 Milliarden Schilling angestiegen ist.

Wenn ich mir die Bundestheater hier ansehe! Hier liegt der Abgang bereits bei 1,3 Milliarden Schilling, eine gewaltige Erhöhung.

Wenn ich zurückblicke, noch 1970 waren es bei den Bundesbahnen beispielsweise 4,5 Milliarden Schilling, bei den Bundestheatern waren es 350 Millionen Schilling. Eine gewaltige Defizitentwicklung, die wir auch sehen müssen.

Also auch hier wäre nach meiner Auffassung eine Möglichkeit, bei korrekter und vor allem bei genauer Überprüfung Millionen oder einige Milliarden Schilling einzusparen, um sie auch der Landwirtschaft beispielsweise zuzuführen, um jene Maßnahmen zu tätigen, die ich hier angeführt habe.

Oder wenn ich mir die Schulbuchaktion ansehe: Wir sind bereits bei einer Milliarde Schilling angelangt. 1 Milliarde Schilling! Bescheiden möchte ich sagen, daß sicher ein Drittel überflüssig wäre, ein Drittel könnte eingespart werden. Wir könnten allein 300 bis 400 Millionen Schilling auch hier flüssigmachen.

Und wenn ich die Propaganda der Regierung ansehe, das Propagandamaterial beispielsweise: Ich habe kürzlich in einer Zeitschrift gelesen — ich glaube, daß es stimmt —, daß in den letzten zehn Jahren über 500 Millionen Schilling ausgegeben wurden. Das ist auch keine Kleinigkeit, Herr Bundesminister! Auch hier wäre es vielleicht möglich, 50 Prozent einzusparen *(Beifall bei der ÖVP)* und sie jenen Betrieben zuzuführen, die eine echte Unterstützung benötigen, für die es eine Existenzfrage ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einer solchen Entwicklung, in der wir uns befinden — und ich glaube, auch für einen

**Fachleutner**

guten Sozialisten unverständlich —, wo die Arbeitsplätze gefährdet sind, wo Konkurse an der Tagesordnung sind, wo täglich Ausgleichs angemeldet werden, ist es für mich total unverständlich, daß plötzlich ein Minister, der Sozialminister, meint, man müsse die Urlaube verlängern, man müsse die Arbeitszeit verkürzen.

Meine sehr Verehrten! Als Bauer war ich immer der Meinung, daß man, wenn man einen tüchtigen Betrieb aufrechterhalten will, fleißig und viel arbeiten muß, um die Probleme zu lösen. In diesem Fall aber soll weniger gearbeitet werden und mehr Urlaub gegeben werden? Das ist für mich unverständlich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nur vor einem Minister nehme ich den Hut ab, und zwar vor Minister Sekanina, der selbst diese Aussagen schwerstens kritisiert hat, weil er sich beispielsweise in Japan erkundigen konnte, wie dort Wirtschaftspolitik gemacht wird. Kein Mensch fragt dort, wo er her ist, sondern er muß gut und billig produzieren können. Wir als kleines Industrieland wollen es uns vielleicht leisten, weniger zu arbeiten, mehr Urlaub zu machen, um mit den Giganten in Konkurrenz treten zu können? Das ist doch heller Wahnsinn, meine sehr Verehrten!

Ich freue mich daher, daß die Österreichische Volkspartei einen Partner gefunden hat in der Sozialistischen Partei, in Minister Sekanina, der die Vorstellung des Sozialministers gleichfalls einer schweren Kritik unterzogen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist objektiv: Die Österreichische Volkspartei stellt bei Menschen dies fest, wenn sie nämlich den Mut besitzen, auch gegen Meinungen aufzutreten, wo sie davon überzeugt sind, daß sie langfristig für eine gedeihliche Entwicklung in der Innenpolitik und in der Wirtschaftspolitik alles andere als von Bedeutung sein können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weil ich gesagt habe, welche Schwierigkeiten wir bei manchen Getreidesparten haben, möchte ich Ihnen den Getreidemarkt im Ausland vor Augen führen. Wir kennen alle die Situation in Polen; wir hatten einen Vertrag für 300 000 Tonnen Brot- und Futtergetreide, dieser konnte in den letzten Jahren erfüllt werden, im heurigen Jahr nicht mehr bis auf 50 000 Tonnen; es wurde noch eine Stützung von der Bundesregierung genehmigt.

Auch diese Vereinbarung kam nicht zustande, weil die Betroffenen mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Es ist der Vertrag, der auf sechs Jahre geschlossen

wurde, nicht wirksam geworden. Nun war die Frage: Wohin soll dieses Getreide — trotz einer kleineren Ernte immerhin 280 000 Tonnen, die wir außer Landes bringen müssen — geliefert werden? Beispielsweise Qualitätsweizen 70 000 Tonnen, Normalweizen 160 000 bis 190 000 Tonnen und zirka 26 000 Tonnen Roggen. Das ist eine gewaltige Menge!

So versucht man jetzt, mit der Volksrepublik Jugoslawien zu einem einjährigen Vertrag zu kommen: 100 000 Tonnen im Kompensationsgeschäft mit Kohle, Braunkohle nach Österreich. Aber bei diesen Verträgen und vorher bei Gesprächen, bei Preisverträgen, ist es nicht unwesentlich zu wissen, daß wir die Preisgestaltung jährlich auch für die Getreidewirtschaft durchführen, als es gewaltige Einsparungen beispielsweise bei der Sperrlageraktion beim Mais und bei der Gerste gab.

Meine sehr Verehrten, wir werden auch hier in Schwierigkeiten kommen, und zwar insofern, als wir keine Übersicht bekommen. Es wurden 1976 nach schweren Auseinandersetzungen, nach Gesprächen, aber auch aus Gründen der Vernunft damals von beiden Gruppen Sperrlageraktionen, so etwa beim Mais, eingeführt. Wir konnten daher, wenn innerösterreichisch eine Notlage eintrat, Maßnahmen treffen, um so soziale Spannungen zu vermeiden.

Für mich war es unverständlich, daß gerade die Arbeitnehmervertreter im Gewerkschaftsbund und in der Arbeiterkammer plötzlich für die Auflassung dieser Sperrlager eingetreten sind. Damit haben Sie ja den Spekulanten Tür und Tor geöffnet, entweder in der Zurückhaltung oder mit der stetigen Befassung des Fonds mit Importen solcher Waren, die wir in ausreichendem Maße besitzen. Das war für mich unverständlich!

Jetzt werden Sie fragen: Wie viele Millionen sind denn schon notwendig für so ein Sperrlager? Zum Beispiel beim Mais 10 oder 15 Millionen Schilling. Für die Erhaltung dieses Lagers müßten 10 oder 15 Millionen Schilling da sein, um im Interesse einer florierenden Abwicklung die Versorgung sicherzustellen. Ich habe Ihnen Beispiele gebracht, wo man Einsparungen hätte machen können und wo man die Millionen leicht hereingebracht hätte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind die Schwierigkeiten, die sich bei der Vermarktungspolitik ergeben. Ein weiteres Beispiel darf ich anführen, Herr Bundesminister für Handel, von dem Sie auch betroffen sind. Wir sprechen seit Jahren vom Ölsaatenkonzept, aber es kommt nicht dazu. Es wer-



**Fachleutner**

den immer wieder Argumente dargelegt. Einmal hieß es: Die Amerikaner machen die größten Schwierigkeiten.

Es wäre vielleicht auch zu überprüfen — ich habe das einige Male schon gesagt —, ob Österreich auf Grund seiner geographischen Lage vielleicht auch von Amerika eine Sonderstellung bekommen könnte, um das Ölsaatenkonzept durchzuführen.

Zur Biospritproduktion. Ich habe mich schon oft mit dieser Frage befaßt, vom Minister wurde auch eine Aussage gemacht, daß diesbezüglich bald etwas geschehen werde. Es wird eine Kommission gebildet, die sich mit dieser Frage befassen wird. Hoffentlich wird es nicht auch ein Staatsbegräbnis so wie beim Ölsaatenkonzept oder beim Biospritkonzept, das in ähnlicher Weise zu Grabe getragen wurde.

Wäre es nicht möglich, wenn wir schon Schwierigkeiten haben auf internationalen Märkten, innerösterreichisch durch eine andere Vermarktung jene Mehrware in dieser Form zuzuführen, um einerseits die Landwirtschaft zu entlasten und andererseits für die Gesunderhaltung der Menschen eine Maßnahme zu setzen, letzten Endes auch eine volkswirtschaftliche Maßnahme, um die Handelsbilanz positiv zu beeinflussen? Das müßte man doch sehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden ständig von der Wirtschaftsgemeinschaft diskriminiert; die Wirtschaftsgemeinschaft hat einen großen Fonds, in einer Größenordnung von 250 Milliarden Schilling. Österreich hat dem nichts entgegensetzen, daher wird der Konkurrenzkampf für uns immer schwieriger sein. Da wird uns immer wieder gesagt: Bei der Wirtschaftsgemeinschaft gibt es sowieso so viele Schwierigkeiten, man wird von diesem System abgehen müssen. Sie sind bis zur Stunde nicht davon abgegangen. Im Gegenteil! Sie versuchen ständig, wenn wir zum Beispiel öffentlich eine Ausschreibung für Getreide machen — diese wird auf der Börse gemeldet, ob das jetzt in Amsterdam oder Hamburg ist, und wenn die Wirtschaftsgemeinschaft Interesse hat an diesem Export —, unsere Ausschreibungen zu „unterfahren“, und wir können unsere Angebote nicht durchführen. Das sind die Schwierigkeiten, die sich in der Gemeinschaft durch diese Konstruktion zwangsläufig ergeben.

Im Jahre 1972 wurde im Hohen Haus beschlossen, eine Teilmitgliedschaft bei der Wirtschaftsgemeinschaft zu erreichen, wo die Landwirtschaft ausgeklammert geblieben ist. Dies war sehr schwierig, Sie werden das ja selber wissen, Herr Minister. Ich war ja auch

jener, der ausgezogen ist aus dem Integrationsausschuß und dem Vertrag nicht die Zustimmung geben wollte.

Nur durch zusätzliche Verhandlungen war es dann möglich, auch Sie von den Schwierigkeiten zu überzeugen. Ich bin heute noch nicht davon überzeugt, daß die Landwirtschaft aus der Gemeinschaft ausgeschlossen bleiben soll. Es ist auch die Wirtschaft dabei. Das ist kein Vorwurf. Wir sind froh, daß sie dabei ist. Aber daß die Landwirtschaft ausgeschlossen ist, das kostet Milliarden von Schillingen, meine sehr Verehrten. Wir werden das langfristig nicht aushalten.

Ich glaube sogar, daß die Regierung überlegen müßte, ob nicht eine Überprüfung des Vertrages vorgenommen werden sollte, eine Überprüfung dahin gehend, daß, wenn es nicht gelingt, auch die Landwirtschaft einzubeziehen, Maßnahmen gesetzt werden, um die Landwirtschaft schadlos zu halten.

Der Herr Bundeskanzler hat damals gesagt: Das werden wir schon machen. Wenn Schwierigkeiten auftreten, wird die Regierung mit Aktivitäten in Erscheinung treten. Wesentliche Aktivitäten konnten nicht erreicht werden, weil wir ja gebunden sind durch diesen Vertrag, weil wir nicht Mitglied der Gemeinschaft sind. Wir sollten das nützen können, was für die gesamte österreichische Landwirtschaft von besonderem Vorteil wäre.

Ich glaube, Herr Bundesminister, daß auch diese Frage einer ernstlichen Überprüfung unterzogen werden müßte. Ich möchte mich gleich mit der Frage der Arbeitsplatzbeschaffung auseinandersetzen. Es wurde die Behauptung aufgestellt: Nur die sozialistische Regierung sei der Garant für die Sicherung der Arbeitsplätze. Das ist ein Unsinn, meine sehr Verehrten. Jeder Verantwortliche in diesem Parlament, so auch die Österreichische Volkspartei, hat sich stets für die Sicherung der Arbeitsplätze eingesetzt. Das waren ja auch die Aktionen damals unter dem Kamitz-Kurs, unter Professor Koren zur Sicherung der Arbeitsplätze. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man soll endlich mit dieser Legendenbildung, daß wir gegen Arbeitsplätze eingestellt seien, aufhören. Auch die Landwirtschaft hat das größte Interesse an einer Vollbeschäftigung, weil letzten Endes auch die Vermarktungspolitik innerösterreichisch, die Kaufkraft eine wesentliche Rolle spielt zur Gesunderhaltung einer modernen Landwirtschaft.

Seitens sozialistischer Redner wurde so getan, als ob keine Belastungen eingetreten sind. Ich darf Sie an die Erhöhung des Ein-

**Fachleutner**

heitswertes erinnern, die die Landwirtschaft sehr schwer getroffen hat. Eine Erhöhung von 20 bis 80 Prozent. Mindestens 1,5 Milliarden Schilling werden dadurch den bäuerlichen Betrieben aus der Tasche gezogen.

Oder wenn Sie sich die Treibstoffserhöhungen, wo Sie teilweise nichts dafür können, ansehen, wo 1970 beispielsweise der Dieseltreibstoff bei 4 S und im Jahr 1981 bei 8 S liegt, meine sehr verehrten Damen und Herren, so ist doch eine gewaltige Belastung eingetreten, was für manche bäuerliche Betriebe fast unerträglich erscheint, wenn ein größerer Traktor oder ein mittlerer Traktor bereits pro Tag um 500 S Treibstoff benötigt. In einem Tag! Das muß doch etwas heißen. Daß diese Betriebe fast nicht in der Lage sind, auch diese Treibstoffe gleich zu bezahlen, sondern sie auf Kreditwege im Handel und bei den Genossenschaften zur Aufschreibung bringen, das muß doch zu denken geben!

Oder wenn Sie sich die Kunstdünger-Preiserhöhungen der letzten Jahre anschauen — es steht uns nächstes Jahr bereits eine neuerliche Belastung ins Haus —, ist es sehr bedauerlich, daß beispielsweise ein mittlerer Getreidebauer überhaupt nicht in der Lage ist, den Kunstdünger zu bezahlen, oft nicht mit der Ernte bezahlen kann!

Mindestens ein Drittel der Getreidebauern — wenn sie nur Getreidebau betreiben — ist nicht in der Lage, die aufgelaufenen Kunstdüngerkosten dem Handel und den Genossenschaften mit der Getreideernte zu bezahlen. Das muß doch zu denken geben!

Wenn Sie sich beispielsweise die Maschinenpreise anschauen. Ich darf nur ein Beispiel bringen, zum Beispiel einen Traktor. Was hat ein Traktor im Tauschwert 1970 gekostet? Für einen Traktor mit 52 PS waren 1970 43 Tonnen Weizen notwendig, um diesen Traktor zu erstehen. 1981 benötigen Sie für den Ankauf eines Traktors nicht 43 Tonnen, sondern 62 Tonnen Weizen. Sie sehen daher, daß auch hier die Schere auseinandergeht zu Ungunsten der Landwirtschaft, von den Lohnkosten überhaupt nicht zu sprechen.

Wenn heute beispielsweise das Einkommen der Bauern mit 7 600 S angesehen wird, so stellen wir fest — und wir neiden es nicht —, daß die Unselbständigen bei 14 000 S angelangt sind. Ich wollte Ihnen nur beweisen, daß die Schere auch hier auseinandergeht. So könnte man diesen Reigen fortspielen, welche Schwierigkeiten sich gerade in diese Richtung noch ergeben.

Noch ein Fall, die Weinbauernschaft: Hietl bemüht sich ja sehr, sich der Weinbauern

anzunehmen. Bemerkenswert ist, daß die Landwirtschaft zum Beispiel zwei Mehrwertsteuersätze besitzt, einen 8prozentigen und einen 18prozentigen. Das hat sich aber beim Verkauf dieses Produktes nicht für alle Betriebe positiv ausgewirkt. Auch hier wäre ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz anzustreben. Ich frage den Herrn Finanzminister, warum er das nicht tut. Einige Male wurde es ihm schon vorgetragen, aber anscheinend ist er da taub, versucht er, diese Dinge mit einer Handbewegung außer Kraft zu setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie dürfen auch nicht glauben, daß wir nicht versucht haben — weil manchmal die Behauptung aufgestellt wird, man soll halt Alternativen bringen —, solche Alternativen vorzuschlagen. Unsere Vertreter, zum Beispiel Nationalrat Riegler, haben Ihnen auch im Plenum des Nationalrates eine Agrar- und Ernährungsordnung vorgeschlagen. Auch hier hätten Sie die Möglichkeit gehabt mitzustimmen, damit wir jene Aktionen setzen können, die Sie teilweise sicherlich innerlich wollen, wo Sie aber durch die Regierung gebunden sind, nicht mit der notwendigen Durchsetzungskraft ausgestattet sind, daß solche Maßnahmen im Interesse der Landwirtschaft und der Volkswirtschaft durchgesetzt werden können. Ich fordere Sie auf, Sie sind bei diesen Maßnahmen eingeladen, ständig mit uns mitzugehen, um im Interesse der Landwirtschaft eine Sicherheit herbeizuführen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich glaube daher, daß auch hier ein Weg gefunden und gegangen werden muß.

Ich muß noch einen Fall mit der Freiheitlichen Partei besprechen, weil immer wieder — und zwar vom Kollegen Haider und von den Kollegen Bauer, Murer gestern — die Genossenschaften, Kammern und Fonds einer Kritik unterzogen werden. Ich habe schon betont, daß wir der Agrarwirtschaft zu verdanken haben, natürlich gemeinsam auch mit den österreichischen Bauern, daß wir eine Vollversorgung haben. Wenn wir diese Einrichtungen heute nicht besitzen würden, müßte man sie ja sofort einführen, weil die das Regulativ haben, wodurch Genossenschaften und auch die Fondseinrichtungen die Möglichkeit geben, eine kontinuierliche Versorgung herbeizuführen. Daß man aber von der Freiheitlichen Partei ständig diese Einrichtungen kritisiert, verstehe ich auch nicht. Wenn hier gesagt wird, warum man nicht ins Geschäft geht beispielsweise mit der Schweiz, da könnte man Getreide verkaufen, muß ich antworten: Meine sehr verehrten Herren von der Freiheitlichen Partei! In der Schweiz kann

**Fachleutner**

man 20 oder 40 000 Tonnen Getreide verkaufen, aber keine 300 000 Tonnen. Und wenn man immer wieder die Schweiz zitiert und sagt, da gibt es ja wunderbare Preise, da soll sich die österreichische Agrarwirtschaft etwas anschauen, muß ich dem entgegenhalten: Es ist ja viel leichter, dort eine solche Preisentwicklung zu forcieren, wenn ich nur 50 Prozent von der heimischen Produktion auf den Markt bringe. Daher ist es ja wesentlich leichter, hier eine Preispolitik zu betreiben, als in einem Land wie Österreich, wo mehr produziert wird, als die Konsumenten aufnehmen können, wo wir in den Export gehen müssen. Daher kann ich solche Vergleiche nicht anstellen. Ich kann einen Vergleich daher nur mit jenen Ländern anstellen, die mehr produzieren als wir; dann kann ich auch Preisvergleiche anstellen, nicht mit denen, die weniger produzieren; die sind ja leicht in der Lage, die Preise auch leichter durchzusetzen.

Wenn wir diese Schwierigkeiten erkennen, die in der derzeitigen Situation eingetreten sind, zum Großteil aber auch durch Nichterkennen in der Bundesregierung selber verursacht sind, können Sie von uns nicht erwarten, daß wir diesem Budget unsere Zustimmung geben. Wir haben die höchsten Steuern aller Zeiten, wir haben die höchsten Schulden aller Zeiten, wir haben keine langfristige Arbeitsplatzsicherung, kein langfristiges Vermarktungsmodell für landwirtschaftliche Produkte, wie ich bereits angeführt habe. Durch diese falsche Wirtschaftspolitik im ländlichen Raum wird dieser Raum weiter entvölkert, die Abwanderung geht weiter. Daher, glaube ich, ist der Kurswechsel im Parlament und auch in der Bundesregierung sicher notwendig, und wir können aus diesen Überlegungen nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.27

**Präsident Thalhammer:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Köck. Ich erteile ihm das Wort. *(Abg. Anton Schlager: Ich kann dir leider nicht zuhören, ich muß leider hinausgehen!)*

14.27

**Abgeordneter Köck (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eigenartigerweise haben sich heute die Abgeordneten von der Opposition — bis zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls — kaum mit energiepolitischen Fragen beschäftigt. Wenn wir dieses Schweigen so werten können, daß das ein stillschweigendes Einverständnis mit der Energiepolitik der sozialistischen Bundesregierung ist, dann haben wir Freude damit, dann haben wir Verständnis und nehmen es sehr positiv auf. Das einzige, was in etwa

durchgeleuchtet hat bei den bisherigen Ausführungen der Oppositionspolitiker, war die Kritik an der Abhängigkeit in bezug auf die Energiewirtschaft vom Ausland ganz allgemein gesehen und im besonderen die Kritik an der steigenden Abhängigkeit in bezug auf die Energieversorgung aus den osteuropäischen Ländern.

Daß diese Abhängigkeit, meine Damen und Herren, in Österreich natürlich auch uns Abgeordneten der Sozialistischen Partei keine Freude bereitet, können Sie sich vorstellen, denn die Auswirkungen in bezug auf die Handelsbilanz sind uns allen bekannt. Im heurigen Jahr werden es etwa 60 Milliarden Schilling sein, womit die Handelsbilanz belastet werden wird. Darüber hinaus besteht auch die Problematik, daß in jenen Ländern, aus denen wir die Rohenergie nach Österreich importieren, es halt immer wieder zu sehr großen Krisen kommt und immer wieder Probleme auftreten — ob das in den arabischen Ländern ist, woher wir unser Erdöl beziehen, oder nunmehr auch in Polen, wo wir langfristige Lieferverträge abgeschlossen haben in bezug auf Steinkohlelieferungen.

Daß diese Situation überhaupt eingetreten oder Tatsache ist, meine Damen und Herren, ist ja schließlich darauf zurückzuführen, daß Österreich eben, wie viele andere Industrieländer der freien westlichen Welt auch, ein ausgesprochen energieimportabhängiges Land auf Grund seiner geologischen und geographischen Struktur ist. Das ist ein Problem, mit dem wir fertig werden müssen.

Ich glaube, daß wir heute mit ruhigem Gewissen sagen können, meine Damen und Herren, daß diese sozialistische Bundesregierung vor allen Dingen infolge der Energiekrise 1973/74 auch eine dementsprechende Politik betrieben hat.

Wir erinnern uns noch, daß wir zum Beispiel als Sozialdemokraten dafür eingetreten sind, daß wir in Österreich auch die friedliche Nutzung der Kernenergie befürworten wollten und noch immer befürworten, daß wir aber dann infolge der Volksabstimmung zur Kenntnis nehmen mußten, daß wir in Österreich jedenfalls bis zum jetzigen Zeitpunkt seitens der Bevölkerung noch keine Zustimmung für diese friedliche Nutzung der Kernenergie haben. Das hat auch zur Folge, daß wir zum Beispiel heute in Zwentendorf ein Kernkraftwerk stehen haben mit einem Kostenaufwand von ungefähr 9,5 Milliarden Schilling, und jedes Jahr kostet uns dieses Kraftwerk weitere 90 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! Wir Österrei-

**Köck**

cher haben dieser Welt schon vieles gegeben, das ist keine Frage, aber mit Zwentendorf haben wir der Welt auch das größte, das kostspieligste und das modernste Museum zur Verfügung gestellt.

Wir haben aber dann auf Grund dieser Tatsache weiter versucht, daß wir uns nach Möglichkeit vom Rohöl absetzen können auf Grund der Ereignisse, die wir immer wieder in den arabischen Ländern, aus denen wir dieses Rohöl importieren, gesehen und bemerkt haben. Der Weg ging natürlich dann in Richtung anderer Energiearten, wie zum Beispiel Kohle, Steinkohle oder auch Erdgas.

Nun, meine Damen und Herren, und hier ist dann die Situation eingetreten, daß wir eben dieses Erdgas oder diese Kohle in weitestgehendem Maße aus den Ostblockländern beziehen müssen, aus der Sowjetunion beinahe 100 Prozent der gesamten Erdgasversorgung und aus den anderen europäischen Ostblockländern die Steinkohle, beinahe auch mit 100 Prozent.

Meine Damen und Herren! Ein Faktum, das wir alle miteinander erkennen, nicht nur Sie von der Opposition, sondern auch wir von der Regierungspartei. Meine Damen und Herren: Man kann nicht nur kritisieren und diese Tatsache seitens der Oppositionspartei immer wieder in den Raum stellen, aber gleichzeitig nicht in der Lage sein, hier Alternativen anzubieten. Wir hören ab und zu ganz vorsichtig hinter vorgehaltener Hand, es wäre ja möglich, zum Beispiel die Steinkohle aus überseeischen Ländern, etwa Südafrika oder Südamerika, nach Österreich zu importieren. Keine Frage, eine Möglichkeit wäre es. Aber wissen Sie, daß das eine beträchtliche Verteuerung der Kosten für diese Energieart bedeuten würde? Mindestens 20 bis 30 Prozent! Und alle diese Kosten müßten sich in der Endkonsequenz natürlich auf die Konsumenten niederschlagen, privat genauso wie auf die Industrie.

Und was heißt das in der Industrie, meine Damen und Herren? Wenn alle diese höheren Kosten auf die Produkte, die in dieser Industrie erzeugt werden, überwälzt werden, dann bedeutet das eine Verminderung der Konkurrenzfähigkeit und in der Endkonsequenz Gefährdung von Arbeitsplätzen. Und das, meine Damen und Herren, kann doch genau in der jetzigen Zeit sicher nicht unser Ziel sein.

Wir haben von der Sozialistischen Partei her gesehen mit ruhigem Gewissen sagen können und können sagen, daß wir alles getan haben in dieser Zeit, nachdem diese

Energiekrise immer mehr zum Ausdruck gekommen ist, um mögliche Alternativen in Österreich zu erschließen. Die billigste erschließbare inländische Energiequelle war zunächst für uns alle das Energiesparen oder die eingesparte Energie überhaupt, meine Damen und Herren.

Wir haben daher hier im Parlament beschlossen — und die Regierung hat durch Verordnungen die Möglichkeiten eingeräumt —, daß die Staatsbürger durch Förderungen die Möglichkeit bekommen, entsprechende Investitionen in Richtung rationeller Einsatz von Energie, in Richtung mehr Sparen von Energie vorzunehmen. Wir können heute mit Fug und Recht sagen, daß hier durchaus ein Erfolg gegeben war und gegeben ist, denn erst vor einigen Tagen haben wir auf Grund von Aussagen des Statistischen Zentralamtes erfahren, daß diese Maßnahmen der sozialistischen Bundesregierung eigentlich auch schon ganz schöne Erfolge gehabt haben. So hat also das Statistische Zentralamt ausgesagt, daß der Energieverbrauch Österreichs in den ersten drei Quartalen, also in den ersten neun Monaten des Jahres 1981, um rund 4,1 Prozent weniger ausgemacht hat als im Vergleichszeitraum des Jahres 1980.

Die besonderen Verbrauchsabnahmen waren gegeben etwa bei Naturgas, hier waren es 10 Prozent, bei Heizöl 7,0 Prozent, Steinkohle 6,9 Prozent und so weiter und so fort. Aber besonders auch Normalbenzin mit 6,0 Prozent und Superbenzin mit 3,8 Prozent und Dieselmotorkraftstoff mit 3,6 Prozent Abnahme geben doch, meine Damen und Herren, ein entsprechendes Zeugnis ab, daß diese bisherigen Maßnahmen in Richtung Energiesparen und rationeller Einsatz durchaus positiv waren. Es ist zu hoffen, daß hier auch in Zukunft diese Entwicklung anhält.

Die Energieimporte, meine Damen und Herren, gingen gegenüber den ersten neun Monaten des Jahres 1980 um rund 0,6 Prozent zurück. Auch das, meine Damen und Herren, ist im Grunde genommen ein recht schöner Erfolg. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Darüber hinaus haben diese Bundesregierung und die Energiewirtschaft insgesamt alle Hebel in Bewegung gesetzt und alles überlegt, was nur möglich ist, um die in diesem Lande noch vorhandenen inländischen Energiereserven auszuschöpfen.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß es eine unserer ersten Maßnahmen war nach diesem Energieschock im Jahre 1973/74, die vorhandenen Braunkohlereserven in diesem Lande in der Form auszuschöpfen, daß wir im

**Köck**

Bereich Voitsberg zum Beispiel dabei sind, ein kalorisches Kraftwerk zu errichten. Wir wissen, daß es dort natürlich auch wie immer heute bei Kraftwerksbauten beträchtliche Schwierigkeiten gibt durch die Umweltschützer. Wir haben das Speicherkraftwerk in Osttirol geplant; auch hier die Einsprüche und die Schwierigkeiten mit den Naturschützern.

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, um nur einige Beispiele zu nennen, sind wir auch dabei, die österreichische Donau in einem forcierten Tempo auszubauen. Zum Beispiel soll das Kraftwerk Hainburg sechs Monate früher errichtet werden als ursprünglich geplant und ebenfalls das Kraftwerk Greifenstein. Beide Kraftwerke sollen in einem noch kürzeren Zeitraum errichtet werden, als es bisher der Fall war, nämlich innerhalb von 30 Monaten anstelle der Bauzeit von 36 Monaten für die bisherigen Kraftwerke an der Donau.

Meine Damen und Herren! Hier gibt es natürlich, wie ich schon angedeutet habe, große Probleme bei all diesen Bemühungen mit den Umweltschützern. Ich möchte jetzt nicht den Fehler machen, diese Einsprüche und diese Wünsche und Forderungen der Umweltschützer zu werten, denn das würde sicherlich den Rahmen der Zeit sprengen.

Aber daß natürlich solche Maßnahmen — wenn man den Wünschen der Umweltschützer Rechnung tragen will — beträchtliche Mehrkosten bedeuten, muß uns allen miteinander klar sein.

Deswegen müssen wir auch feststellen, daß es an und für sich verständlich ist, wenn unter diesem Gesichtspunkt die Bestrebungen der Elektrizitätswirtschaft, ihre Strompreise anzupassen, nunmehr forciert betrieben werden.

Meine Damen und Herren! Die zusätzlichen Kosten für Investitionen im Interesse des Umweltschutzes sind natürlich enorm. Allein die Installation einer Rauchgasentschwefelungsanlage zum Beispiel für ein kalorisches Kraftwerk auf Basis von Steinkohle oder Braunkohle bedeutet ungefähr 10 bis 15 Prozent der Gesamtbaukosten.

Darüber hinaus die enorm gestiegenen Kosten für die Rohenergie.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier einige Beispiele bringen, wie sich diese Rohenergie, die verwendet wird für die Erzeugung von elektrischem Strom durch kalorische Kraftwerke, in dem letzten Jahrzehnt entwickelt hat. Im Jahre 1971 mußten wir für eine Tonne Rohöl einen Betrag von 535 S

bezahlen. Heute, im Jahre 1981, müssen wir für dieselbe Menge nicht weniger als 4 800 S ausgeben. Das bedeutet eine Steigerung von 800 Prozent.

Die Importpreise für Erdgas stiegen von 1971 bis 1981 um 660 Prozent auf mehr als das Siebenfache. Die Steinkohleimporte, meine Damen und Herren, stiegen im gleichen Zeitraum — unter Anführungszeichen — „nur“ um 145 Prozent auf das 2,5fache. Und diese Preise, meine Damen und Herren, sind nicht deswegen entstanden, weil hier wesentlich mehr Energie importiert wurde, sondern sind in erster Linie eine Folge der enormen Energiepreisexplosion, wie sie eben in diesen zehn Jahren auf dieser Welt zu verzeichnen war.

Meine Damen und Herren! Der große Investitionsbedarf der österreichischen Elektrizitätswirtschaft, das dürfen wir auch nicht vergessen, im Interesse einer möglichst gesicherten Versorgung Österreichs mit elektrischer Energie bringt natürlich diesem Wirtschaftszweig sehr, sehr große Belastungen, die nur sehr schwer bewältigt werden können.

Ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit auch sagen, was auf dem Sektor der Errichtung von Kraftwerken und Investitionen allein im nächsten Jahr auf Grund der Ausbaupläne der Elektrizitätswirtschaft in etwa notwendig ist. Meine Damen und Herren! Wir wissen — und wir lesen das in einer Information der Verbundgruppe und der Landesgesellschaften —: Im Jahr 1982 wird insgesamt ein Betrag von rund 21 Milliarden Schilling notwendig sein, um all diese notwendigen Kraftwerke und notwendigen Investitionen im Interesse der österreichischen Energieversorgung durchzuziehen.

Meine Damen und Herren! All diese Dinge sind natürlich Grund genug dafür, daß wir dieser Elektrizitätswirtschaft auch meiner Meinung nach schließlich und endlich entsprechende Strompreise zugestehen müssen, noch dazu, wenn wir wissen, meine Damen und Herren, daß trotz höherer Strompreise, die wahrscheinlich mit Beginn des Jahres der Energiewirtschaft beziehungsweise der Elektrizitätswirtschaft zugestanden werden müssen, diese Energie noch immer wesentlich billiger ist als alle vergleichbaren Energiearten.

Der Preis für Normalbenzin — um nur einige Beispiele zu bringen — weist gegenüber 1964 eine Steigerung von rund 220 Prozent auf, jener für Superbenzin eine Steigerung von 190 Prozent, und beim Dieselmotorkraftstoff sind es sogar 350 Prozent. Während der Preis für das Heizöl um 280 Prozent gestiegen ist, gab es eine Steigerung für Haushaltsstrom, Tag-

10168

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Köck**

und Nachtstrom, im gesamtösterreichischen Durchschnitt lediglich im Ausmaß von 118 Prozent.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Beweis dafür, daß die Elektrizitätswirtschaft in all diesen Jahren und Jahrzehnten an und für sich mit ihren Preisen sehr wesentlich hinter den anderen Energieformen zurückgeblieben ist.

Meine Damen und Herren! Diese Belastungen muß nunmehr die Elektrizitätswirtschaft tragen. Es ist nun die Frage, ob wir in diesem Lande bereit sind, der Elektrizitätswirtschaft auch all diese Dinge zur Verfügung zu stellen.

Nun zur Problematik im Zusammenhang mit der Errichtung von Kraftwerken. Immer größer werden die Wünsche und Vorstellungen von Umweltschützern im Zusammenhang mit der Errichtung von Kraftwerken. Hier vielleicht auch etwas, was die Österreichische Volkspartei beziehungsweise die Opposition immer kritisiert und wo es auch eine schriftliche Anfrage an den Herrn Minister Staribacher gibt, gestellt von den Herren Abgeordneten Dr. König und Dkfm. Löffler, nämlich inwieweit nunmehr die Problematik zwischen den einzelnen Ministerien beziehungsweise den einzelnen Ministern abgeklärt ist, die zu Hainburg sehr apodiktische Aussagen gemacht haben, ob also hier bereits ein gewisses Einvernehmen besteht.

Meine Damen und Herren! Ich persönlich möchte nicht werten, inwieweit diese Aussagen unserer Regierungsmitglieder in Zusammenhang mit dieser Frage taktisch richtig waren. Das ist eine Frage, über die man natürlich streiten kann. Aber es ist auf der anderen Seite auch, meine Damen und Herren, ein Beweis dafür, daß jeder einzelne dieser Minister für seinen Bereich natürlich in optimaler Weise vorsieht und bemüht ist, die ihm aufgetragenen Kompetenzen wahrzunehmen.

Es ist verständlich, wenn zum Beispiel der Umweltschützer oder der Minister für Umweltschutz in einer bestimmten Frage bei der Errichtung eines Donaukraftwerkes eine, sagen wir, differenzierte Auffassung gegenüber dem für die Versorgung mit elektrischer Energie zuständigen und verantwortlichen Minister hat. Das ist meiner Meinung nach an und für sich klar und beweist eigentlich nur ... *(Abg. Grabher-Meyer: Wissen Sie, daß auch der Handelsminister sehr schwerwiegende Umweltschutzkompetenzen in seinem Ressort hat? Warum sind die Auseinandersetzungen, was den Umweltschutz betrifft, nicht die gleichen?)*

Meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt, daß der Handelsminister auf Grund seiner Funktion in erster Linie dafür zuständig ist, für entsprechende Energie in diesem Lande zu sorgen, also dafür zu sorgen, daß rechtzeitig entsprechend den Energiebedarfs-erwartungen Kraftwerke errichtet werden. Daß er natürlich in einer solchen Frage unter Umständen eine ganz andere Haltung beziehen kann als etwa der Umweltschutzminister, muß man ihm doch zugestehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im übrigen, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, daß diese differierenden Auffassungen zu dieser Frage meiner Meinung nach an und für sich gar nicht so schlimm sind. All das zeigt im Grunde genommen, daß es in unserer Partei und in dieser Regierung halt noch ein entsprechendes Maß an Pluralismus gibt.

Schließlich, meine Damen und Herren, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß es in Zukunft unumgänglich immer mehr und mehr zu einer Konsenssuche zwischen Ökonomie und Ökologie wird kommen müssen; das ist gar keine Frage, meine Damen und Herren!

In dieser unserer Sozialistischen Partei haben wir Platz für alle, die ihre Anliegen ehrlich und aus Überzeugung vertreten, weil wir glauben, daß deswegen die Techniker oder die Ökonomen nicht etwa Wirtschafts- oder Wachstumsfetischisten sind und auf der anderen Seite Ökologen und Umweltschützer keine Träumer und keine Utopisten sind.

Was wir den Menschen heute mehr denn je sagen müssen, ist, daß mehr Rücksicht auf unsere Umwelt genommen werden muß. Die gleichzeitige Schaffung von Voraussetzungen für die Erhaltung unseres Wohlstandes wird und muß ihren materiellen Preis haben. Wir müssen ihnen auch sagen, daß — damit möchte ich zum Schluß kommen — nur eine gesicherte Energieversorgung die Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft und in der Endkonsequenz auch die Voraussetzung für einen optimalen Wohlstand unseres gesamten Volkes ist. *(Beifall bei der SPÖ.)* <sup>14.47</sup>

**Präsident Thalhammer:** Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dkfm. Löffler. Ich erteile es ihm.

<sup>14.47</sup>

**Abgeordneter Dkfm. Löffler (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich kann dort einsteigen, wo Kollege Köck aufgehört hat.

**Dkfm. Löffler**

Wir haben vorgestern hier im Plenum die Gewerbeordnungs-Novelle verhandelt. Von diesem Pult aus hat der Vorsitzende des Handelsausschusses davon gesprochen, daß es in diesem Ausschuß immer einen Konsens gegeben habe bis zu dem Augenblick, wo die „verflichte Energiepolitik“, wie er es gesagt hat, in den Handelsausschuß eingebrochen ist, und Herr Bundesminister Staribacher hat dazu sehr beifällig genickt. Ich habe das genau beobachtet.

Es ist also der Eindruck entstanden: Die Energiepolitik ist in diesem Bereich eher etwas Ungeliebtes, eher ein Anhängsel der Handels- und der Konsumentenpolitik. Ich frage mich nur am Rande, warum der Herr Handelsminister, wenn schon in sein Ressort ein Staatssekretär gekommen ist, nicht einen Staatssekretär für Energiefragen bekommen hat, sondern einen solchen für Konsumentenschutz.

Es ist weiters der Eindruck entstanden — vielleicht geben Sie mir recht —, daß es in der Energiepolitik eigentlich in allen Fraktionen nur Falken und überhaupt keine Tauben gibt; es sind hier also lauter „böse“ Leute, und das ist durch alle Fraktionen so gegangen: lauter Falken, die das sozialpolitische Klima im Handelsausschuß einfach stören wollen.

Meine Damen und Herren! Glauben Sie mir, es gibt unter den Menschen, die sich mit der Energie, der Energiepolitik befassen, viel mehr Tauben als Falken. Der hier entstandene Eindruck ist sicherlich falsch. Aber vielleicht kommt man deswegen dazu, weil in weiten Bereichen der Eindruck herrscht, daß, wie einmal formuliert wurde, Energiepolitik in Österreich nicht gemacht wird, sondern einfach passiert.

Jetzt sagt der Herr Energieminister: Die ÖVP gibt mir nicht das, was ich brauche. Sie gibt mir kein Energiesicherungsgesetz. — Ja, meine Damen und Herren, so ist es nicht, und das stimmt doch eigentlich nicht. Wir wissen ja alle, daß die Novellen zum Erdölbevorratungs- und Meldegesetz und zum Energielenkungsgesetz fertig hier im Hause liegen, daß sie fertig beraten sind im Unterausschuß und nur an der starren Haltung in der Frage der energierechtlichen Bestimmungen in der Gewerbeordnung gescheitert sind.

Aber es kann doch der Herr Handelsminister von uns nicht erwarten, daß wir ihn einfach umarmen, wenn dauernd Wünsche kommen von irgendwoher, Wünsche, die die Betriebe unnötig belasten, wie wir glauben, und Wünsche, deren Erfüllung überhaupt kein Mensch braucht, Wünsche, die nach

unserer Meinung überhaupt nichts bringen. Aber sich dann einfach auf die ÖVP auszureden, wenn es im eigenen Ressort nicht so läuft, ist, wie ich glaube, etwas zu einfach.

Der Beweis dafür, daß es nicht so richtig läuft, meine Damen und Herren, ist auch wieder dieses Budget, in dem, wie wir feststellen müssen, für Energiesicherungsmaßnahmen praktisch nichts enthalten ist. Es sind Fakten: Es fehlen die Mittel und die Konzepte zum Ausbau der Fernwärme, zur Nutzung der industriellen Abwärme, zum weiteren Ausbau der Wasserkräfte, zur sicheren Versorgung mit Kohle für die Stromversorgung, für Alternativenenergien und besonders auch für die Beratung beim Energiesparen.

Wenn es schon keine Zukunftsaspekte in diesem Budget gibt, so müssen wir leider auch feststellen — ich kann dem Herrn Minister diese Feststellung nicht ersparen —, daß im Energiebereich auch die Vergangenheit in weiten Bereichen nicht bewältigt ist.

Am 10. Juli 1979 — das ist also zweieinhalb Jahre her — hat es einen Operationskalender zum energiepolitischen Maßnahmenkatalog der Bundesregierung gegeben. Ich möchte nur an wenigen Beispielen aufzeigen, welche Versäumnisse es gegeben hat oder wie in manchen Bereichen die Entwicklung einfach davongezogen ist.

Ich spreche gar nicht davon, daß der langfristige Ersatz von schwerem Heizöl durch polnische Kohle inzwischen durch die internationale Entwicklung, die man in diesem Ausmaß und in dieser Tragik nicht voraussehen konnte, einfach nicht mehr stimmt.

Aber etwas hat man gewußt, meine Damen und Herren, weil das nicht von den internationalen Einflüssen abhängig ist: Bei der Nutzung von Kleinwasserkraften, die in diesem Operationskalender als besonders wichtig angesehen wurde, ist nichts geschehen. Die Situation der Kleinkraftwerke hat sich in dieser Zeit insbesondere elektrizitätsrechtlich überhaupt nicht verbessert.

Es hat auch keine Verbesserung, vielleicht von Einzelfällen abgesehen, bei den Konditionen für die Einspeisung von elektrischem Strom aus Industrieanlagen in das öffentliche Netz gegeben.

Meine Damen und Herren! Das Dampfkessel-Emissionsgesetz ist als eine besonders wichtige Sofortmaßnahme im Katalog angeführt. Dieses Dampfkessel-Emissionsgesetz ist inzwischen in Kraft getreten. Es wurde beschlossen gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei; wir haben immer



10170

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Dkfm. Löffler**

Bedenken angemeldet. Was stellt sich jetzt heraus? Wie begründet waren unsere Bedenken! Heute weiß man, daß dieses Gesetz nicht administriert werden kann, denn wenn dieses Gesetz rigoros angewendet würde, dann müßten in Österreich alle älteren Wärmekraftwerke zusperrten, und die Stromversorgung in Österreich wäre in Frage gestellt. Erwarten Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, daß wir zu solchen Gesetzen einfach ja sagen können?

Ich verweise auf den Energiebeauftragten bei den Großverbrauchern, der im Energiesicherungsgesetz vorgesehen wäre, ein Mitarbeiter in einem Betrieb, der der staatlichen Verwaltung unterstellt wird. Es war das auch einer der harten Kerne bei den Verhandlungen über das Energiesicherungsgesetz. Er geht auf eine Erfindung der EVA zurück; die EVA ist bekanntlich die Energieverwertungsagentur. Aber inzwischen ist auch die EVA bereits von diesem Energiebeauftragten abgerückt. So ein Abrücken bei der EVA ist gar nicht zu verwundern, denn die hat noch bessere Vorschläge im Laufe dieses Jahres vorgebracht.

Im Sommer dieses Jahres hat der Generalsekretär der EVA vorgeschlagen, daß die Gemeinden und die Länder steuerfreie Anleihen auflegen sollen, an und für sich eine gute Idee, Anleihen für energiesparende Investitionen. Das ist ein ganz guter Vorschlag. Aber, meine Damen und Herren, im Sommer hat er eine Verzinsung von 6 Prozent vorgeschlagen, in einer Zeit, in der jeder lächelnd aus einer Bank gegangen ist, wenn ihm für eine normale Spareinlage nur 10 Prozent geboten wurden und Anleihen mit 10 Prozent Verzinsung einfach unverkäuflich liegengeblieben sind.

Es erhebt sich da wirklich die Frage, ob denn die EVA die 70 Groschen wert ist, die der Bund und die Länder pro Kopf der Bevölkerung für sie ausgeben. Es handelt sich immerhin um ein Budget von 8 Millionen Schilling. Wie lieb der Herr Minister die EVA hat, geht daraus hervor, daß er als Vizepräsident, wie ich höre, nicht bei einer einzigen Sitzung dabeigewesen ist. Wahrscheinlich ist es nicht notwendig. Ich glaube, er hat gar nicht so schlecht gehandelt.

Zur Kraft-Wärme-Kupplung: Der Operationskalender empfiehlt die Prüfung der Möglichkeiten der Verwendung der Abwärme von kalorischen Kraftwerken, vor allem auch zur Raumheizung. In diesem Kalender wird gleich von einem Anschlußzwang gesprochen.

Kollege Heindl hat in der „Sozialistischen Korrespondenz“ vom 24. November festge-

stellt, daß das Fernwärmegesetz, das verhandelt wird, nicht beschlußreif ist, daß die Beratungen sehr weit gediehen sind, aber es dauere noch eine gewisse Zeit. Ich glaube, er hat recht gehabt mit seiner Aussage. Ich meine, daß wir deswegen noch keine Beschlußreife erreichten, Herr Minister, weil zwar die Beratungen meiner Meinung nach sehr sachlich geführt werden, aber für mein Gefühl die Experten bei diesen Verhandlungen eigentlich bereits zu sehr im Detail sind, ohne daß man bisher auf grundsätzliche Fragen eingegangen ist und grundsätzliche Fragen überhaupt richtig ausdiskutiert hat. Dabei geht es um folgende Frage: Soll die Fernwärme überhaupt forciert werden, aus welchen Gründen, und welche Vorteile bringt denn die Fernwärme und wann wird sie vor allem diese Vorteile bringen?

Es sei in diesem Zusammenhang ein Blick ins Ausland erlaubt. Man soll auch dann ins Ausland schauen, wenn dort etwas besser ist, und nicht nur dann, wenn die Dinge irgendwo schlechter liegen und wir deshalb gerne Vergleiche anstellen.

Man muß feststellen, Herr Minister, daß in der Bundesrepublik Deutschland aus vielen Gründen, die man aus Zeitgründen jetzt nicht anführen kann, die Euphorie für die Fernwärme eigentlich sehr gedämpft ist.

In den Nordländern Dänemark, Schweden und Finnland funktioniert sie ganz ausgezeichnet. In Dänemark werden 32 Prozent der Wohnungen mit Abwärme oder Fernwärme versorgt. In Österreich sind es 2 Prozent: 32 Prozent gegen 2 Prozent!

In Dänemark, in Schweden und in Finnland besteht kein Anschlußzwang bei der Fernwärme. Bei uns glaubt man, man brauche das unbedingt, um die Fernwärme forcieren zu können, man glaubt, das sei unbedingt notwendig. In den Nordländern hat man trotz des Fehlens des Anschlußzwanges diese ungeheure Dichte erreicht.

Auch das finnische Beispiel ist interessant. In Helsinki sind 80 Prozent der Wohnungen mit Fernwärme — ohne Anschlußzwang! — versorgt. Die Antwort, warum es auch ohne Zwang geht, ist, glaube ich, sehr einfach. Das geht deswegen, weil dort die Fernwärme billiger ist als jede andere eigens erzeugte Wärme. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidendes Moment, ein Moment, das in Österreich nach meinem Gefühl derzeit noch nicht geklärt ist.

Wie ist denn der Mensch, wenn er mit etwas Neuem konfrontiert wird? Bei der Abhängigkeit von einer Leitung — bitte, ich stelle das als Kommunalpolitiker auch immer fest —



**Dkfm. Löffler**

entsteht eine zusätzliche Unsicherheit beim Energiekonsumenten. Es entsteht in ihm der Wunsch, unabhängig zu sein, irgendwie auszusteiern oder das durch irgend etwas zu ersetzen.

Wir sehen ja in Österreich in weiten Bereichen, daß dort, wo der Fernwärmepreis höher ist als der Preis für andere Wärme, Schwierigkeiten entstehen. Eine Untersuchung in Salzburg hat ergeben, daß in den Schulen, die mit Fernwärme betrieben werden, die Heizkosten und der Verbrauch ungleich höher sind als in allen anderen Schulen, die mit Öl beheizt werden.

Ich fürchte, Herr Minister, daß die Fernwärme in Österreich so lange nicht wirklich erfolgreich sein wird, als man sich nicht über die Frage der Kalkulationsgrundlagen generell einigen kann. Ich weiß nicht, ob das möglich ist. Aber ich fürchte, ohne das wird es nicht gehen. Ich glaube, das ist viel wichtiger als die ganze Diskussion über den Anschlußzwang.

Die Kraft-Wärme-Kupplung spielt natürlich eine ganz wichtige Rolle bei der Verwendung der Abwärme bei der Stromerzeugung. Wir wissen ja, daß ein Drittel der Brennstoffe in kalorischen Kraftwerken nur zur Stromerzeugung verwendet wird und zwei Drittel in die Luft hinausgehen.

Gestern hätte einem ja der Schlag treffen können, wenn man in einer Tageszeitung gelesen hat, daß Verbundgeneraldirektor Fremuth das Öl und das Gas durch Strom ersetzen möchte. Gott sei Dank hat er das in einer Aussendung inzwischen aufgeklärt. Es war ein Mißverständnis der Zeitung. Im Gegenteil meint er, daß die E-Wirtschaft befürchten müsse, daß Öl und Gas durch Strom ersetzt werden und daß man darauf gar nicht ausreichend vorbereitet wäre. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Aber nach dieser Zeitungsmeldung, meine Damen und Herren — vielleicht ist das ganz interessant —, habe ich folgende Überlegung angestellt: Wenn in Österreich alle in den Haushalten vorhandenen Heizlüfter und Speicheröfen in Betrieb genommen werden würden, weil man nicht mehr mit Öl heizt, sondern mit Strom, so ergäbe das eine Anschlußleistung von 10 600 Megawatt. Das ist eine Menge, wofür man 30 Donaukraftwerke oder 15 Kernkraftwerke in der Größenordnung von Zwentendorf brauchen würde. Wenn nur die 700 000 Haushalte in Wien plötzlich statt mit Gas mit Strom kochten und man in der Zeit zwischen 10 und 12 Uhr alle normal zugelassenen 2-Kilowatt-Herde ansteckte, wäre das der

Verbrauch von drei mittleren Donaukraftwerken oder von zwei Kernkraftwerken à la Zwentendorf. Ich glaube, an dieser Größenordnung kann man ersehen, wie labil dieses ganze Schiff ist.

Herr Minister! Ein Punkt, bei dem mir eigentlich die Taten nach den Worten fehlen, ist, daß im Operationskalender — es ist eine Kleinigkeit, aber ich muß sie erwähnen — auch Darlehen für die Anschaffung von Meßgeräten angekündigt werden, und zwar für die Messung des Energieverbrauches im industriellen Bereich.

Das ist eine gute Sache. Energiesparen in der Industrie ist wichtig. Es ist ja ein Kostenfaktor. Dann gibt es auch noch Darlehen dafür. Es hat sogar im Operationskalender dafür einen Budgetansatz gegeben, und die Papierindustrie hat noch 1979 Anträge dafür eingebracht.

Was ist geschehen? — Sie haben es erraten — nichts ist geschehen! Nicht einmal eine Nachricht haben die Antragsteller erhalten, ob ihr Ansuchen behandelt wird. Natürlich stürzt wegen so etwas keine Welt ein. Man sollte deswegen auch keine Rückschlüsse auf die Schlagkraft der Energiesparbürokratie treffen. Aber wenn man diese Bestimmungen weiter verfolgt, Herr Minister, dann sieht man, daß diese Förderungsbestimmungen gerade das Gegenteil erreichen, weil sie ein administratives Ersparungshemmnis sind, denn diese Energiespargeräte beziehungsweise Meßgeräte dürfen erst dann angeschafft werden, wenn die ausdrückliche Zustimmung des Handelsministeriums vorliegt. Seit Ende 1979 hat das Ministerium nicht reagiert.

Das Energiesparen ist ja nicht nur im Bereich der Wirtschaft aktuell. Kollege Köck hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen. Dieses Energiesparproblem ist ja heute ganz tief im Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten. Aber, meine Damen und Herren, wir stellen immer wieder fest, daß breite Bevölkerungsschichten diesem Problem und diesen Fragen heute vollkommen hilflos gegenüberstehen und total verunsichert sind.

Es ist jetzt ein paar Jahre her, daß der Herr Bundeskanzler die Energiespardiskussion mit dem Rat eingeleitet hat: Rasieren Sie sich eben statt elektrisch naß, das ist ein ganz wichtiger Beitrag zum Energiesparen! Er hat damit vielleicht sogar eine ganze Nation mobilisiert. Und nicht nur das: Er hat auch der Rasierklingenindustrie und der Rasiercremeindustrie zu einem unerhörten Boom verholfen.

10172

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Dkfm. Löffler**

Diese Aussage hat eine eigenartige Erscheinung nach sich gezogen: Die Menschen haben Angst bekommen, auf einmal zuwenig Energie, vor allem zuwenig Strom, zu haben.

Aber vielleicht ist folgendes ganz interessant. Ich weiß nicht, ob Sie sich einmal ausgerechnet haben, was ein Mann, der sich täglich mit einem Elektrorasierer drei Minuten rasiert, sich also 365 Tage im Jahr jeweils drei Minuten rasiert, an jährlichen Stromkosten hat. Ich glaube, es wird Sie überraschen, wenn ich Ihnen sage, daß es 50 Groschen pro Jahr sind. In einer solchen Größenordnung wäre dieser Vorschlag.

Andere Fragen tauchen heute in der Bevölkerung auf. Das ist, ich möchte fast sagen, ein bisserl bedenklich, weil das Energiespartenden in eine, wie ich glaube, falsche Richtung geht. Daran sind wir sicherlich nicht unschuldig. Man hört heute immer wieder die Diskussion in der Bevölkerung: Ja muß es denn zum Beispiel eine Weihnachtsbeleuchtung in einer Geschäftsstraße geben! Man wird mit solchen Fragen immer konfrontiert.

Meine Gemeindebürger fragen mich, ob bei einem Fußballmatch unbedingt die Flutlichtanlage am Sportplatz brennen muß, ob man nicht auch bei Tag spielen kann. Das sind meistens Leute, die zu Hause gar nicht Energie sparen, die aber erwarten, daß andere für sie sparen.

Natürlich ist es verständlich, meine Damen und Herren, daß die Bevölkerung heute einfach geschockt ist von den Heizkosten. Die Heizkosten sind ja heute in weiten Bereichen je Quadratmeter viel höher als die Mieten. Hier kann ich Kollegen Köck nicht recht geben, der sehr stolz die Erfolge der Energieeinsparung als Erfolge der Maßnahmen, die gesetzt wurden, hingestellt hat.

Meine Damen und Herren! Das ist kein Erfolg von Energiesparmaßnahmen. Das ist etwas ganz anderes. 18 Prozent Rückgang zum Beispiel beim Ofenheizöl im Jahre 1980 bedeuten keine Bedarfsänderung, sondern einfach eine Verbrauchsänderung, einen Konsum- und Komfortverzicht, weil es einfach nicht mehr anders geht, wenn ein 300-Liter-Tank, den man sich heute in jede Wohnung stellen kann, 2 000 S kostet. Da muß man zwangsläufig auf Konsum verzichten. Aber das hat nichts damit zu tun, daß man auf Grund von Beratungen oder von besserer Wärmedämmung oder ähnlichem zu Energieeinsparungen gekommen wäre.

In Österreich ist festgestellt worden, daß man je Quadratmeter Wohnfläche im Schnitt 30 kg Öl verbraucht. Es gibt Wohnungen, wo

40 bis 60 kg pro Quadratmeter keine Seltenheit sind. In der Schweiz, meine Damen und Herren, sind es nur 20 kg pro Quadratmeter, und das Ziel ist, kurzfristig auf 12 kg pro Quadratmeter zu kommen. Wie ist denn das erreicht worden? Wieso ist das dort eigentlich möglich?

Hohes Haus! Ich glaube, daß unsere Bevölkerung heute bei den Fragen der Energieeinsparung einfach nicht unterscheiden kann, was denn Werbung ist, was Information und was Beratung. Es ist ganz egal, ob das im betrieblichen oder im privaten Bereich ist. Ich glaube, man muß einmal deutlich machen, daß Beratung eben etwas anderes ist, daß Beratung objektiv sein muß, daß sie vollständig sein muß und das sie interessenfrei sein muß.

Darum glaube ich — und das fehlt mir derzeit auch in unserer Energiepolitik —, daß diese Beratung ein ganz wesentlicher Teil der Energiepolitik ist. Ich möchte soweit gehen und sagen, daß dort, wo keine Beratung vorhanden ist, das ein Zeichen für fehlende Energiepolitik ist.

Tausende, Herr Minister, warten hier auf Hilfe. Es genügt, glaube ich, nicht, wenn alle, die Länder und die Interessenvertretungen, ein bisserl etwas tun. Ich glaube, es genügt auch nicht, wenn auf Bundesebene die Energiesparberater heute die Finanzbeamten sind, zu denen der Steuerpflichtige kommt und fragt, ob diese oder jene Investition im Haus als steuerbegünstigt abgesetzt werden kann. Dieser arme Teufel ist ja einfach überfordert. Ich glaube, hier müßten noch bedeutende Maßnahmen gesetzt werden, um diese Beratung besser durchführen zu können.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zum Abschluß ein kurzes Wort über die reservierte Haltung der Bundesregierung zum Biosprit und zur Biomasse. Ich kann nicht überprüfen, meine Damen und Herren, ob die Aussage stimmt, daß wir in einem Jahr die fossilen Reserven von 500 000 Jahren verbrauchen und daß wir unseren Kindern eine ausgeplünderte Erde hinterlassen werden. Aber ich glaube, Sie geben mir recht, wenn ich sage, daß jeder das Gefühl hat, daß das Erdöl und das Erdgas irgendwann zu Ende gehen. Ich glaube, daß wir allein deshalb darangehen müssen, die erneuerbaren Energiequellen zu entwickeln. Ich glaube auch, daß wir darangehen müssen, das rasch zu entwickeln, und daß wir nicht mehr viel Zeit haben, dies zu tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden uns im kommenden Jahr aus vielen Gründen entscheiden müssen, ob wir

**Dkfm. Löffler**

es machen; das ist eine Entscheidung nicht für uns allein, sondern auch für die nächste Generation; eine Entscheidung, die uns nicht erspart bleibt.

Meine Damen und Herren! Das Buch „Energie, Wachstum und Arbeitsplätze“, herausgegeben von Volker Hauff, dem deutschen Minister für Forschung und Technologie, beginnt mit einem Zitat von Alfred Polgar. Dieses Zitat lautet: „Die Zukunft kommt in Raten, und das ist das Erträgliche an ihr.“ Ich glaube, daß die Regierung dafür sorgen wird müssen, daß wir uns nicht mit Terminverlust dieser Raten vielleicht in eine unlösbare Situation begeben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.11

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Westreicher.

15.12

Abgeordneter **Westreicher** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anlässlich des Kapitels Handel und Finanzen werde ich mich, wie bereits mehrere Abgeordnete, hauptsächlich mit dem Bereich des Fremdenverkehrs und der Fremdenverkehrspolitik in diesem Lande auseinanderzusetzen.

Ich habe mir vorgenommen, meine Reden dreizuteilen. Ich werde einmal über die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges reden, zweitens über die Zielvorstellungen, die wir als Interessenvertreter oder als Insider von dieser Branche haben, und drittes werde ich mich auch mit der Fremdenverkehrspolitik der Regierung auseinanderzusetzen haben, da der Abgeordnete Heindl hier, glaube ich, etwas zu rosarot die Leistungen des Handelsministers in den Vordergrund gestellt hat. Ich glaube, es soll doch der Wahrheit die Ehre gegeben und die Leistungen dorthin gestellt werden, wo zu ersehen ist, was der Handelsminister für die österreichische Fremdenverkehrspolitik tut.

Was mich eigentlich am meisten freut, wenn ich zu dieser Wirtschaftssparte spreche, ist, daß sich im Laufe der letzten Jahre immer mehr und mehr Österreicher für die Wichtigkeit und die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges einsetzen und sich zu ihm bekennen. Eine letzte Umfrage hat ergeben, daß 75 Prozent aller Österreicher die Leistungen der Fremdenverkehrswirtschaft sehr wohl zu schätzen wissen. Das ist eine erfreuliche Tatsache. Ich glaube, hieraus ersieht man auch das Gespür und das Gefühl dafür, was diese Wirtschaft für Österreich leistet.

Auch zum Jahr 1981, das in vielen Bereichen der Wirtschaft Probleme mit sich

gebracht hat, wo wir große Sorgen haben, können wir Fremdenverkehrspolitik sagen, daß wir gut abgeschlossen haben. Wir haben zwar geringere Zuwachsraten, aber die Bedeutung ist wieder gewachsen.

Dr. Heindl hat diese Input-Output-Analyse bereits erwähnt: 10,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden durch den Fremdenverkehr erwirtschaftet. In Zahlen ausgedrückt sind es weit über 100 Milliarden Schilling. Wenn man diese Zahlen nochmals unterteilt, so sind der Großteil davon, nämlich 85 Milliarden Schilling, Deviseneinnahmen.

Was Devisen bedeuten, glaube ich, brauche ich nicht zu erklären. Sie bedeuten sicher eine ausgeglichene Zahlungsbilanz.

Was mehr Ermächtigungen für den Finanzminister bedeuten, ist auch klar. Es sind damit mehr Steuern da. Es kommen mehr Abgaben. Darüber hinaus werden auch mehr Arbeitsplätze in diesem Lande geschaffen.

Hier hat — was mich eigentlich von sozialistischer Seite sehr gewundert hat — Dr. Heindl erstmals gesagt, daß der Arbeitsplatz im Fremdenverkehr auch ein Arbeitsplatz ist. Bis jetzt ist dieser Arbeitsplatz eher diffamiert worden.

Vielleicht zur Untermauerung darf ich sagen: 1970 haben wir 90 000 Mitarbeiter beschäftigt. 1981 werden es bereits 130 000 Mitarbeiter sein. Oder: Wenn ich sie auf das heurige Jahr zurückrechne, so sind das 3 000 Arbeitsplätze im Jahr 1981 mehr.

Hier, in einer ganz schwierigen arbeitsmarktpolitischen Situation, sind wir uns sehr wohl bewußt, daß, wenn man nun diese Arbeitskräfte in Facharbeiter und Hilfsarbeiter unterteilt, 66 Prozent Hilfsarbeiter und 34 Prozent Facharbeiter sind. Die Hilfsarbeiter sind in Österreich — Gott sei Dank, möchte ich sagen — noch schwierig zu bekommen. Wir waren und sind auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.

Das Ausländerkontingent ist aber seit 1970 immer bei 15 000 stehengeblieben. Heuer haben wir erstmals nach schwierigsten Verhandlungen auf Sozialpartnerebene das Kontingent auflockern und um 400 Kontingentplätze erhöhen können. Bitte, das ist ein kleiner Erfolg. Aber ich werde noch darauf zu sprechen kommen.

Die Deviseneinnahmen pro Ausländernächtigung sind durch die Qualitätssteigerungen, die wir sicherlich mit Hilfe des Handelsministeriums, mit Hilfe der geförderten Kredite, mit Hilfe der Risikobereitschaft der Unternehmer, mit Hilfe des Engagements, bei dem

**Westreicher**

Hunderttausende Menschen mitgearbeitet haben, erreicht haben, auch gestiegen. 1972 waren es noch 495 S, die der Gast in Österreich pro Tag ausgegeben hat, 1980 sind es bereits 925 S. Wenn ich das auf den Index von 1970 beziehe — mit 100 angenommen —, so sind es im Jahre 1980 226 S. Man sieht also, es hat sich mehr als verdoppelt. Hier ist ein erfreulicher Erfolg gegeben, weil es volkswirtschaftlich für uns große Bedeutung hat, daß qualitativere und zahlungskräftigere Gäste nach Österreich gekommen sind.

Man sieht, wir haben Strukturpolitik betrieben. Wir waren bereit, den Wünschen der Gäste nach mehr Wohnkomfort, nach mehr Dienstleistung immer gerecht zu werden. Ich glaube, dadurch ist der erfreuliche Erfolg gekommen.

Meine Damen und Herren! Wenn man das alles hört, so würde eigentlich der Fremdenverkehr als wirtschaftlicher Musterknaube in der Republik Österreich dastehen. Wir haben eine hohe Wertschöpfung bei relativ geringen Importen. Die Importe liegen weit unter denen der Industrie, des Handels oder des Gewerbes. Es sind maximal 13 Prozent, die wir zu importieren haben. Wir bieten gesicherte Arbeitsplätze. Die hohe Investitionstätigkeit hilft der Bauwirtschaft, dem Bauberggewerbe, dem Handel, dem Gewerbe, der Industrie und der Landwirtschaft, um auch dort die Verflochtenheit der Arbeitsplätze zu sichern.

Ein regionaler Einkommensausgleich ist hier gegeben, wo es an und für sich ja sonst schwierig wäre, außerhalb der Ballungszentren das Einkommen dieser Menschen zu verbessern. Wir haben eine Vielzahl von selbstständigen Arbeitsplätzen. Die Konjunkturreinbrüche der Jahre 1966, 1973, 1974, 1975, 1980 und 1981 sind eigentlich, glaube ich, in dieser Branche durch ihre innovative Tätigkeit und durch risikofreudige Entscheidungen immer wieder bestens überstanden worden.

Der Strukturwandel hat sich auch im Angebot vollzogen. Die Privatzimmervermietung, die an und für sich am problematischsten war und wo wir heute noch Probleme haben, weil sie ja rückläufig ist, geht heute dazu über, Wohneinheiten, Wohnungen anzubieten. Ich glaube, das ist richtig so, um dem Nebenerwerb der Bauern und der Menschen, die eben in diesen Gebieten wohnen, möglichst entgegenzukommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Meine Damen und Herren! Unser Ziel wird nach wie vor sein, daß wir auch unser Kapital, die Landschaft, erhalten und schützen. Ich möchte es vielleicht so formulieren: Die Natur wollen wir nicht vor dem

Menschen, sondern für den Menschen erhalten, ausbauen und schützen.

Das nächste Ziel in unserer Branche wird sein, daß wir uns nach der qualitativen Ausstattung auf dem Investitionssektor sehr, sehr für die Qualität des Angebots interessieren müssen. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß heute der bestausgestattete Betrieb ohne qualitatives Dienstleistungsserviceangebot nicht entsprechen wird. Für mich steht der Vollhotelbetrieb mit einer qualifizierten Dienstleistung auch in Zukunft im Vordergrund. Hier hat die Interessenvertretung, die Handelskammer, sehr wohl bewußt in diese Richtung gearbeitet.

Sie wissen, Herr Minister, daß wir die Klassifizierungsrichtlinien geändert haben. Wir sind von der Bezeichnung A, B, C, D zur Sternebezeichnung gekommen, die in den Reiseländern immer mehr und mehr durchgreifen wird. Hier gilt unser Bestreben, nach außen hin bereits dem Gast, dem Kunden zu dokumentieren, mit welchen Leistungen er in unseren Betrieben rechnen kann.

Ein weiteres Ziel wird es sein müssen, daß wir die Vielfalt der Unterkunftsformen erhalten, und zwar mit dem Schwerpunkt darauf, wie sich die Wohn- und Lebensgewohnheiten der Menschen ändern. In diesem Sinn wird es notwendig sein, daß sich die Betriebe einzeln neben den Orten zu profilieren versuchen durch saisonal differenzierte Angebote, durch Familienarrangements, durch Kinderprogramme, durch was immer eben notwendig ist.

Hier möchte ich dem Herrn Abgeordneten Schranz doch etwas sagen, nachdem er jährlich wie eine Uhr immer wieder an den Handelsminister Anfragen stellt: Herr Minister! Werden Sie aufpassen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft nicht zu hohe Preise verlangt, daß sie viel flexibler in ihrem Angebot ist?

Herr Minister! Sie wissen, wir bieten heute gesamtösterreichisch nicht nur verschiedenste Unterkunftsformen an, sondern auch preislich sehr differenzierte. Sie können heute in Österreich von 130 S anfangen in Vollpension gehen, aber natürlich um bis zu 2 000 S auch. Das soll ja die Vielfalt bieten. Um diese Vielfalt zu erhalten, müssen wir, glaube ich, noch stärker danach trachten, daß die Serviceleistungen, die Vollbetriebsleistungen ausgebaut werden. Denn da haben wir eine Monopolstellung gegenüber unserer ausländischen Konkurrenz.

Es wird uns auch darum gehen, daß wir für die Sicherheit der Gäste sorgen. Ich spreche jetzt von der Sicherheit innerhalb des Betrie-

**Westreicher**

bes, konkret vom Problem des Brandschutzes. Wir haben auf diesem Gebiet in den letzten Jahren nicht nur im Ausland, sondern auch in Österreich immer wieder unangenehme Dinge erlebt. Es wird uns in erster Linie darum gehen, dem Gast Sicherheit zu bieten, und erst in zweiter Linie um den Objektschutz. Das heißt, daß es uns primär darum geht, durch die Schulung des Personals eine möglichst effiziente Alarmierung und Räumung der Betriebe vornehmen zu können. Erst in zweiter Linie werden wir uns mit schwer Entflammbarem, mit schwer Entzündbarem auseinandersetzen.

Herr Minister! Sie haben in dieser Frage, soweit ich informiert bin, eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Man wird diese Sache sehr differenziert anschauen, denn auch hier ist zwischen Stadt und Land natürlich ein großer Unterschied.

Ich bin mir allerdings bewußt, daß diese Zielvorstellungen nicht leicht erreichbar sind, weil es auch in Österreich immer schwieriger wird, preisgünstig zu bleiben. Wir haben eine Geldwertpolitik, die sich sehr stark an die D-Mark anhängt. Ich bin mir sehr wohl bewußt, wie importabhängig unser Land ist und daß wir gerade aus der Bundesrepublik Deutschland viele unserer Importe beziehen. Dahin gehend ist sicherlich eine Koppelung an die D-Mark notwendig. Aber bei diesem starren Verhältnis habe ich Angst, daß wir auch das nächste Mal wieder mitgehen und unsere Konkurrenzländer, ob das nun Frankreich, Italien oder Griechenland ist, zum gleichen Zeitpunkt ihre Währungen abwerten. Das ergibt natürlich Preisvorteile für diese Länder schon vom monetären Sektor her, von der Währungsparität her.

Hier habe ich eine gewisse Sorge, denn neben dieser Hartwährungspolitik nimmt auch die Gierigkeit unseres Finanzministers nach mehr Steuern, nach mehr Abgaben, nach mehr Bürokratisierung zu. Ich möchte fast sagen: Hier werden die Grenzen weit überschritten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich darf nur ganz kurz die Trinkgeldbesteuerung erwähnen, die mit 1. Jänner zum Tragen kommen wird, weiters den Sozialversicherungssektor und die Telefongebühren. Herr Minister! Ich bin unglücklich darüber, aber sie werden immer wieder in diesem Hohen Hause behandelt. Mir scheint, daß wir gar nicht in der Lage sind, den Erlaß, den Sie herausgegeben haben, wonach wir nun verpflichtet wären, ab 1. Juli 1982 von jedem Ort in Österreich aus ein Drei-Minuten-Gespräch nach den Hauptstädten der Länder aufzuzeigen, überhaupt zu exekutieren. Ich glaube,

wir müssen sehr wohl noch darüber reden, weil nicht einmal die Postverwaltung bereit ist, uns zu sagen, was ein Telefonat vom Ort X nach Y kostet. Jedenfalls innerhalb Österreichs geht das nicht, für Auslandsgespräche ist es etwas leichter.

Hier möchte ich gleich auf das übergehen, was die Regierung für den Fremdenverkehr leistet. Herr Minister! Ich kenne Ihren guten Willen, aber ich bedauere, daß Sie keine Durchsetzungskraft haben.

Der Österreichische Fremdenverkehrstag 1980 hat sich unter anderem auch mit den öffentlichen Abgaben befaßt. Vielleicht ist ganz interessant, sich einmal anzuschauen, was wir damals gemeinsam überlegt, was wir gemeinsam für störend gefunden haben und was innerhalb dieser zwei Jahre oder dieser eineinhalb Jahre passiert ist.

Wir haben damals festgestellt, daß die Besteuerung des österreichischen Fremdenverkehrs europäische Spitze erreicht hat. Beim Getränkesteuersektor hat schon Kollege Landgraf, glaube ich, in sehr eindringlicher und sehr klarer Form dargestellt, wie es hier bei unseren Nachbarländern ausschaut. Gesamtsteuerlich haben wir damals festgestellt, daß in Bayern die Besteuerung zwischen 11,7 und 13,5 Prozent liegt, in der Schweiz zwischen 1,8 und 6,4 Prozent und in Österreich zwischen 13,2 und 18,1 Prozent. Diese Zahlen sind heute sicherlich überholt.

Wenn ich mir die weiteren Punkte anschau: Wir haben damals gemeinsam festgestellt, daß es notwendig ist, eine einfachere und weniger aufwendige Administration der gesamten Abgabenwirtschaft zu erreichen. Warum geht die Regierung her und versucht jetzt, durch eine, ich müßte sagen, fast unsinnige Auflage die Betriebe dazu zu zwingen, neben der Finanzbuchhaltung jetzt noch Belege zu erstellen mit Durchschrift für den Kunden und mit der Ablagepflicht im Betrieb selber? Die Problematik der Finanzbuchhaltung und die Glaubwürdigkeit sind ja heute gesetzlich geregelt. Hier verschärft man sie noch dadurch, daß man sagt: Wehe, wenn diese Zettelwirtschaft nicht ordnungsgemäß abgelegt ist, dann stellen wir erst recht die Glaubwürdigkeit in Frage.

Wie soll das jetzt bei uns überhaupt funktionieren?

Natürlich haben wir heute überall Rechnungen, wo Zimmervermietung ist, natürlich haben wir Rechnungen, soweit sie der Gast verlangt. Ich bestehe auch darauf, daß jeder Gast bei mir eine Rechnung bekommt, denn er soll ja nachrechnen können. Es geht ja

**Westreicher**

sicher nicht an, daß dem Gast zugemutet wird, daß der Ober oder die Serviererin im Kopf zusammenzählt, was die Konsumation ausmacht. Wir haben bis heute schon einen Beleg erteilt. Aber dieser Beleg war ohne Durchschrift. Heute muß ich hergehen und noch eine Durchschrift machen und das dann ablegen.

Die Umsatzerfassung — damit hat der Finanzminister geglaubt, er kann der Steuerhinterziehung einen Riegel verschieben — ist für mich überhaupt unerklärlich. Wenn man die Abrechnungsmodalitäten in dieser Branche kennt, so sind sie wesentlich anders. Hier ist es de facto so, daß ich die Ware auf Kommission dem Ober übergebe. Bitte, ich könnte mich jetzt sicherlich auf den Standpunkt stellen: Das ist bereits ein Lieferschein, das ist bereits eine Rechnung, das müßte jedenfalls der Finanzbuchhaltung — de facto hat es ja bis heute genügt — gerecht werden.

Ich sehe mich jedenfalls als Inhaber eines Betriebes außerstande, ab 1. Januar mit dieser Problematik fertig zu werden. Nun hat sich dankenswerterweise auch der Herr Abgeordnete Heindl dieses Problem angenommen. Er war der Auffassung, daß man hier noch miteinander reden könnte. — Ja. Aber, Herr Minister, ich frage mich: Wann soll man reden, wenn diese Maßnahme mit 1. Jänner eingeführt werden soll? Ich glaube, wir müßten eine Fristerstreckung erlangen und sagen: Okay, wir fangen mit 1. Mai oder mit 1. Juni an, damit sich die Betriebe umstellen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für mich ist die Lage jedenfalls heute so: Wir sind mitten in der Saison und sollen das jetzt betrieblich total umstellen. Ich weiß nicht, wie das möglich sein wird. Aber vielleicht kann man wirklich noch darüber reden — ich bin ja Optimist —, nachdem das doch bei anderen Fragen auch gegangen ist.

Herr Minister! Noch etwas, was gemeinsam festgestellt worden ist: Eine Vereinfachung der Sachbezugsbewertung wäre dringend erforderlich. Es ist sicher, wenn man heute von der Mobilität des Österreichers spricht, daß dies eine arbeitsplatzhemmende Maßnahme ist. Überlegen Sie sich folgendes: Wenn heute ein Steirer, ein Kärntner, ein Niederösterreicher oder ein Oberösterreicher bereit ist, nach Tirol zu gehen, um zu arbeiten, so wird er dafür bestraft, denn er hat für die kostenlos zur Verfügung gestellte Unterkunft Lohnsteuer zu bezahlen. Ich habe das schon ein paarmal aufgezeigt, aber hier geht nichts weiter. Von der Vereinfachung der Lohnverrechnung ist ganz zu schweigen.

Was ist nun bei der Abschreibung passiert? Wir sagen, es wäre vor allem auf dem Abschreibungssektor für Einrichtungen, die der Saisonverlängerung dienen, also für Schlechtwettereinrichtungen, wobei eine analoge Regelung bei Küchen- und Sanitärbauten zu treffen wäre bei Anlagen, die den Wärmeschutz betreffen, eine verbesserte Abschreibung respektive — gerade beim Wärmeschutz — eine Anerkennung als Reparatur notwendig. Das Gegenteil ist bewirkt worden. Die Abschreibungsmöglichkeiten sind von 50 auf 40 Prozent reduziert worden.

Dieselbe Problematik gibt es bei der Einheitswertbesteuerung. Sie wissen genau, Herr Minister, daß gerade die Einsaisonbetriebe, die Betriebe, die am See sind, die dem Gast beziehungsweise der Öffentlichkeit einen Park, eine Freizeitanlage zur Verfügung stellen, von der Einheitswertregelung durch Erhöhungen betroffen sind. Die Belastung des Getränkekonsums hat bereits mein Kollege vorgebracht. Weiters: die Umsatzbesteuerung, von den Gästen verrechnete Telefongebühren.

Es gibt schöne Worte, aber von der Regierung, von Ihnen, Herr Minister, ist in diese Richtung nichts unternommen worden. Eher ist alles schwieriger geworden, eher ist diese Angelegenheit noch verschärft worden.

Wie schaut es auf dem Wirtschaftssektor aus? Natürlich haben diese ganzen Aktivitäten, diese ganzen Strukturen, diese Investitionen Kosten verursacht, die nicht von der Eigenkapitalbasis oder vom Gewinn her gedeckt sind, sondern wir haben Schulden gemacht. Mit 40 Milliarden Schilling ist die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft derzeit verschuldet.

Wenn ich nun die Zinspolitik anschau, wobei ich Ihnen nicht alle Schuld, sondern nur Teilschuld gebe, so wird uns alleine diese Zinserhöhung von 3 Prozent, die im heurigen Jahr stattgefunden hat, 1,2 Milliarden Schilling kosten.

Im Handelsministerium rühmt man sich: Es hat noch nie so viel Geld für die Fremdenverkehrswirtschaft gegeben! 772 Millionen Schilling oder 800 Millionen Schilling sind es. Herr Minister! Aber alleine diese Teuerung frißt das bei weitem auf und macht die Förderung ineffizient. Wir haben nach wie vor 3 Prozent, aber bereits 1970, als die Richtlinien erstellt worden sind, war man der Meinung, daß gerade hier durch Zinsstützungen geholfen werden muß. Damals war aber ein Zinsniveau von 7 oder 8 Prozent. Als das dann heruntergestützt wurde, war es sicher eine annehmbare Sache.

**Westreicher**

Der Arbeitsmarkt: Herr Minister, wir haben aufgezeigt, daß hier noch die Möglichkeit besteht, mehr Arbeitskräfte unterzubringen. Aber was ist passiert? In den letzten Jahren gab es nur eine Diffamierung dieses Arbeitsplatzes, und zwar in ganz gemeinster Art, möchte ich sagen. Heute ist alles Sonnenschein, und man jubelt den Fremdenverkehr und die Arbeitsplätze hinauf.

Ich bin der Meinung, daß es mit unserer Gesetzgebung, die sich hauptsächlich mit dem produzierenden Bereich befaßt, die den saisonalen Ablauf und die Dienstleistungsbereitschaft über Tag und Nacht nicht berücksichtigt, zu gewissen Problemen kommt. Aber ich glaube, wir müßten uns einmal zusammensetzen und gemeinsam überlegen: Welche sozialpolitische Gesetzgebung wäre notwendig, um einem Wirtschaftszweig, der 10,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet und 130 000 Menschen beschäftigt, auch eine adäquate Sozialgesetzgebung zu geben?

Hier, Herr Minister, sage ich folgendes: Wäre es nicht richtig, daß man einmal gemeinsam — Handelsministerium, Kammer, Interessenvertretung — versucht, dieses Image wieder zu verbessern, etwa mit einer PR-Kampagne oder was immer es gibt?

Eine Umfrage der Sektion Tirol, die wir heuer im Frühjahr gemacht haben, hat ergeben, daß die Betriebe ihr Handikap darin sehen, um eine Verbesserung ihrer Leistungen zu erringen — 58 Prozent der Betriebe haben das angegeben —, daß sie zu wenig Arbeitskräfte haben. Sie können nicht das, was möglich wäre, erwirtschaften beziehungsweise erarbeiten, weil sie zu wenig Arbeitskräfte haben. 31 Prozent haben gesagt: Die Kredite reichen nicht aus, die Kapitalbildung ist zu schwierig. Nur 10 Prozent haben geglaubt, daß das Wetter einen gewissen Einfluß auf den Geschäftsgang hat.

Herr Minister! Ich will sicherlich nicht den Teufel an die Wand malen. Wir haben einen Baugipfel gehabt. Wir haben einen Stahlgipfel gehabt. Wir haben einen Textilgipfel gehabt. Gott behüte uns vor einem Fremdenverkehrsgipfel! Ich sage nur eine Zahl: Wenn heute in dieser Branche ein fünfprozentiger Nächtigungsrückgang wäre, würde das sicherlich 6 Milliarden Schilling an Umsatzausfall bedeuten. Auf Grund all dieser Probleme bin ich der Auffassung, daß es notwendig und wichtig ist, in dieser Wirtschaftspolitik einen Kurswechsel vorzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir brauchen wieder mehr Spielraum für arbeitsplatzsichernde Investitionen. Wir brau-

chen mehr Eigeninitiative statt Lenkung. Wir brauchen einen Stopp der Steuerschraube, darüber hinaus weniger Bürokratismus und statt eines Aufblähens des Bürokratismus durch die Zettelwirtschaft eine realistische Handhabung der Abgabengesetzgebung. Einen einzigen Lichtblick sehe ich in dem Mock-Kreisky-Abkommen, das uns vielleicht noch einmal helfen wird, aus dem Dilemma herauszukommen, in das man uns hineinge-steigert hat.

Herr Minister! Ich möchte nicht schließen, bevor ich mich nicht auch noch der Probleme annehme, die Sie ureigenst betreffen. Ich weiß, daß Sie sich auch Sorgen machen über die lebende Musik in den Fremdenverkehrsbetrieben. Ich danke Ihnen dafür, denn Österreich ist als Musikland bekannt und berühmt in der ganzen Welt. Ich könnte mir sicherlich vorstellen, daß man nach dem Slogan „wanderbares Österreich“ auch einmal den Slogan „Musikland Österreich“ bringen könnte. Aber wie es derzeit aussieht, müssen wir hier noch etwas dazutun.

Es sind Vorschläge vom Konzertlokalbesitzerverband an Sie ergangen. Sie haben sie aufgegriffen. Ich erwarte, daß Sie in dieser Richtung weitergehen. Wo ich mithelfen kann, bin ich bereit, dies zu tun.

Noch ein letztes Problem. Dr. Heindl hat es als schwieriges, als ungutes Problem angesehen, ich, Herr Minister, sehe es mit großem Unbehagen. Es ist die österreichische Fremdenverkehrswerbung, wo ich die Gelegenheit hatte, bei der letzten Generalversammlung dabeizusein. Das Unbehagen hat man in dieser Versammlung direkt gespürt. Es ist von den Ländern und von den Kammern gekommen. Und Sie als Obmann dieses Vereins, der heute ja der wichtigste Träger der gesamten Fremdenverkehrswerbung ist, riskieren etwas dadurch, daß Sie sich nicht einmischen, daß Sie hier alles gehen lassen, daß hier etwas auseinanderbricht, das nicht mehr kittbar ist.

Ich weiß um die Problematik und um die verschiedenen Interessen, die naturgegeben sind, aber Sie delegieren hier oder delegieren nicht. Sie haben, glaube ich — habe ich das Gefühl gehabt —, eine Freude daran, wenn von den Vertretern der Länder, der Kammern und des Handelsministeriums alles zerredet wird.

Wenn darüber gesprochen wird, wie wir Fremdenverkehrswerbung betreiben sollen, geht es dann soweit, daß die Länderinteressen die vorwiegenden sind.

Ich glaube, die österreichische Fremden-

10178

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Westreicher**

verkehrswerbung hat heute nach wie vor die Aufgabe, für Österreich, für das gesamte Land zu werben, und die Länder haben die Aufgabe, für ihr eigenes Land zu werben. Die Dörfer, Regionen und die Betriebe können sich dann an diesen drei oder vier Ebenen anschließen und mittun.

Herr Minister! Ich werde Sie immer wieder an Ihre Aufgaben erinnern. Wir werden Sie nach Ihren Taten beurteilen und nicht nach Ihren Versprechungen und Auftritten, die Sie im Fremdenverkehr tätigen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.42

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Staribacher.

15.42

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter Westreicher! Ich bin sehr einverstanden, wenn Sie mich nach meinen Taten beurteilen, da kann ich bezüglich der Fremdenverkehrstaten beruhigt Ihrem Urteil entgegensehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, da sind wir uns einig, Sie brauchen es hier gar nicht zu bestätigen. Allein der Dank, den Sie den Beamten ausgesprochen haben, zeigt es ja schon. Daß Sie den Minister nicht einschließen, nehme ich der ÖVP-Oppositionspartei nicht übel. Im Gegenteil, es wäre fast pervers, wenn Sie das machen würden.

Aber Sie wissen ja selbst, was für den Fremdenverkehr in den letzten zehn Jahren geschehen ist. Daß es da sehr wenig zu kritisieren gibt, haben Ihre Ausführungen gezeigt. Denn was Sie kritisiert haben, haben Sie ja nur in der Art kritisiert, daß Sie zum Beispiel gesagt haben: Warum machen Sie nichts mit der Getränkesteuer?

Sie wissen ganz genau, daß wir uns da sehr bemüht haben. Aber da liegt die Schuld nicht einmal beim Herrn Finanzminister, da liegt das Problem bei den Gemeinden, weil das Gemeindeeinnahmen sind. Immer, wenn ich mit Ihnen gemeinsam bei den Gemeinden gewesen bin, haben alle Bürgermeister gesagt: Wir können als Fremdenverkehrsgemeinde darauf unmöglich verzichten, das muß selbstverständlich bleiben. Stimmt es, Herr Abgeordneter? — Na sehen Sie! Bitte, klären Sie den Abgeordneten Westreicher diesbezüglich auf, falls er es vergessen haben sollte!

Nun zu der Frage, die der Herr Präsident Sallinger angeschnitten hat, nämlich ob wir uns in unserer Wirtschaftspolitik neu orientieren sollen, weil wir sie falsch machen.

Ich sehe nirgends die Möglichkeit, uns neu

zu orientieren, denn alle Taten — und an den Taten soll man sie erkennen! — sprechen ja dafür, daß wir sehr erfolgreich waren. Als wir 1970 angefangen haben, meine Damen und Herren von der Oppositionspartei, da war Österreich unter „ferner liefen“. Jetzt vergleichen Sie uns auch nur mehr mit Deutschland und mit der Schweiz, alle anderen haben wir schon zurückgelassen. Also wie können Sie, wenn Sie uns nur mit Deutschland und der Schweiz vergleichen, sagen, daß wir schlecht gewirtschaftet haben? Sie wissen ja auch, daß es uns gut gegangen ist und daß daher unsere Regierungspolitik in dieser Beziehung erfolgreich war. Alles andere spricht dagegen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Frage, die Sie aufwerfen, ist die: Was tun wir für die Klein- und Mittelbetriebe? Ich glaube, auch da kann man die Taten sprechen lassen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)* Seien Sie vorsichtig, Herr Abgeordneter Zittmayr, die BÜRGES war 1970 zugesperrt. Weil kein Geld vorhanden war, mußte sie schließen. Wir haben sie sofort wieder aufgesperrt... *(Abg. Dr. Zittmayr: Das waren ja Steuergelder! Die haben Sie nur verteilt!)* Das waren immer Steuergelder, Herr Abgeordneter Zittmayr, nur hat die Regierung vor uns für die Kleingewerbetreibenden so wenig übrig gehabt, daß sie die BÜRGES hat schließen lassen! Das ist der Unterschied. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Es sind immer Steuergelder, die verteilt werden. Wenn wir heute die Steuergelder besser verteilen und wenn für die Klein- und Mittelbetriebe wesentlich mehr herauschaut als zu Ihrer Zeit, so ist das der beste Beweis, was wir für die BÜRGES tun: Heute gibt es über 10 Milliarden Schilling für die Klein- und Mittelbetriebe! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.)* Was die vorhergehenden Regierungen getan haben — da können Sie jetzt noch so viele Zwischenrufe machen: Es hilft nichts, da liegen Sie daneben!

Herr Abgeordneter Stix und Herr Abgeordneter Landgraf haben gemeint, man müßte mehr für die Krisenvorsorge tun. Einverstanden! Das gebe ich ohne weiteres zu.

Das System, das ich in den elf Jahren durchzusetzen begonnen habe, war sehr langwierig, weil wir nicht gesagt haben: Wir machen eine Krisenvorsorge auf Kosten des Staates! — Dies ist furchtbar einfach. Es kostet nur — das wissen Sie selber — Milliarden. Die haben wir nicht. Daher haben wir die Krisenvorsorge begonnen, indem wir die Interessenvertreter gewonnen haben.

Wir haben zum Beispiel beim Öl — ich gebe



**Bundesminister Dr. Staribacher**

zu, mit Druck der Internationalen Energieagentur — ein Krisenlager angelegt, wir sind beim Öl heute sozusagen aus dem Wasser.

Ich verhandle jetzt gerade mit den Kohlenhändlern, also dem Fachverband, dem Gremium, der Handelskammer. Wir werden auch hier eine freiwillige Aktion zustande bringen, sodaß wir auch hier keine Sorgen haben.

Aber ich kann Sie beruhigen, Herr Abgeordneter Stix: Sie wissen ja wahrscheinlich, daß wir heute über 1 Million Tonnen Öl, über 2 Millionen Tonnen Kohle bei den Elektrizitätswerken liegen haben, die zwar nicht als Krisenvorrat dienen, die wir aber im Winter, wenn es sehr kalt sein sollte, jederzeit einsetzen können, um eine Bevorratung herbeizuführen.

Weil der Herr Abgeordnete Josseck gerade neben Ihnen steht: Fragen Sie ihn, er war genauso darüber erstaunt wie der Herr Abgeordnete Ermacora, der bekanntlich im Handelsministerium jetzt im Zuge der wirtschaftlichen Landesverteidigung mit überprüft hat, was wir machen. Beide Abgeordneten haben mir bestätigt, daß sie sehr überrascht waren, welch positive Arbeit dort geleistet wird. Ich gebe zu, mit fast keinem Geld, denn die 280 000 S sind ja wirklich nur eine Art Erinnerungspost, aber sie ermöglichen es uns, die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten zu leisten.

Was nun die Frage des Herrn Abgeordneten Fachleutner bezüglich der Konzepte betrifft, die wir machen sollten, möchte ich sagen: Herr Abgeordneter Fachleutner, gar nichts ist dagegen einzuwenden, wir könnten sofort ein Ölsaatenkonzept machen, wenn es nicht die Erklärung der vorhergehenden Regierung — ich kann Sie erinnern: 1967 — an die Amerikaner gegeben hätte, daß keine zusätzlichen ... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Aber das ist doch keine Ablenkung! Sie wissen doch ganz genau, ich habe es Ihnen schon tausendmal — auch schriftlich — gegeben, daß wir keine zusätzlichen Abschöpfungsbeträge, keine zusätzliche Importabgabe machen. (*Abg. Kern: Die Schweizer Regierung hat es schon gemacht!*)

Es liegt also nicht an dieser Bundesregierung, sondern es liegt an den verbindlichen Erklärungen der vorhergehenden Bundesregierung.

Herr Abgeordneter Fachleutner! Wir werden uns bemühen — wir sind nämlich ständig am Ball —, vielleicht doch im Zuge der Änderungen auch in Amerika drüben zu einer Lösung zu kommen, denn wie Sie wissen, liegen die Schwierigkeiten bekanntlich drüben.

Die Frage des Biosprits: Daß das ein Staatsbegräbnis wird, davon ist keine Rede! Sie wissen, daß ein Aktionskomitee von den Ministern und den Pressevertretungen eingesetzt wurde. Der Herr Verkehrsminister hat jetzt die entsprechenden Verordnungen fertig, ist damit in die Begutachtung gegangen, wir werden Anfang nächsten Jahres das fix und fertig machen können. Dann wird es darauf ankommen, was die Landwirtschaft an Biosprit preiswert erzeugen kann, was die Ölwirtschaft beimischen kann, und es wird sicherlich dann auch ein Weg gefunden werden können.

Die Bundesregierung wird alle Vorkehrungen dafür treffen und alle Voraussetzungen dafür schaffen, ohne natürlich den Finanzminister wieder mit etlichen 100 Millionen Schilling zu belasten. Denn das Konzept geht halt nicht, zu sagen: Steuersenkungen bei der Mineralölsteuer, dann entsprechende Subventionen vom Finanzminister, dann geht sich alles aus! — Das kann man nicht machen.

Herr Abgeordneter Fachleutner! Sie haben gemeint, in der VP-Zeit war alles besser. Da hätten Sie vorsichtig sein müssen, insbesondere bei der Beschäftigtenlage. Wissen Sie, daß wir 1953/54 305 000 Arbeitslose in Österreich gehabt haben, und das bei einer wesentlich geringeren Beschäftigung? Daß in der Zeit, die Sie zitiert haben, die Arbeitslosenrate 8,7 Prozent im Jahresdurchschnitt betragen hat? (*Abg. Kern: Das stimmt ja nicht!*) Das war in der Zeit, die der Abgeordnete Fachleutner da so propagiert hat, Herr Abgeordneter Kern! Und jetzt haben wir eine Arbeitslosenrate von 2,4 Prozent. Das ist der große Unterschied, den Sie endlich zur Kenntnis nehmen müssen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Köck, bezüglich der Frage Hainburg: Es ist gar keine Frage, daß es hier differente Probleme und Auffassungen gibt. Es ist noch nicht endgültig entschieden, wo wir letzten Endes das Kraftwerk bauen können und werden. Es muß nur diese Donaustufe gebaut werden, weil wir uns dazu auch international verpflichtet haben. Es werden, wenn die entsprechenden Untersuchungen vorliegen, vom Landwirtschaftsministerium, vom Gesundheitsministerium und vom Handelsministerium die entsprechenden Vorschläge gemacht werden. Ich bin überzeugt davon, daß wir einen gemeinsamen vernünftigen Vorschlag machen werden.

Herr Abgeordneter Löffler! Sie meinen, die Energie passiert in Österreich und im Handelsministerium geschieht nichts. Auch das können Sie sagen. Ob es mir recht oder nicht recht ist, will ich gar nicht prüfen.

10180

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Bundesminister Dr. Staribacher**

Ich kann nur feststellen, daß ab 1973 ununterbrochen prognostiziert wird, im nächsten Winter bricht die Energieversorgung zusammen, und schuld ist dann der Staribacher. Es ist klar, ich streite es gar nicht ab, daß ich dann mit schuld wäre, weil ich letzten Endes dafür verantwortlich bin. Nur ist sie bis jetzt nicht zusammengebrochen. Wenn Sie wollen, zu meinem Glück. Aber ich sage Ihnen: Auch auf Grund der Maßnahmen, die letzten Endes von der Energiewirtschaft gesetzt worden sind (*Beifall bei der SPÖ*), und weil wir uns da sehr vorsichtig bewegen.

Es war auch sehr interessant, von Ihnen zu hören, wir sollen mit der Fernwärmeversorgung vorsichtig sein. Das sollen wir noch genau untersuchen.

Das machen wir! Da brauchen Sie keine Sorge zu haben. Bevor wir uns entscheiden, machen wir etwas. Nur bitte schön, sagen Sie Ihrem Kollegen König, der bekanntlich gesagt hat, wir sollen eine Fernwärmeschiene von Wien bis Linz legen: Fragen Sie einmal die Energiefachleute in Ihren eigenen Parteien, was die zu dieser Idee gesagt haben!

Also bitte schön: Nicht zuerst eine Fernwärmeschiene von Wien bis Linz verlangen und dann daherkommen und sagen: Seien Sie vorsichtig, Herr Minister! — Ich bin ohnehin vorsichtig, glauben Sie mir das. Ich bin bezüglich der Ratschläge insbesondere des Herrn Kollegen König sehr, sehr vorsichtig. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Was die Frage betrifft, wo dann der Zwischenruf gekommen ist: Jessasmarandana! Malen S' den Teufel nicht an die Wand! — Wenn alle Konsumenten alle Elektrogeräte gleichzeitig benutzen würden, dann bricht selbstverständlich die Versorgung zusammen. Darüber gibt es überhaupt keinen Zweifel, weil es keine Organisation aushalten würde, auch nicht, wenn wir eine bessere Reserve hätten, das zu liefern.

Es kann aber schon heuer im Winter und in jedem Winter kritisch werden, wenn nur eine große Einheit ausfällt, weil wir bekanntlich diese größte Einheit — nehmen wir zum Beispiel an, das Kraftwerk in Korneuburg fällt aus — mit Reserven nicht ersetzen können, weil wir sie nicht haben. Das ist der Grund, warum wir in der Elektrizitätswirtschaft noch so viel zusätzlich investieren müssen und sich daraus ergibt, daß heuer das Kernkraftwerk hätte in Betrieb genommen werden sollen, wenn nicht die bekannte Entwicklung gewesen wäre. Da brauche ich auf Details nicht einzugehen. Also wir sind uns völlig klar darüber, welche Schwierigkeiten es hier gibt.

Zum Energiesparen, sagen Sie, gibt es Meßgeräte, es interessiert sich die Papierindustrie dafür, und dann kriegt sie nicht einmal eine Antwort.

Sie sind leider falsch informiert, Herr Abgeordneter Löffler. Natürlich haben die Firmen nicht nur Antwort gekriegt, sondern sie haben auch die Beträge schon genannt bekommen, die sie bekommen, wenn sie die entsprechenden Unterlagen — es fehlen nur mehr ein paar — liefern.

Das haben sie leider nicht getan, weshalb wir noch nicht auszahlen konnten. Aber die Papierfabriken — ich kann ja auch die anderen nennen —, die die Ansuchen gemacht haben, kann ich namentlich bekanntgeben.

Ich erkläre wieder, meine Damen und Herren der Presse und überhaupt des ganzen Hauses: Kommen Sie ins Handelsministerium, wir werden Ihnen jede Information geben, die Sie brauchen!

Was die Frage des Energiesparens betrifft, möchte ich sagen: Die Frau Staatssekretär bemüht sich hier ununterbrochen. Es gibt nicht nur Informationen bei der Arbeiterkammer, beim Verein für Konsumenteninformation, bei den Fachverbänden, bei der Handelskammer, beim Boltzmann-Institut, sondern wir haben auch eine Energiefibel gemacht. Die Frau Staatssekretär wird Ihnen eine zuschicken, hat sie mir versprochen, sodaß Sie alles genau nachlesen können.

Was die mobilen Informationsstellen angeht, die es in den Bundesländern gibt, damit das Energiesparen nicht auf dem Papier bleibt, sondern fortgeführt wird: Das ist uns ganz klar, die billigste Energie ist die ersparte Energie. Und die billigste Kilowattstunde ist die, die man nicht verbraucht — darüber kann es keinen Zweifel geben —, ohne daß es zu einer Komforteinschränkung kommen muß.

Herr Abgeordneter Westreicher! Sie meinen, es gibt so viele Gipfel: einen Baugipfel, und so weiter und so fort; nur beim Fremdenverkehr nicht.

Da haben wir auch schon einen Gipfel gemacht. Können Sie sich erinnern? Am 10. August 1974 sind wir zusammengekommen, als es hieß: Jetzt wird die Fremdenverkehrswirtschaft zusammenbrechen!

Sie haben mich nicht eingeladen, ich bin trotzdem hingekommen. Sie wissen das, es war in Innsbruck. Wir haben uns dort zusammengerauft, zusammengestritten, diskutiert und haben dann notwendige Konsequenzen gezogen.

**Bundesminister Dr. Staribacher**

Jetzt haben wir das Gott sei Dank nicht notwendig, weil der Fremdenverkehr so blüht, daß wir keinen Gipfel brauchen. Das ist aber letzten Endes nicht mein Verdienst, sondern unser aller Verdienst, worauf wir sehr stolz sein können.

Ich bin aber trotzdem bereit, wie Sie gesagt haben, eine Imagekampagne zu starten, um vielleicht noch mehr für den Tourismus zu tun. Wie ich ja überhaupt glaube, daß wir trotz unserer wöchentlichen Pressekonferenzen, die wir geben, noch immer viel zuwenig machen, der Bevölkerung klarzumachen, was wir in Österreich wirtschaftlich alles erreicht haben — auch dank der Unterstützung der Handelskammer, dank der gesamten Wirtschaft; das möchte ich gar nicht abstreiten —, was uns geglückt ist, in den siebziger Jahren sozusagen zu leisten.

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir diesen Weg gemeinsam mit den Interessenvertretern, mit der Handelskammer fortsetzen sollten, um die schwierigen achtziger Jahre genauso erfolgreich zu meistern wie die siebziger Jahre. *(Beifall bei der SPÖ.)* 15.57

**Präsident:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Graf.

15.57

**Abgeordneter Graf (ÖVP):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der voraussichtlich letzte Redner der Opposition soll, um dem Parlamentarismus Genüge zu tun, eine wohl-vorbereitete Rede haben, in der er einen nochmaligen Rückblick über die Budgetabläufe dieser Sitzung gibt. Ich habe diese Unterlage, aber ich hoffe, Sie bezeichnen mich nicht der nicht ganz gewissenhaften parlamentarischen Tätigkeit, wenn ich diese Rede nicht halte, sondern nur einige Bemerkungen mache, meine Damen und Herren. Ich glaube, mich Ihrer Sympathie zumindest in dieser Richtung versichern zu können.

Aber gestatten Sie mir doch, in gebotener Kürze, aber auch mit gebotenem Ernst, einige Bemerkungen zu den abgelaufenen Budgetverhandlungen zu machen.

Zuerst ein paar Vorbemerkungen. Für mich, wenn Sie gestatten, stand diese Budgetdebatte unter mehreren Aspekten, die vermutlich einmalig sind, so hoffen wir. Die Ereignisse in Polen, die Annexion der Golan-Höhen und die Nichtmöglichkeit, daß unser Landsmann Waldheim wieder Generalsekretär der UNO werden konnte — jedes Ereignis für sich hat fraglos in abgestufter Dramatik die Sitzung oder die Stimmungslage des Hauses — sicher nicht nur meine — beeinflußt.

Ich stehe auch nicht an zu sagen, daß die Einigung über wirtschaftspolitische Maßnahmen, die wir möglicherweise im Jänner oder Februar in diesem Haus beschließen werden, mich positiv beeindruckt hat, wenn Sie mir das als persönliche Wahrnehmung gestatten.

Nun zum Budget selbst. Herr Bundesminister für Finanzen! Lassen Sie sich sagen, daß trotz der Länge der Debatte das Budget inhaltlich nicht besser geworden ist. Ich habe mich bemüht als relativ aufmerksamer Beobachter der Sitzungstage, aber ich habe vergeblich gehofft, einige wenigstens im Unterton besorgte Töne aus den Reihen der Regierungspartei zu hören. Sie scheinen sich entschlossen zu haben, mit überschwenglichem Lob für eines der schlechtesten Budgets, so wie ich es sehe, die Dinge zu überwinden.

Ich kann Ihnen keinen Vorwurf mehr machen, daß Sie es taten. Denn wenn ich den wortgewaltigen Handelsminister, der jetzt unmittelbar vor mir gesprochen hat, angehört habe, so ist eines an mir hängengeblieben: Daß der Energieminister mit schlanker Hand feststellt: Ha, ha! Beim Öl san ma aus'm Wasser!, und ansonsten so spricht, als ob wir uns in einer Rakete des Fortschritts befinden, die sich ununterbrochen bergauf bewegt. Da wundert es mich nicht, daß Abgeordnete von der Regierungspartei eine lobende Pflichtübung machen, wenn Sie, Herr Minister, ganz ohne Frage wider besseres Wissen so tun, als ob wir keine ernste Situation hätten.

Daher muß ich Ihnen schon sagen: Sie haben die Riege beendet, aber in der Lobhudelei und im Übertünchen der Schwierigkeiten haben Sie sie angeführt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun, Herr Bundesminister für Finanzen: Ich habe keinen Grund, das zu ändern, was ich bei Ihrer Budgetrede in einer Pressekonferenz sagte: Es ist ein Budget der hohen Belastung, der steigenden Verschuldung, und wir haben weniger Geld für die Sicherung der Arbeitsplätze. Dabei ist es geblieben.

Ich habe Ihnen unmittelbar nach der Budgetrede gesagt: Der Herr Minister konnte sich nicht durchsetzen. Als einzigen vielleicht Positivaspekt, den Sie aber erst beweisen werden müssen, würde ich heute sagen: Der Herr Minister konnte sich noch nicht durchsetzen. Das ist das einzige, was ich einfügen möchte.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zwei Postulate hervorheben, die beide richtig und in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen sind. Es gab jahrelang durch Ihre Partei ein Postulat, das hieß: durchschnittlich 3 Pro-

10182

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

**Graf**

zent realer Lohnzuwachs. Richtig, wünschenswert und notwendig.

Es gibt seit einigen Monaten eine Feststellung, wobei ich die Besorgnis teile — auch meine Fraktion teilt diese Besorgnis —, die sich ungefähr so ausdrückt: Um Gottes willen, nicht mehr als 3 Prozent Arbeitslose ist die zentrale Sorge.

Beide von Ihnen aufgestellten Bemerkungen sind richtig. Aber bitte lassen Sie sich von mir sagen: Zwischen diesen beiden Postulaten liegen elf Jahre sozialistischer Regierung. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist keine oppositionelle Gehässigkeit. Eingebettet in diese beiden Postulate lassen Sie sich sagen: Das ist der Beweis, daß Ihre Regierungspolitik versagt hat. Sie haben es nicht geschafft. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Nichts sagt das deutlicher aus als die Gegenüberstellung dieser Postulate. Aber ich gebe zu, ohne daß dies auf das Budget einen Bezug hat: Seit den letzten Wochen scheinen Sie als Partei, meine Damen und Herren, begriffen zu haben, daß nicht alles machbar ist und nicht alles, was die Österreichische Volkspartei an wirtschaftspolitischen Vorschlägen gemacht hat, nur bössartige, oppositionelle Politik ist.

Seit dem zustande gebrachten Übereinkommen, das ich schon zitiert habe, zwischen Ihnen, Herr Bundeskanzler, und Dr. Mock hat sich zumindest etwas geändert: Ihre bis jetzt statisch scheinende Intransigenz gegenüber Vorschlägen der Volkspartei hat sich so weit aufgelockert, daß Sie zu erkennen scheinen, daß man über gewisse Dinge auch dann reden muß, wenn die Vorschläge von der Volkspartei kommen, diktiert von der ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.)* Wie beliebt, Herr Doktor?

Ich möchte Ihnen jetzt etwas sagen. Wir werden uns vielleicht im Feber damit beschäftigen. Ich will die Partie nicht aufhalten mit dem geistlosen — pardon: geistvollen Zwischenruf. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber ich muß Ihnen etwas sagen: Niemand, Herr Dr. Reinhart, hat von jemandem etwas abgeschrieben. Beide Parteien haben sich sehr seriös zusammengesetzt und in verschiedenen Richtungen, in verschiedenen Problemen einvernehmliche Meinungen festgestellt. Das meinte ich damit, wenn Sie erlauben. Es ist für mich bedeutungsvoll, auch für meine Partei. Das wollte ich damit festgestellt haben. Auf Details einzugehen wird dann schon noch Zeit sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie man das bezeichnet, daß Sie uns jetzt anhören, sicher nicht oder sicher ja dem Dik-

tat der Realität folgend, ob Sie das als Kurswechsel bezeichnen, ist Ihnen überlassen. Herr Blecha bezeichnete es als Kurswechsel der Volkspartei. Wir bezeichnen es als Kurswechsel der Sozialistischen Partei. Aber wie immer es sei, es ist eine Auflockerung erstarrter wirtschaftspolitischer Ansichten vorhanden. Es wird sich zeigen. Für uns, für Sie, fürs Parlament, für uns alle ist das ein erster Schritt zu einer beginnenden Betrachtung wirtschaftspolitischer Schwierigkeiten gemeinsamer Natur. Oder war das eine Eintagsfliege? Selbst wenn sich das als solche herausstellt, möge es gewisse Erleichterungen bringen.

Die Hoffnung für mich, wenn Sie wünschen, am Ende der Budgetdebatte ist vielleicht folgende: Wir haben weder Grund noch Ursache, unsere Einstellung zu diesem Budget zu ändern. Wir werden es aus voller Überzeugung, daß es kein richtiges Budget ist, ablehnen. Aber die Diskussion über mögliche Verbesserungen der wirtschaftlichen Betrachtungen für die Bürger dieses Landes ist in Gang gekommen. Wir lehnen dieses Budget ab, aber die Volkspartei ist bereit zu Gesprächen, welche Lösungen sich anbahnen. An uns wird es nicht liegen.

Schon zum Schluß kommend, Hohes Haus, lassen Sie mich sagen: Vielleicht bringt das kommende Jahr trotz dieses Dissenses in diesem Budget Anreize für die investierende Wirtschaft. Das wäre im Interesse der Vollbeschäftigung für dieses Land und seiner Bevölkerung sehr wünschenswert. Ich bedanke mich. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.03

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter ein Schlußwort? — Herr Abgeordneter Gradenegger.

Generalberichterstatter Dr. **Gradenegger:** *(Schlußwort):* Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eine parlamentarische Usance, am Ende der Budgetberatungen statistische Daten zusammenzufassen. Um mir nach den wochenlangen Verhandlungen im Ausschuß und im Haus die Sympathien der Kolleginnen und Kollegen zu erhalten, will ich dies so komprimiert wie möglich tun.

Im Budgetausschuß gab es 235 Wortmeldungen an 9 Verhandlungstagen, 77 Wortmeldungen von SPÖ-Abgeordneten, 109 von ÖVP- und 15 von FPÖ-Abgeordneten. 26mal meldeten sich Regierungsmitglieder zu Anfragen.

Im Plenum wurden die Budgetrede, die

**Dr. Gradenegger**

Erste Lesung und die Beratungen über die 15 Budgetgruppen des Bundeshaushalts 1982 an 8 Sitzungstagen durchgeführt.

In der Gesamtberatungszeit von 80 Stunden und 25 Minuten meldeten sich 156 Redner zu Wort. Die SPÖ stellte 52 Redner, die ÖVP 70 und die FPÖ 31 Redner. 19mal sprachen Regierungsmitglieder zu den Debattenbeiträgen. Die 15 Spezialberichtersteller, die mit ihren Erläuterungen die Verhandlungen zu den einzelnen Budgetgruppen einleiteten, stellte insgesamt der sozialistische Klub.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Allgemeiner Beifall.)*

**Präsident:** Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die Beratungsgruppe IX, Handel, Gewerbe, Industrie, des Bundesvoranschlags 1982 abstimmen.

Diese umfaßt das Kapitel 63 in 815 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XI, Finanzen, des Bundesvoranschlags 1982 in der Fassung des Ausschlußberichtes 900 der Beilagen.

Diese Beratungsgruppe umfaßt die Kapitel 50 bis einschließlich 57 samt dem zu Kapitel 50 gehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags wie auch die Kapitel 59 und 74 bis einschließlich 76.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz samt Titel und Eingang in 815 der Beilagen in der Fassung des Ausschlußberichtes 900 der Beilagen und die dazugehörenden Anlagen, soweit über diese nicht bereits abgestimmt wurde.

Es sind dies

die Anlagen Ia bis Ic — Gesamtübersichten, unter Berücksichtigung der sich aus den Spezialberichten ergebenden Änderungen,

Anlage IIa — Summarische Aufgliederung des Konjunkturausgleich-Voranschlags,

Anlage III — Stellenplan und

der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie

der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes,

die beide je eine Anlage zum Bundesvoranschlag darstellen,

in 815 und Zu 815 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Damit ist die zweite Lesung über das Bundesfinanzgesetz 1982 samt Anlagen beendet.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Damit ist das Budget für das Jahr 1982 verabschiedet.

**2. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Bundesminister für Landesverteidigung Otto Rösch (959 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gelangen nunmehr zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Bundesminister für Landesverteidigung Otto Rösch (959 der Beilagen).

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Gradenegger. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

**Berichtersteller Dr. Gradenegger:** Das Strafbezirksgericht Wien ersucht mit Zuschrift vom 25. November 1981, Zl. 1 U 3961/81, eingelangt in der Parlamentsdirektion am 1. Dezember 1981, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Bundesminister für Landesverteidigung Otto Rösch wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede nach § 111 Strafgesetzbuch.

Der Immunitätsausschuß hat dieses Ersuchen in seiner Sitzung am 15. Dezember 1981 beraten und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat zu empfehlen, dem gegenständlichen Ersuchen nicht zuzustimmen.

Der Immunitätsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

**Dr. Gradenegger**

Dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 25. November 1981, Zahl 1 U 3961/81, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Bundesminister für Landesverteidigung Otto Rösch wegen des Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede nach § 111 Strafgesetzbuch wird nicht stattgegeben.

Falls Wortmeldungen vorliegen sollten, ersuche ich, die Debatte zu eröffnen.

**Präsident:** Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses in 959 der Beilagen, dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Bundesminister für Landesverteidigung Otto Rösch wegen § 111 Strafgesetzbuch nicht stattzugeben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1634/J bis 1640/J eingeht.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 20. Jänner 1982, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

In dieser Sitzung findet eine Fragestunde statt.

**Schlußansprache**

**Präsident:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit der Erledigung der Tagesordnung sind wir gleichzeitig am Ende unserer Arbeiten im heurigen Jahr angelangt. Der Zufall hat es überdies gefügt, daß das Hohe Haus dieses Jahr mit seiner hundertsten Sitzung der laufenden Gesetzgebungsperiode beschließt. Schon dieser Umstand weist auf eine Fülle parlamentarischer Arbeit hin, die wir bewältigen konnten.

Allein seit 1. Dezember hat der Nationalrat zehn Plenarsitzungen — neben sehr wichtigen Vorberatungen in den Ausschüssen — abgehalten. Die meisten dieser Sitzungen schlossen erst in den Nachtstunden, wobei die längste jene vom 10. Dezember 1981 war, da sie um 9 Uhr begann und erst um 23.45 Uhr geschlossen werden konnte.

Gerade dieser Umstand legt zwei Erwägun-

gen nahe: Die erste natürlich, ob wir nicht unsere Tätigkeit noch rationeller gestalten könnten. Ich sage „noch“, weil die vor vielen Jahren immer wieder diskutierte „Straffung der Budgetdebatte“ weitgehend gelungen ist.

Was in den letzten Jahren und ganz besonders heuer eine außergewöhnliche und nur mehr schwer zu rechtfertigende Hektik verursacht, ist weniger die Beratung des Budgets selbst, sondern jene der sogenannten „Budget-Nebengesetze“ — also aller Vorlagen, die Auswirkungen auf die Einnahmen- beziehungsweise Ausgabenseite des Bundeshaushaltes haben und daher mit 1. Jänner gleichzeitig mit dem Bundesfinanzgesetz in Kraft treten sollen.

Eine Verbesserung in dieser Hinsicht hängt naturgemäß nicht allein von der Einteilung der parlamentarischen Termine, sondern schon von der rechtzeitigen Einbringung der Regierungsvorlagen beziehungsweise Initiativanträge ab. Ich bin jedoch sicher, meine Damen und Herren, daß uns ebenso wie die Straffung der Budgetdebatte auch eine bessere Zeiteinteilung bei der Vorberatung und der Verabschiedung der sogenannten „Budget-Nebengesetze“ gelingen kann. Schließlich liegt es im Interesse aller Demokraten, daß die Arbeit der Volksvertretung nicht zu einer bloßen Formsache herabgewürdigt wird. Es gibt ja kaum ein böseres und auch kaum ein gefährlicheres Schlagwort als das von der bloßen „Formaldemokratie“.

In diesem Zusammenhang drängt sich wohl auch eine zweite Erwägung auf: Gerade in Wochen wie den letzten jedes Kalenderjahres und angesichts einer Tagesordnung des Hohen Hauses von über 20 Punkten — wie wir sie beispielsweise am 9. Dezember hatten — wird nicht selten die Frage aufgeworfen, ob denn eine solche auffallende Menge von Gesetzesbeschlüssen wirklich notwendig sei. Ich selbst wurde erst unlängst gefragt, ob ich ein Anhänger der Formel sei: „Je mehr Gesetze, desto mehr Demokratie“.

So einfach aber kann man die Frage nicht stellen und ist sie daher auch nicht zu beantworten. Vielmehr muß überlegt werden, daß im demokratischen Rechtsstaat — wie ihn unsere Verfassung so vorbildlich einrichtet — die gesamte Verwaltung eben nur auf Grund von Gesetzen ausgeübt werden darf. Wer daher will, daß der Staat etwas tut, und wer auch nur will, daß sich im staatlichen Verhalten irgend etwas ändert, muß sich darüber im klaren sein, daß er damit gleichzeitig auch eine neue gesetzliche Regelung verlangt.

Wollte man die strenge Bindung von staatli-

**Präsident**

chem Handeln an gesetzliche Normen lokern, würde man nicht nur gegen das rechtsstaatliche, sondern auch gegen das demokratische Prinzip verstoßen: Denn je weniger Gesetze staatliches Tun und Lassen regeln, desto geringer ist die demokratische Mitbestimmung des Volkes durch das Parlament! Das erleben wir überall dort, wo diese demokratischen Prinzipien durch autoritäre, diktatorische Regierungen ausgeschaltet wurden und die Freiheit der Menschen unterdrückt wird.

Hohes Haus! In diesen Tagen erleben wir am Beispiel Polens schmerzlich, was es bedeutet, wenn staatliche Ordnung nicht mehr durch Recht und Gesetz, sondern durch Panzer und Gewehre herbeigeführt wird. Wir können nur hoffen, daß die Beteuerungen stimmen, es handle sich nur um einen vorübergehenden Zustand, um außergewöhnlicher Schwierigkeiten Herr werden zu können. Unser Land, das durch viele historische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen mit dem polnischen Volk verbunden ist, verfolgt die Geschehnisse mit großer innerer Anteilnahme.

Dazu kommt noch, daß die Ereignisse in Polen naturgemäß Auswirkungen auf den gesamten so intensiv angestrebten Prozeß der Sicherheit und Entspannung in Europa haben müssen. Ohne daß wir uns in die inneren Angelegenheiten des polnischen Staates einmischen wollen, wünschen wir doch sehr, daß es den jetzt in Polen allein verantwortlichen Männern gelingen möge, aus eigener Kraft den Weg zur Normalisierung und zu einer glücklichen, friedvollen Existenz zu finden, weil es sich angesichts der engen Verflechtung der Staaten und Völker unserer Zeit letztlich nicht nur um Auswirkungen auf die nationale, sondern auch auf die internationale Politik handelt.

Unter einem weltweiten Gesichtspunkt allerdings müssen wir leider auch feststellen, daß ja nicht nur in Polen staatliche Macht mehr durch Gewalt als durch Recht und Gesetz ausgeübt wird. Umso mehr haben wir darauf bedacht zu sein, die Errungenschaften des demokratischen Rechtsstaates nach allen Richtungen zu wahren.

In diesem Zusammenhang verdient es festgehalten zu werden, daß zu den Ereignissen in Polen eine gemeinsame Stellungnahme der drei Parteien des österreichischen Nationalrates vorliegt, die unsere gemeinsame Haltung zu dieser Frage dokumentiert.

Hohes Haus! Wenn ich wieder zur österreichischen Situation zurückkehren darf und zu

den Materien, die uns in den Sitzungen der letzten Wochen und Monate beschäftigt haben, so genügt ein kurzer Blick, um zu erkennen, daß auch wir uns wirtschaftlich in keiner leichten Situation befinden.

Hatten wir vor dem Urlaub das Garantiegesetz 1977 und erstmals das ÖIAG-Anleihegesetz mit Maßnahmen zur Finanzierung der Vereinigten Edelmetallwerke zu novellieren, so stand vor wenigen Tagen das letztgenannte Gesetz im Zusammenhang mit Finanzierungsmaßnahmen der ÖIAG abermals auf dem parlamentarischen Arbeitsprogramm.

Einerseits sind diese und andere gesetzliche Maßnahmen ein deutliches Signal dafür, in welcher ernster wirtschaftlicher Situation wir uns befinden, andererseits aber ist es zugleich ein Zeichen der Hoffnung, daß sich über alle parteipolitischen Gegensätze hinweg die Fraktionen dieses Hauses immer wieder zusammenfinden, um gemeinsam Verantwortung für das Wohl unseres Volkes und Staates zu tragen!

Es ist mir daher ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen allen und insbesondere den Mitgliedern der Präsidialkonferenz für die Zusammenarbeit zu danken, die es ermöglicht hat, erfolgreiche parlamentarische Arbeit im Dienste unserer demokratischen Republik zu leisten. Möge es auch in Zukunft so bleiben!

Desgleichen möchte ich — auch in Ihrer aller Namen — der Parlamentsdirektion und jedem einzelnen Bediensteten unseres Hauses für die Leistungen in diesem Jahr, besonders aber während der anstrengenden letzten Wochen, herzlich danken. (*Allgemeiner Beifall.*)

Auch gelten meine Anerkennung und mein Dank der Arbeit aller Beamten des Bundeskanzleramtes, des Rechnungshofes und der Bundesministerien, die uns vor allem in den Ausschüssen und Unterausschüssen nach besten Kräften unterstützten, wie auch den Sachverständigen und Auskunftspersonen, die bei den Vorarbeiten wichtiger Verhandlungsgegenstände Wesentliches geleistet haben.

Dank sei auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Massenmedien bei Presse, Hörfunk und Fernsehen ausgesprochen, deren Mühe es möglich macht, die Öffentlichkeit über unsere Arbeit immer auf dem laufenden zu halten.

Schließlich ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, allen unseren Mitbürgern, Auslandsösterreichern und unseren Landsleuten, die in der Entwicklungshilfe oder bei den Ver-

10186

Nationalrat XV. GP — 100. Sitzung — 17. Dezember 1981

---

**Präsident**

einten Nationen im Namen der Menschlichkeit ihre schwere Arbeit tun, die herzlichsten Weihnachts- und Neujahrswünsche zu übermitteln.

Sehr verehrte Damen und Herren! Wenn vielleicht auch so mancher von uns im kommenden Jahr diesen oder jenen Wunsch wird zurückstellen müssen, sollte das niemanden entmutigen. Besinnen wir uns des Glücks, daß wir Bürger eines Landes sind, in dem Freiheit und Friede herrschen, gehen wir in dieser Gesinnung dankbar und zufrieden in das

Neue Jahr, und möge jeder an seinem Platz das Beste dafür tun, daß auch das Jahr 1982 — im kleinen und im großen — ein friedvolles werde.

Mit diesem Wunsch schließe ich die letzte Sitzung dieses Jahres. *(Allgemeiner Beifall.)*

Die Sitzung ist geschlossen.

*Unter dem Beifall des Hauses begeben sich die Klubobmänner Dr. Fischer, Dr. Mock und Peter zum Präsidenten und erwidern im Namen ihrer Klubs die Wünsche.*

**Schluß der Sitzung: 16 Uhr 20 Minuten**